



Inhalt

	3	Editorial	
Forum	4	Produktive Lebensbewältigung in den Zeiten der allgemeinen Verunsicherung	<i>Heiner Keupp</i>
	12	Ist Vorbeugen besser als Heilen? Kurzes Plädoyer für den Zweifel	<i>Ria-Elisa Schrottman</i>
	15	Prävention kontra Prävention?	<i>Albert Lenz</i>
	19	Stichworte	<i>Andreas Hundsalz, Hubertus Schröer Reinhard Rudeck, Elfriede Seus-Seberich</i>
Bericht	26	Über den Versuch, die Heile Welt zu erhalten	<i>Theo Wedding</i>
	29	Dulsberg – von außen gesehen – ein intakter Stadtteil?	<i>Eckart von Blomberg und Annemarie Zoch</i>
	34	Nöte und Notwendigkeiten nach der Wende	<i>Karin Paschke und Margit Seidenstücker</i>
Ansätze	38	Bereitschaftsfamilien als Kurzzeitpflegestellen für mißhandelte Kinder und Jugendliche	<i>Heike Jockisch</i>
Portrait	41	„Eigentlich ist Lena ganz nett!“	<i>Elfriede Seus-Seberich</i>
	44	Bezugsadresse	



Marie Marcks

begann vor fünfzig Jahren sich zeichnerisch mit Jugend, Familie, Frauen, Umwelt und Politik auseinanderzusetzen. Seither leistet sie mit kritischem Blick auf den Alltag und lakonischem Humor „Erziehungsberatung“ in der Bundesrepublik.



Susanne Amatosero

ist eine scharfsichtige Beobachterin der Lebenskultur an den sozialen Rändern unserer Gesellschaft. Ihre Fotos bilden eine ungeschminkte Wirklichkeit ab, wobei sich der Blick der Fotografin immer auf die vitalen Möglichkeiten des Individuums konzentriert.

Impressum

Sozialpädagogisches Institut (SPI)
im SOS-Kinderdorf e.V.

© Das Fachmagazin SOS-Dialog und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung erfordert die Zustimmung des Herausgebers.

Bisher erschienen:
„Elternarbeit“, 1993
„Ausbilden statt Ausgrenzen“, 1995

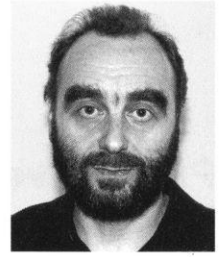
Redaktion:
Reinhard Rudeck (verantwortlich),
Peter Weismann, Wolfgang Graßl,
Thomas Laker, Katrin Mrugalla,
Gisela Trowe

Gestaltung: SchwaigerWinschermann,
München

Litho: Repro Müller, Grabenstätt

Druck: Frühmorgen & Holzmann
Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG,
München

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem
Papier.



Liebe Leserin, lieber Leser,

„Guter Rat ist teuer!“ Diesem Sprichwort droht in der gegenwärtigen Diskussion um die Erziehungsberatung sein doppeldeutiger Sinn verlorenzugehen. Denn dem *wertvollen* Rat wird aufgrund der knapper werdenden Mittel unterstellt, er sei vor allem *teuer*, und damit: zu teuer.

Strategien und Konzepte der freien Marktwirtschaft, die zum philosophischen Gesellschaftsentwurf überhöht werden, bieten sich auch im sozialen Sektor als Königsweg an, die größer und komplexer werdenden Probleme mit weniger zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen zu lösen. Die Sprache ist verräterisch und offenbart das Bemühen, die Situation unter Kontrolle zu bekommen: „Controlling“, „Steuerung“, „Qualitätssicherung“ sollen den „Output“ effizienter machen.

Ein Reformvorhaben, das die kommunale Verwaltung verschlanken und durch Abbau von bürokratischen Hierarchien leistungsstärker machen wollte, hat sich – bedingt durch die sozialpolitisch durchgesetzten Einkürzungen – im Bereich der sozialen Arbeit inhaltlich verlagert und zu einer Diskussion um Bedarf und Qualität in der Kinder- und Jugendhilfe geführt. Beraterinnen und Berater sollen sich künftig als Manager verstehen, die aus dem vorgegebenen Budgetierungsrahmen ihre Kriterien für Qualität beziehen. Das hätte zur Folge, daß der „Kunde“ Mensch „ausgerechnet“ wird, daß die notwendigen Hilfen für ihn in Einzelteile zerlegt, nach Marktgesetzen kalkuliert und zugewiesen werden. In Zeiten grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen wird der Blick auf den Menschen in seiner Gesamtheit schnell unscharf. Dieser Blick jedoch bestimmte bislang die Qualität in der Beratungsarbeit.

Damit verbunden ist eine weitere Umwertung in der sozialen Arbeit, die Sorge bereitet: Anstatt präventive Ansätze weiter auszubauen, könnten vorwiegend leistungsgebundene Symptombeschreibungen zur Grundlage Beraterischen Handelns werden. Die Erfahrung zeigt, daß die Frage „Wer braucht's am nötigsten?“ in Verbindung mit eingeschränkten Ressourcen Definitionsprozesse in Gang setzt, die ausgrenzen und zu neuen „Problemgruppen“ führen.

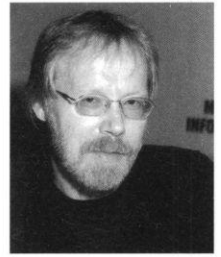
Allenthalben verwischen die Orientierungen, verändern sich die bislang gültigen Werte im Zuge der immer rasanteren gesellschaftlichen Entwicklungen und der immer vielfältiger werdenden Lebenswelten. Auf welche Angebote kommt es künftig an? Welcher Rat wird Notwendig? Offene Fragen.

Die Suche nach Antworten geht nicht ohne Querdenken und die Möglichkeit, entsprechende Erfahrungen machen zu können. Gerade die wachsenden sozialen Notlagen erfordern eine breite Palette an Handlungsansätzen in der Beratung. Sich zu bescheiden löst die anstehenden Probleme nicht. Mangel verlangt Beweglichkeit.

Im vorliegenden Heft nehmen Berichte aus der Praxis einen breiten Raum ein, die einen Eindruck von der möglichen Vielfalt psychosozialer Beratungsarbeit geben. Diese Vielfalt werden wir brauchen, um auch in Zeiten knapper Mittel die bisherigen Qualitätsansprüche nicht zu opfern: Perspektiven von Beratung.

Reinhard Rudeck

Reinhard Rudeck



Produktive Lebensbewältigung in den Zeiten der allgemeinen Verunsicherung

Vortrag im Rahmen der Fachtagung
„Träume und Grenzen“
anlässlich des fünfzehnjährigen
Jubiläums der Beratungsstelle Schieder
am 12. Oktober 1995

In diesem Frühjahr hat eine Serie von Selbstmorden Jugendlicher in Passau große Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Das war eine schwere Herausforderung für das „postkartenschöne“ Passau, das mit seinem Image einhalb Millionen Touristen pro Jahr anzieht. Die Infrastrukturen für die Fremden, die kommen und wieder gehen und Geld in der Stadt lassen, sind vorbildlich, die für Jugendliche weniger, vor allem für jene nicht, die eine Passauer „Normalbiographie“ nicht auf die Reihe bringen oder sich ihr verweigern. Wer sich nicht in Sport- und Trachtenvereinen oder in der kirchlichen Jugend integrieren kann und will, für den bleiben nur Parks, Passagen oder die Treppe der berühmten Nibelungenhalle. Damit sind wir bei den „Straßenkindern von Passau“, Punks, für die es in dieser Stadt schwer ist, erwachsen zu werden. Einer von diesen Jugendlichen stirbt an einer Überdosis Heroin. Bei seiner Beerdigung treffen sich die Passauer Straßenkinder. Sie werfen leere Schnapsflaschen, Spritzen und Tablettenröhrchen ins offene Grab. Einer von ihnen, Daniel, genannt Hölli, kommt aufgewühlt nach Hause und sagt zu seiner Mutter: „Genauso will ich beerdigt werden.“ Die Mutter entgegnet: „Aber du stirbst doch nicht!“. Hölli antwortet ganz ruhig: „Doch, ich werde bald sterben, ich werde keine achtzehn. Das Leben ist zum Kotzen, schau dich doch um in der Welt.“ Wenig später ist der Sechzehnjährige vom obersten Stockwerk der innerstädtischen Nibelungen-Einkaufspassage gesprungen. Seine fünfzehnjährige Freundin ist kurz darauf von einem Auto überfahren worden. Alles spricht dafür, daß sie das wollte. Und das blieben nicht die einzigen Toten. Erwachsenwerden wollten und konnten sie nicht.*)

Ich komme auf Hölli noch einmal zurück.

Es soll um die Frage gehen, welche Risikolagen und Möglichkeitsräume am Ende des 20. Jahrhunderts unseren Alltag bestimmen.

Kürzlich hat ein fast siebzjähriger Kollege in der Zeitschrift „Neue Praxis“ seine „Erfahrungen aus drei-

jähriger Beratungstätigkeit in den neuen Bundesländern“ resümiert. Gottfried Weber ist Sozialpädagoge mit einem beeindruckenden Erfahrungsspektrum von Gemeinwesenarbeit, Projektberatung, Supervision und praxisbezogener Forschung. Er fragt in seinem Artikel, mit welcher Legitimation Strukturen und Konzepte aus Westdeutschland zur Grundlage einer neuen gesamtdeutschen Wirklichkeit erklärt werden können. Seine Antwort: „Das Scheitern des real existierenden Sozialismus gibt der real existierenden Demokratie mit ihren diversen autoritären bis undemokratischen gesellschaftlichen Ausformungen nicht einfach recht“ (Weber, 1994, S. 85).

Gottfried Weber belegt diese allgemeine Einschätzung mit einer Liste von Defiziten, die durchschnittliche Sozialisationsbedingungen in der alten Bundesrepublik bei Kindern und Jugendlichen hinterlassen haben:

„Kinder und Jugendliche lernten und lernen auch im Westen weniger, sich selbst zu steuern als sich fremdsteuern zu lassen, sie wurden und werden weniger zur Selbständigkeit und Selbstbestimmung erzogen, zu Unabhängigkeit von Führungspersonen und zu Eigeninitiative, als zu Abhängigkeit von Autoritäten und zu Fremdbestimmung.

Kinder und Jugendliche lernten und lernen weniger ihre Bedürfnisse zu artikulieren, als sie zu verdrängen, sie wurden und werden weniger befähigt, vorgegebene Verhältnisse zu hinterfragen und sich kritisch anzueignen oder sie zu verändern, als sich ihnen anzupassen.

Die Phantasie von Kindern und Jugendlichen wurde und wird wenig gefördert. So sind sie nur ausnahmsweise in der Lage, über die Realität hinauszudenken, Utopien und Alternativen zu entwickeln, auf die hin Realität verändert werden könnte. Statt dessen wurden und werden sie auf die Realität hin fixiert, sie neigen zur fatalistischen Hinnahme der gesellschaftlichen Zustände, denen sie ausgeliefert sind, oder/und zu gewalttätigen Ausbrüchen.

Kinder und Jugendliche wurden und werden weniger zu Solidarität und sozialem Verhalten befähigt und zu gegenseitiger Hilfe angeregt als für den Konkurrenzkampf ausgerüstet und zur individuellen Leistung angespornt.

*) Quelle für die wörtlichen Äußerungen und für die ganze Geschichte ist eine SPIEGEL-Reportage von Jürgen Neffe im Heft 26/1995.



Kinder und Jugendliche wurden und werden weniger zum Widerstand gegen fremde Ansprüche und Forderungen, aber auch gegen eigene Triebkräfte erzogen und zum Austragen der sich daraus ergebenden Konflikte befähigt als zur Vermeidung von Konflikten und zur Resignation“ (Weber, 1994, S. 82 f.).

Mag sein, daß Gottfried Weber in seinem Defizitprofil etwas überzeichnet, aber in der Tendenz teile ich seine Einschätzung. Die benannten Defizite sind nicht nur auf der Basis eines spezifischen, idealisierten Menschenbildes zu konstatieren, sondern sie sind zugleich Defizite in bezug auf die Formen produktiver Lebensbewältigung, die unter den gegenwärtigen Lebensbedingungen erforderlich und möglich sind. Dieser Gedanke steht im Zentrum meiner weiteren Überlegungen.

In einem doppelten Sinne sind wir psychosozialen Fachleute in unserem Denken und Handeln an den jeweiligen soziokulturellen Kontext gebunden: Unsere eigenen Denkmodelle schöpfen aus dem kulturell verfügbaren Reservoir sozialer Konstruktionen, und die Subjektstrukturen, unsere eigenen wie auch diejenigen der Menschen, mit denen wir als Praktiker und Praktikerinnen oder als Forscher und Forscherinnen zu tun haben, sind in einem soziokulturellen Rahmen produziert worden. Es gibt Phasen, in denen das Denken der Zeit und die Subjektstrukturen so gut synchronisiert sind, daß sich der Eindruck mühelos einstellt, Begriff und Gegenstand hätten sich ein für allemal gefunden. Auf dieser Grundlage entstehen bevorzugt Konzepte, die psychosoziale Phänomene so konstruieren als seien sie „von Natur aus“ letztgültig festgelegt. In einer solchen Phase dürfte dann auch die Elaboration unseres Handwerkszeugs Priorität haben. Hier lauert die Gefahr des therapeutischen Technizismus.

Gegenwärtig befinden wir uns in einer soziokulturellen Umbruchphase, in der wir von einer solchen Synchronisation weit entfernt sind. Unsere gesellschaftlichen Lebensformen verlieren die strukturelle Gefügtheit, die Traditionen und das berechenbare Maß, auf das hin Subjekte ihren Lebensentwurf, ihre Biographie und ihre Identität ausrichten könnten. In einer solchen Phase sollte bei psychosozialen Fachleuten die Frage im Zentrum stehen, wie Subjekte diese Umbrüche und Brüche erleben und verarbeiten, welche neuen Lebenskompetenzen von ihnen gefordert sind und wie unsere Handlungskonzepte weiterentwickelt werden müssen, damit wir Menschen bei einer produktiven Lebensbewältigung unterstützen können.

Im weiteren konzentriere ich mich auf aktuelle Umbruchphänomene in ihren Konsequenzen für Kinder und Jugendliche. Die Welt, in die sie hineinwachsen und auf die hin sie sozialisiert werden, verliert an Eindeutigkeit und Klarheit und auch den Erwachsenen (samt allen Erziehungs- und Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern) fällt es zunehmend schwer, die Kompetenzen zu benennen und zu fördern, die zur Lebenssouveränität in einer solchen Welt erforderlich sein dürften.

Inwiefern lassen sich in den typischen Belastungssituationen von Kindern, Jugendlichen und Familien heute und ihren mißlingenden Bewältigungsversuchen die Konturen der „Risikogesellschaft“ aufspüren? Das Konzept der „Risikogesellschaft“ verweist uns auf zwei zentrale Dimensionen:

Zum ersten auf die Risiken einer Zivilisation, die ihren Fortschritt über die rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen betreibt, aber zunehmend von den „unerwünschten Nebenfolgen“ dieses Prozesses geplagt wird. Hier haben wir es vor allem mit den gesundheitlichen Folgelasten der ökologischen Unvernunft zu tun. Die durch sie verursachten Gesundheitsgefährdungen faßt Klaus Hurrelmann (1990, S. 155) so zusammen: „Kinder und Jugendliche sind von dieser Entwicklung besonders stark betroffen. Sie nehmen nicht nur physiologischen Schaden, sondern sie leiden auch psychisch, seelisch und sozial stärker als andere Altersgruppen der Bevölkerung unter der ökologischen Krise.“

Mit der zweiten zentralen Dimension sind die Risiken einer sich zunehmend enttraditionalisierenden Gesellschaft gemeint, die für das Subjekt der (Post)Moderne Verunsicherungen, existentielle Bodenlosigkeit, neue Kompetenzanforderungen und nicht immer erreichbare Chancen bedeuten. Hier handelt es sich um die „psychosozialen Kosten“ des hochtourigen „Projekts der Moderne“, das auch auf der Subjektebene zunehmend spürbar an seine Grenzen stößt.

Klaus Hurrelmann charakterisiert eine zentrale Widerspruchserfahrung: „Die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen ist heute ebenso wie die von Erwachsenen in der sozialen Lebenswelt durch eine eigentümliche Spannung gekennzeichnet: Einerseits sind auch schon für Kinder und Jugendliche die Freiheitsgrade für die Gestaltung der eigenen individuellen Lebensweise sehr hoch; andererseits werden aber diese 'Individualisierungschancen' erkaufte durch die Lockerung von sozialen und kulturellen Bindungen. Der Weg in die moderne Gesellschaft ist so gesehen auch ein Weg in eine zunehmende soziale und kulturelle Ungewißheit, in moralische und wertemäßige Widersprüchlichkeit und in eine erhebliche Zukunftsunsicherheit. Deswegen bringen die heutigen Lebensbedingungen auch so viele neue Formen von Belastung mit sich, Risiken des Leidens, des Unbehagens und der Unruhe, die teilweise die Bewältigungskapazität von Kindern und Jugendlichen überfordern“ (Hurrelmann, 1990, S. 59).

Man könnte die bisherigen Überlegungen und Befunde so zusammenfassen: Die Risikolagen einer Gesellschaft manifestieren sich insbesondere in der Jugendphase. In ihr suchen Heranwachsende ihren gesellschaftlichen Ort, ihre soziale Startposition und ihre eigenständige Identität. Heranwachsende sind mit ihren Lebensproblemen zugleich das Symptombild einer Gesellschaft. Hier werden ihre ungeklärten und ungelösten Fragen und Konflikte und ihre experimentellen Lösungsversuche sichtbar.

Das Spezifikum aktueller Befindlichkeiten wird uns von Philosophen gerne mit so großen Formulierungen wie „Das Ende der Eindeutigkeiten“ – „Das Ende der Gewißheiten“ – „Das Ende der 'Meta-Erzählungen'“ erklärt. Als Sozialwissenschaftler möchte ich Befindlichkeiten näher an der Alltagserfahrung beschreiben und aufzeigen, daß nicht nur etwas beendet, uns etwas genommen wird, sondern daß in diesen neuen Erfahrungen auch das Potential neuer und produktiver Formen der Lebensgestaltung und -bewältigung enthalten ist.

Fragmentierung von Erfahrungen.

Die wachsende Komplexität von Lebensverhältnissen führt zu einer Fülle von Erlebnis- und Erfahrungsbezügen, die sich aber in kein Gesamtbild mehr fügen. Diese Erfahrungssplitter sind wie Teile eines zerbrochenen Hohlspiegels. Wir haben meist keine andere Chance, als sie unverbunden nebeneinander stehen zu lassen. Es sind hohe psychische Spaltungskompetenzen gefordert, um nicht verrückt zu werden. Es entsteht eine „multiphrene Situation“ als Normalphänomen (Gergen, 1991). Aber wir sind nicht nur vielfältig gespalten, zerrissen und unfähig, aus den Erfahrungen wieder einen in sich stimmigen Erlebniskosmos zu konstruieren. In gewisser Weise machen wir jeden Tag multikulturelle Erfahrungen, die Reichtum ausmachen, die eindimensionale Bewußtseinshorizonte überschreiten, die ein Gefühl für den Wert von Heterogenität vermitteln.

Hinzu kommen Entwicklungen, deren allgemeine Konsequenzen für alltägliche Lebenswelten und die Subjektkonstitution noch schwer prognostizierbar sind.

Ich meine vor allem die Entstehung von „virtuellen Welten“ und „virtuellen Gemeinschaften“, die die weltweite Vernetzung computergebundener Kommunikationswege eröffnen (Rheingold, 1994). Sie fördern den Zweifel an dem einen „Realitätsprinzip“. Familientherapeuten berichten von Kommunikationsrissen zwischen Eltern und ihren Kindern, die sich souverän in diesen virtuellen Welten bewegen und aufhalten, aber die Eltern und Lehrer können ihnen dahin nicht folgen. Am Ende einer aufregenden Fallgeschichte über einen solchen „nicht-pathologischen“ Kommunikationsriß kommt der Familientherapeut Wolfgang Bergmann zu der Einsicht: „Viele Wirklichkeiten, die miteinander konkurrieren, nebeneinander existieren und sich miteinander auf komplexe Art durchdringen. Wir werden das lernen müssen“ (1995, S. V).

Unser Zeitempfinden, die subjektiven Bezüge zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verändern sich in charakteristischer Weise.

Hermann Lübbe (1995) spricht von der Erfahrung der „Gegenwartsschrumpfung“. Der Grund dafür liegt in einer Innovationsverdichtung, die die „Halbwertszeiten“ des aktuell geltenden Wissens ständig verringert. „Der hier gemeinte Effekt ist, daß komplementär zur Neuerungsrate zugleich die Veraltensrate wächst. Die kulturellen Folgen dieser fortschrittsabhängig zunehmenden Veraltensgeschwindigkeit sind erheblich. In einer dynamischen Zivilisation nimmt die Menge der Zivilisationselemente zu, die noch gegenwärtig sind, aber über die sich schon die Anmutungsqualität der Gestrigkeit oder Vorgestrigkeit gelegt hat. Anders ausgedrückt: In einer dynamischen Zivilisation nimmt die Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen zu“ (Lübbe, 1995, S. 56).

Pluralisierung von Lebensformen und Milieus führen zu einer schier unendlichen Fülle von Alternativen.

Peter Berger (1994, S. 83) spricht von einem „explorativen Pluralismus“, ja von einem „Quantensprung“. „Die Moderne bedeutet für das Leben des Menschen einen

riesigen Schritt weg vom Schicksal hin zur freien Entscheidung. (...) Auf's Ganze gesehen gilt ..., daß das Individuum unter den Bedingungen des modernen Pluralismus nicht nur auswählen kann, sondern daß es auswählen muß. Da es immer weniger Selbstverständlichkeiten gibt, kann der einzelne nicht mehr auf fest etablierte Verhaltens- und Denkmuster zurückgreifen, sondern muß sich nolens volens für die eine oder andere Möglichkeit entscheiden. (...) Sein Leben wird ebenso zu einem Projekt – genauer, zu einer Serie von Projekten – wie seine Weltanschauung und seine Identität“ (S. 95).

Ein besonders eindruckliches Beispiel sind die familiären Lebensformen. In eine Minderheit ist längst die vierköpfige Familie geraten, es gibt die wachsende Anzahl von Stieffamilien oder „Patchworkfamilien“, in denen sich nach Trennung und Scheidung unvollständig gewordene Familienbruchstücke zu neuen Einheiten verbinden, Kinder über die Zeit gelegentlich mit zwei, drei „Vätern“ und „Müttern“ arrangieren müssen. Es gibt die Ehen auf Zeit und ohne Trauschein, die bewußt auf Kinder verzichten. Es gibt die bewußt alleinerziehenden Frauen und Männer und es gibt die Wohngemeinschaften in vielfältigen Konstellationen. Das alles sind Varianten von Familie.

Ein weiteres Beispiel für die Pluralisierung sind unterschiedliche Lebensmilieus in der Bundesrepublik, in denen höchst unterschiedliche Normen, Werte, Rollen gelten. Diese Milieus haben kaum Berührung und Schnittmengen und in ihnen haben sich jeweils eigene Normalitätsstandards und Erlebnisansprüche ausgebildet. Auf dem Hintergrund der Pluralisierung von Lebensformen ist es nicht mehr möglich, allgemeine Konzepte vom „guten“ und „richtigen“ Leben zu formulieren. Meine eigene Entscheidung bricht sich und relativiert sich – außer in abgeschotteten Lebensklaven – permanent. Die Zugehörigkeit zu Milieus ist kein unabänderliches Schicksal. Ich kann mir einen Rahmen suchen, in den ich mit meinem Sosein hineinpasse. Ein schwuler junger Mann, der in seinem dörflichen Herkunftsmilieu zum diskriminierten Außenseiter wird, kann sich eine schwule Subkultur in den urbanen Zentren suchen.

Veränderung der Geschlechterrollen.

Die Frauenbewegung hat einen Bereich gesellschaftlicher Selbstverständlichkeiten dynamisch aufgebrochen, der die alltägliche Ordnung der Dinge in besonderer Weise steuerte. In Frage stehen die klassische Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit, von Innen und Außen. Die häuslichen Arrangements von Arbeitsteilung, Kindererziehung oder Sexualität werden Themen in politischen Arenen. Bei der Suche nach Identitäten als Männer und Frauen werden einerseits schmerzlich die tief eingeschliffenen traditionellen Muster spürbar, die oft genug nicht zu überwinden sind; andererseits eröffnen sich offene Horizonte der Konstruktion neuer und weniger starrer Identitäten.

Individualisierung im Widerspruch von Egozentrierung und selbstbestimmten Gemeinschaftserfahrungen.

In den westlichen Gesellschaften (und zunehmend – auf einem sicherlich anderen Niveau – auch in den Gesellschaften des ehemaligen sozialistischen Blocks) zerbrechen sich Bürger und Bürgerinnen, Wissenschaft-

ler und Wissenschaftlerinnen den Kopf über den sozialen „Kitt“, der jene sich allmählich neu herausbildenden gesellschaftliche Systeme zusammenhalten könnte (Keupp, 1995). Bisher waren das Strukturen der Tradition, des Zwangs, der Ab- und Ausgrenzung; gemeinsame religiöse Bindungen; also die Regulative der Moderne. All diese Mechanismen verlieren an Verbindlichkeit und Überzeugungskraft. In der politischen Arena wird die Solidargemeinschaft bereits als gefährdetes Gut diskutiert, gefährdet durch eine sich immer stärker durchsetzende „Ego-Gesellschaft“.

Diese Analysen fallen oft sehr einäugig aus und gehen von dem rückwärtsgewandten Modell der amerikanischen Geschichte aus, das wir bei Tocqueville beschrieben finden. Daß eine Gesellschaft, die sich im Sinne des liberalistischen Modells vollständig auf die gesellschaftliche Regulationskraft der auf den Markt getragenen individuellen Einzelinteressen verläßt, eine Ego-Gesellschaft ohne Gemeinschaftsverantwortung und Gemeinschaftsengagement werden kann, ist kaum zu bestreiten. Wir haben gesellschaftliche Segmente, in denen sie sich bereits etabliert hat, aber Individualisierung ist nicht per se mit der Entwicklung einer Ego-Kultur identisch. Im Gegenteil! Es gibt genug empirische Hinweise auf hohe Solidaritätspotentiale.

Individualisierung bedeutet zunächst einmal die Freisetzung aus Traditionen und Bindungen, die das eigene Handeln im Sinne dieser feststehenden Bezüge in hohem Maße steuern. Die einzelne Person wird zur Steuerungseinheit, und die Begründung ihres Handelns muß ihr sinnvoll und vernünftig erscheinen und darf sich nicht allein auf das „man“ traditioneller Normierungen berufen. Hier begegnen wir in radikalisierte Form dem „Ideal der Authentizität“, das von Herder in klassischer Weise formuliert wurde: „Jeder Mensch hat ein eigenes Maß“, also „seine eigene Weise des Menschseins“ (Taylor, 1995, S. 38). Um so weniger der jeweils gegebene kulturelle Rahmen konsensfähiger Vorstellungen dem Menschen sagt, „was gut ist“, sucht er in sich das Gefühl von Stimmigkeit und Echtheit. Aus diesem Authentizitätsideal droht aus der Sicht vieler Kulturkritiker ein Kult zu werden.

Diese Entwicklung hat auf alle traditionsmächtigen gesellschaftlichen Institutionen Auswirkungen: Gewerkschaften, Parteien und Kirchen. Auch für diese müssen sich einzelne entscheiden und sie tun es ja auch in hohem Maße, aber es muß ihnen vernünftig erscheinen und mit ihren Vorstellungen der Selbstgestaltung und -steuerung vereinbar sein.

7

Der Verlust des Glaubens an die „Meta-Erzählungen“ und die individualisierten Sinn-Bastler.

Die traditionellen Instanzen der Sinnvermittlung verlieren an Bedeutung. Sie können die Erfahrungsvielfalt und den Pluralismus von Deutungen nicht mehr ohne weiteres aus dem Feld schlagen. Die großen Deutungssysteme, deren Anspruch ja auf nichts Geringeres zielte als auf eine Erklärung dessen, „was die Welt im Innersten zusammenhält“, haben sich entweder im Alltag auf teilweise entsetzliche Weise selbst diskreditiert (zum Beispiel die völkische oder die marxistisch-leninistische „Weltanschauung“) beziehungsweise ziehen sich bescheidener werdend zurück.



Die „Sehnsucht nach Sinn“ (Peter Berger) bleibt trotzdem erhalten. Wahrscheinlich hat sie eine anthropologische Basis. In ihrer Studie über den Individualismus in den USA bringen Robert Bellah et al. (1987) Beispiele für eine hochindividualisierte Religiosität: „Eine Person, die wir interviewten, benannte ihre Religion (sie sprach von ihrem 'Glauben') tatsächlich nach sich selbst. (...) Sheila Larson ist eine junge Krankenschwester, die ... ihren Glauben als 'Sheilaismus' beschreibt. 'Ich glaube an Gott. Ich bin kein religiöser Fanatiker. Ich kann mich nicht erinnern, wann ich das letzte Mal die Kirche besucht habe. Mein Glaube hat mich einen langen Weg begleitet. Er ist Sheilaismus. Nur meine eigene kleine Stimme.' Sheilas Glauben enthält einige Lehrsätze jenseits des Gottesglaubens, aber nicht viele. Um ihren eigenen Sheilaismus zu definieren, sagt sie: 'Er ist der Versuch, sich selbst zu lieben und behutsam zu dir selbst zu sein. Kümmert euch umeinander. Ich glaube, Er will, daß wir uns umeinander kümmern'" (S. 256 f.). „Sheila Larson versucht, ein Zentrum in sich selbst zu finden, nachdem sie sich von einem bedrückend konformistischen früheren Familienleben befreit hat. Die Wurzel ihres 'Sheilaismus' ist das Bemühen, externe Autorität in internen Sinn zu verwandeln“ (S. 271).

Vielleicht ist es sinnvoller, das „Ende der Meta-Erzählungen“ weniger als den Zusammenbruch des Glaubens an innere Zusammenhänge unserer Welt zu begreifen, sondern eher als das Ende der etablierten Deutungsinstanzen. Der einzelne ist der Konstrukteur seines eigenen Sinnsystems und das enthält durchaus Materialien der traditionellen Sinninstitutionen.

Die verallgemeinerbare Grunderfahrung der Subjekte in den fortgeschrittenen Industrieländern heute ist die „ontologische Bodenlosigkeit“, eine radikale Enttraditionalisierung, der Verlust von unstrittig akzeptierten Lebenskonzepten, übernehmbaren Identitätsmustern und normativen Koordinaten. Subjekte erleben sich als Darsteller auf einer gesellschaftlichen Bühne, ohne daß ihnen fertige Drehbücher geliefert würden. Genau in dieser Grunderfahrung wird die Ambivalenz der aktuellen Lebensverhältnisse spürbar. Es klingt natürlich für Subjekte verheißungsvoll, wenn ihnen vermittelt wird, daß sie ihre Drehbücher selbst schreiben dürften, ein Stück eigenes Leben entwerfen, inszenieren und realisieren könnten. Die Voraussetzungen dafür, daß diese Chance auch realisiert werden kann, sind allerdings bedeutend. Da die erforderlichen materiellen, sozialen und psychischen Ressourcen oft nicht vorhanden sind, wird die gesellschaftliche Notwendigkeit und Norm der Selbstgestaltung zu einer schwer erträglichen Aufgabe, der man sich gerne entziehen möchte. Die Aufforderung, sich selbstbewußt zu inszenieren, hat ohne Zugang zu den erforderlichen Ressourcen etwas Zynisches.

Psychosoziale Anforderungen an das Subjekt in der Gesellschaft

Ich will nun den Versuch unternehmen, soziale und psychische Bedingungen und Voraussetzungen zu formulieren, die mir für eine produktive Nutzung der riskanten Chancen der gegenwärtigen Lebenssituation wichtig erscheinen und die für die psychosoziale Arbeit Zielorientierungen bilden könnten:

1

Ein offenes Identitätsprojekt, in dem neue Lebensformen erprobt und eigener Lebenssinn entwickelt werden, bedarf materieller Ressourcen. Hier liegt das zentrale und höchst aktuelle sozial- und gesellschaftspolitische Problem. Eine Gesellschaft, die sich ideologisch, politisch und ökonomisch fast ausschließlich auf die Regulationskraft des Marktes verläßt, vertieft die gesellschaftliche Spaltung und führt auch zu einer wachsenden Ungleichheit der Chancen an Lebensgestaltung. Hier holt uns immer wieder die klassische soziale Frage ein. Die Fähigkeit zu und die Erprobung von Projekten der Selbstorganisation sind ohne ausreichende materielle Absicherung nicht möglich. Ohne Teilhabe am gesellschaftlichen Lebensprozeß in Form von sinnvoller Tätigkeit und angemessener Bezahlung wird Identitätsbildung zu einem zynischen Schwebezustand, den auch ein „post-modernes Credo“ nicht zu einem Reich der Freiheit aufwerten kann.

2

Wenn wir die sozialen Baumeister unserer eigenen sozialen Lebenswelten und Netze sind, dann ist eine spezifische Beziehungs- und Verknüpfungsfähigkeit erforderlich – nennen wir sie soziale Ressourcen. Der Bestand vorhandener sozialer Bezüge wird geringer und der Teil unseres sozialen Beziehungsnetzes, den wir uns selbst schaffen und den wir durch Eigenaktivität aufrechterhalten (müssen), wird größer. Nun zeigen die entsprechenden Studien, daß das moderne Subjekt keineswegs ein „Einsiedlerkrebs“ geworden ist, sondern im Durchschnitt ein größeres Netz eigeninitiiert sozialer Beziehungen aufweist, als es seine Vorläufergenerationen hatten: Freundeskreise, Nachbarschaftsaktivitäten, Interessengemeinschaften, Vereine, Selbsthilfegruppen, Initiativen. Offensichtlicher wird aber auch, daß sozio-ökonomisch unterprivilegierte und gesellschaftlich marginalisierte Gruppen besondere Defizite aufweisen bei dieser gesellschaftlich zunehmend geforderten eigeninitiierten Beziehungsarbeit. Die sozialen Netzwerke von Arbeitern zum Beispiel sind in den Nachkriegsjahrzehnten kleiner geworden. Von den engmaschigen und solidarischen Netzwerken der Arbeiterfamilien, wie sie noch in den fünfziger Jahren in einer Reihe klassischer Studien aufgezeigt und in der Studentenbewegung teilweise romantisch überhöht wurden, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Das „Eremitenklima“ ist hier am ehesten zur Realität geworden. Unser „soziales Kapital“, die sozialen Ressourcen, sind eindeutig wesentlich mitbestimmt von unserem Zugang zu „ökonomischem Kapital“.

3

Nicht mehr die Bereitschaft zur Übernahme von fertigen Paketen des „richtigen Lebens“, sondern die Fähigkeit zum Aushandeln ist notwendig: Wenn es in unserer Alltagswelt keine unverrückbaren allgemein akzeptierten Normen mehr gibt, außer einigen Grundwerten, wenn wir keinen „Knigge“ mehr haben, der uns für alle wichtigen Lebenslagen das angemessene Verhalten vorgeben kann, dann müssen wir die Regeln, Normen, Ziele und Wege beständig neu aushandeln. Das kann nicht in Gestalt von Kommandosystemen erfolgen, sondern erfordert demokratische Willensbildung im Alltag, in den Familien, in der Schule, Universität, in der Arbeitswelt und in Initiativ- und Selbsthilfegruppen. Dazu gehört

eine gehörige Portion von Konfliktfähigkeit. Die „demokratische Frage“ ist durch die Etablierung des Parlamentarismus längst nicht abgehakt, sondern muß im Alltag verankert werden.

4

Gesellschaftliche Freisetzungprozesse bedeuten einen objektiven Zugewinn individueller Gestaltungskompetenz, aber auch deren Notwendigkeit. Sie erfordern vom Subjekt vermehrt die eigenwillige Verknüpfung und Kombination multipler Realitäten. Hier eröffnet sich ein subjektiver und gesellschaftlicher Raum für die Entwicklung jenes „Möglichkeitssinns“, den Robert Musil im „Mann ohne Eigenschaften“ entworfen hat. Er ermöglicht den Auszug aus dem „Gehäuse der Hörigkeit“ (Max Weber) und führt uns an den Punkt, den Christa Wolff 1983 in ihrer Frankfurter Vorlesung zur Poetik so treffend formuliert hat: „Freude aus Verunsicherung ziehen“. Aber sie verknüpft dieses positive Ziel gleich mit der skeptischen Frage: „Wer hat uns das je beigebracht?“, als hätte sie hellseherisch die Situation in der DDR im Frühjahr 1990 beschrieben! Aber so verschieden sind vermutlich wir Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik nicht, als daß diese Frage nicht auch für uns gelten würde. Die psychische Voraussetzung für eine positive Verunsicherung ist „Ambiguitätstoleranz“. Sie meint die Fähigkeit, sich auf Menschen und Situationen offen einzulassen, sie zu erkunden, sie nicht nach einem „Alles-oder-nichts“-Prinzip als nur gut oder nur böse zu beurteilen. Es geht also um die Überwindung des „Eindeutigkeitszwanges“ und die Ermöglichung von neugieriger Exploration von Realitätsschichten, die einer verkürzenden instrumentellen Logik unzugänglich sind. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage nach Therapiezielen wichtig. In einem Aufsatz unter dem Titel „Positive Verunsicherung“ schreibt der amerikanische Psychologe H.B. Gelatt (1989):

„Vor einem Vierteljahrhundert war die Vergangenheit bekannt, die Zukunft vorhersagbar und die Gegenwart veränderte sich in einem Schrittmaß, das verstanden werden konnte. (...) Heute ist die Vergangenheit nicht immer das, was man von ihr angenommen hatte, die Zukunft ist nicht mehr vorhersehbar und die Gegenwart ändert sich wie nie zuvor.

Deshalb schlage ich eine neue Entscheidungsstrategie vor, die positive Unsicherheit genannt wird. Was jetzt angemessen ist, ist ein Entscheidungs- und Beratungsrahmen, der Klienten hilft, mit Wandel und Ambiguität umzugehen, Unsicherheit und Inkonsistenz zu akzeptieren, und die nicht-rationalen und intuitiven Seiten des Denkens und Auswählens zu nutzen. Die neue Strategie fördert positive Haltungen und paradoxe Methoden in der Gegenwart wachsender Unsicherheit“ (S. 252).

„Wenn es Wirklichkeitssinn gibt, muß es auch Möglichkeitssinn geben“, schreibt Robert Musil in seinem monumentalen Roman „Der Mann ohne Eigenschaften“. „Wer ihn besitzt, sagt beispielsweise nicht: Hier ist dies oder das geschehen, wird geschehen, muß geschehen; sondern er erfindet: Hier könnte, sollte oder müßte geschehen; und wenn man ihm von irgend etwas erklärt, daß es so sei, wie es sei, dann denkt er: Nun, es könnte wahrscheinlich auch anders sein. So ließe sich der Möglichkeitssinn als die Fähigkeit definieren, alles, was eben-

so gut sein könnte, zu denken und das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist“ (1978, S. 16).

Unsere alltägliche Lebensführung wird vom Realitätsprinzip bestimmt. Oft führt es zu einem fatalen Realismus, der sich eine andere Welt als die, in der er sich eingerichtet hat, nicht mehr vorstellen kann. Aber in einer Welt, die kein berechenbares Maß besitzt, die zukunfts offen und ambivalent ist, ist dieser Gegenwartsrealismus fragwürdig. Es kommt zunehmend auf die „menschliche Fähigkeit zu 'utopischen' Träumen“ an (Berger, 1994, S. 123). Für diese Fähigkeit hat Musil auch einen spezifischen Ort gefunden, unseren „zehnten Charakter“: „... ein Landbewohner hat mindestens neun Charaktere, einen Berufs-, einen National-, einen Staats-, einen Klassen-, einen geographischen, einen Geschlechts-, einen bewußten, einen unbewußten und vielleicht auch noch einen privaten Charakter; er vereinigt sie in sich, aber sie lösen ihn auf, und er ist eigentlich nichts als eine kleine, von diesen vielen Rinnalen ausgewaschene Mulde, in die sie hineinsickern und aus der sie wieder austreten, um mit anderen Bächlein eine andere Mulde zu füllen. Deshalb hat jeder Erdbewohner auch noch einen zehnten Charakter, und dieser ist nichts als die passive Phantasie unausgefüllter Räume; er gestattet dem Menschen alles, nur nicht das eine: das ernst zu nehmen, was seine mindestens neun anderen Charaktere tun und was mit ihnen geschieht; also mit anderen Worten, gerade das nicht, was ihn ausfüllen sollte“ (Musil, 1978, S. 34).

Ich hatte anfangs angekündigt, daß ich noch einmal auf Hölli zurückkommen würde. Er hat in erstaunlicher Weise seinen Möglichkeitssinn entwickelt, aber er hatte oder



sah keine Chance, einen davon bestimmten Lebensentwurf offen und experimentell umzusetzen. In einem Brief Höllis an seinen Bruder, vier Monate vor seinem Tod, kommt das zum Ausdruck:

„Irgendwann traf mich der Blitz, der schon viele getroffen. Aber ich machte mir keine ernsthaften Gedanken. Ich nahm alles sehr locker und ich ging durch die Welt und dachte und dachte. Aber aus meiner Gedankenlosigkeit wurden Träume und Schmetterlinge. Solche, die viel Verwirrung schaffen. Und dumm wie ich bin, ging ich durch die Welt und ich dachte und dachte. Träume, Schmetterlinge – alles wurde schlimmer! Aber meine Verspieltheit zog mich an sich. Und ohne eine Ahnung ging ich durch die Welt, und ich dachte und dachte. Bücher, Musik, gute Literatur – alles half nichts mehr. Es war, als würde mein Herz nicht mehr für mich schlagen. Plötzlich war es aus mit der Gedankenlosigkeit und ich mußte handeln. Zu spät; meine Chance war vertan. So zog ich durch die Welt und ich dachte und dachte.“

Haben Hölli und seine Freunde möglicherweise schon mehr begriffen von dem, was unsere Gesellschaft generell lernen und entwickeln muß, wenn sie zukunftsfähig sein will? In den Zukunftslabors der Wirtschaft wird über Basiskompetenzen erfolgreicher Menschen im nächsten Jahrhundert oder Jahrtausend nachgedacht. Einer der originellsten und einflußreichsten Managementwissenschaftler ist Peter Senge. Für ihn müssen lernfähige Organisationen vor allem die Phantasie, Kreativität, persönliche Reflexionsfähigkeit im Sinne eines kontinuierlichen Hinterfragens und Überprüfens unserer inneren Bilder, Gemeinschaftsfähigkeit und vor allem die Fähigkeit zu gemeinsamen Visionen fördern. Eine auf individuelle Durchsetzungsfähigkeit und Konkurrenz setzende Gesellschaft hinterläßt genau in diesem Bereich verheerende Defizite. Vielleicht hätte Hölli bei Peter Senge einen Beratervertrag erhalten – in seiner museal versteinerten Stadt hatte er keine Chance!

Heiner Keupp, Jahrgang 1943, Professor, Dr. phil., Diplom-Psychologe, ist Hochschul-lehrer für Sozial- und Gemein-depsychologie an der Universität München. In unterschied-lichen sozial- und gesund-heitspolitischen Gremien engagiert er sich für den Auf-bau einer gemeindenahen psychosozialen Versorgung.

Literatur

- Bauman, Zygmunt (1993, 16./17. November). Wir sind wie Landstreicher. Die Moral im Zeitalter der Beliebigkeit. Süddeutsche Zeitung, S. 17.
- Beck, Ulrich (1986). Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt: Suhrkamp.
- Bellah, Robert N., Madsen, Richard, Sullivan, William M. et al. (1987). Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsein in der amerikanischen Gesellschaft. Köln: Bund.
- Berger, Peter L. (1994). Sehnsucht nach Sinn. Glauben in einer Zeit der Leichtgläubigkeit. Frankfurt: Campus.
- Bergmann, Wolfgang (1995, 14./15. Januar). Keine Ahnung, was los ist mit Roland. Wenn Erwachsene nichts begreifen oder Vom Versickern der Kommunikation in einer computergesteuerten Welt. Süddeutsche Zeitung. Feuilleton-Beilage, S.V.
- Fend, Helmut (1988). Sozialgeschichte des Aufwachsens. Frankfurt: Suhrkamp.
- Gabriel, Karl (1993). Wandel des Religiösen. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 3, 24-32.
- Gebhardt, Eike (1988). Die Stadt als moralische Anstalt. In K.R. Scherpe (Hrsg.), Die Unwirklichkeit der Städte (S. 279-303). Reinbek: Rowohlt.
- Gelatt, H.B. (1989). Positive uncertainty: A new decision-making framework for counseling. Journal of Counseling Psychology, 36, 252-256.
- Gergen, Kenneth (1991). The saturated self. Dilemmas of identity in contemporary life. New York: Basic Books.
- Gergen, Kenneth (1994). „Sinn ist nur als Ergebnis von Beziehungen denkbar“. Interview mit K. Gergen. Psychologie heute, 10, 34-38.
- Giddens, Anthony (1995). Konsequenzen der Moderne. Frankfurt: Suhrkamp.
- Hurrelmann, Klaus (1990). Familienstreß, Schulstreß, Freizeitstreß. Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche. Weinheim: 1990.
- Keupp, Heiner (1988). Riskante Chancen. Das Subjekt zwischen Psychokultur und Selbstorganisation. Heidelberg: Asanger.
- Keupp, Heiner (1994). Psychologisches Handeln in der Risikogesellschaft. Gemeindepyschologische Perspektiven. München: Quintessenz.
- Keupp, Heiner (1995): Gemeinsein aus Eigennutz? Gegen einen falschen Moralismus. Journal für Psychologie, 2, 7-22.
- Lübbe, Hermann (1994). Erfahrungen von Orientierungskrisen in modernen Gesellschaften. In W. Weidenfeld & D. Rumberg (Hrsg.), Orientierungsverlust – Zur Bindungskrise der modernen Gesellschaft. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Musil, Robert (1978). Der Mann ohne Eigenschaften. Hamburg: Rowohlt.
- Rheingold, Howard (1994). Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers. Bonn: Addison-Wesley.
- Schieder, Rolf (1994). Seelsorge in der Postmoderne. Wege zum Menschen, 46, 26-45.
- Schulze, Gerhard (1992). Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt: Campus.
- Senge, Peter (1990). The fifth discipline. New York: Doubleday.
- Strasser, Johano (1994). „Individualisierung und Solidarität“. Die Demokratische Schule, Januar/Februar.
- Taylor, Charles (1995). Das Unbehagen an der Moderne. Frankfurt: Suhrkamp.
- Ueltzhöffer, Jörg & Flaig, Bodo Berthold (1993). Spuren der Gemeinsamkeit? Soziale Milieus in Ost- und Westdeutschland. In W. Weidenfeld (Hrsg.), Deutschland, Eine Nation – doppelte Geschichte (S. 61-82). Köln: Verlag für Wissenschaft und Politik.
- Vester, Michael, Oertzen, Peter v. et al. (1993). Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Köln: Bund.
- Weber, Gottfried (1994). Erfahrungen aus dreijähriger Beratungstätigkeit in den neuen Bundesländern. Neue Praxis, 24, 82-86.
- Weber, Max (1963). Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I (S. 27-277). Tübingen: C.B.J. Mohr.
- Ziehe, Thomas (1987). Neue kulturelle Suchbewegungen. Nach dem Hedonismus. SOWI, 16, 247-254.



Ist Vorbeugen besser als Heilen? Kurzes Plädoyer für den Zweifel

Alle wollen sie was verhüten: die Politiker den Krieg, die Kirchen die Sünde, Sozialarbeiter die Armut, Ärzte die Krankheit, Therapeuten das Verrücktwerden, die Polizei das Verbrechen, die Kosmetikindustrie das Alter.

Erstens sei Prävention billiger als Heilen, argumentieren ihre Befürworter, und zweitens auch moralischer, weil man „das Kind erst gar nicht in den Brunnen fallen lasse“.

Während früher allein die Medizin den Prophylaxegedanken zur Erhaltung der körperlichen Gesundheit für sich in Anspruch nahm, gibt es heute so gut wie keinen sozialen Bereich mehr, in dem nicht Politik mit dem Schlagwort Prävention betrieben wird. Der Begriff an sich fasziniert, er verspricht einen Lösungsansatz und trifft in der Öffentlichkeit, ohne daß er inhaltlich definiert werden müßte, grundsätzlich auf Zustimmung. Prävention ist zum Hoffnungsträger geworden angesichts verkrusteter Strukturen, der Kostenexplosion im Gesundheitswesen und der Hilflosigkeit sozialpolitischer Interventionen.

Da man aber in der Sozial- und Gesundheitspolitik selbst nicht von der Vermeidbarkeit aller (eigentlich gesellschaftlich produzierten) Übel überzeugt ist und sich damit auch existenzmäßig seiner eigenen Grundlagen berauben würde – was wäre ein Arzt ohne Krankheit?! –, bleibt Prävention in der Regel ein Schlagwort sozialpolitischer Lippenbekenntnisse und rhetorischer Versprechen, die nicht eingelöst werden. Die Ausnahme ergibt sich mit der Möglichkeit, unter dem Deckmantel der Prävention oder einer bestimmten Art von Prävention seinen „Gewinn“ zu maximieren oder zumindest die Erhaltung des eigenen Systems zu sichern. Im Rahmen des Konzeptes der individuenzentrierten Prävention läßt sich zum Beispiel Gewinn maximieren, wenn ein Betrieb, statt die Ursache für Überbelastung und Absenzen seiner Belegschaft in Betriebsstrukturen zu suchen und zu verändern, den Mitarbeitern Prämien für das Nichtkrankwerden verspricht. Natürlich werden dann weniger Leute fehlen, aber ob sie sich wohler fühlen und effektiv gesünder sind, und welchen Preis sie dabei zahlen, sind andere Fragen. Würde man krankmachende Faktoren als systembedingt anerkennen, so hätte das notwendigerweise grundsätzli-

che und zunächst mit Kosten verbundene Veränderungen in unseren Arbeits-, Wohn- und Beziehungs-Welten zur Folge.

Bevor ich etwas verhüten kann, muß ich eine möglichst genaue Vorstellung von den Ursachen des zu Verhütenden haben. So banal das klingen mag, so problematisch ist es, wenn man bedenkt, worauf Heiko Ernst (1977) hingewiesen hat: „Das in einer konkreten gesellschaftlichen Situation angesammelte Krankheitswissen (Ursachen, Verbreitung, Heilung von Krankheiten) hängt ab von der vorherrschenden Ideologie, von den materiellen Verhältnissen und der sozialen Struktur. Das Forschungsinteresse von staatstragenden (das heißt herrschenden) Gruppen wird zwar weniger die Definition, aber sicher die Praxis von Prävention bestimmen“ (S. 40).

Im allgemeinen werden zwei Strategien präventiven Handelns unterschieden:

Die personenbezogene Prävention zum einen, worunter alle Maßnahmen zu verstehen sind, die sich auf die Veränderung des einzelnen mittels pädagogischer Interventionsformen wie Aufklärung, Beratung, Informations- und Kompetenzvermittlung beziehen.

Zum anderen die strukturbezogene Prävention, bei der die Veränderung krankmachender Strukturen und Bedingungen in beruflichen und sozialen Lebensbereichen im Vordergrund steht.

Obwohl sich in der Theorie beide Strategien konzeptuell aufeinander beziehen, schlägt in der Praxis das Pendel in 99,9 Prozent aller Projekte einseitig zugunsten der individuumzentrierten Variante aus. Das hat Gründe.

Ein neues Paradigma bestimmt derzeit nicht nur die Erklärung der Genese gesundheitlicher und sozialer Devianz, sondern liefert zugleich ein fertiges Rezept ihrer Prävention. Selber schuld ist der Mensch an seinem Krebs, am Altwerden, am Unglücklichsein. Sind es doch seine, wider besseren Wissens praktizierten Lebensgewohnheiten, sein Eß-, Trink-, Liebes- und Schlafverhalten, die schädigende Wirkung auf Geist und Körper zeitigen – ergo können sie nur mittels disziplinierter Verhaltens- und Einstellungsveränderung von ihm selbst korrigiert werden.

Die Forderung von gemeindepsychologischer Seite, Prävention müsse den Bürger aktiv und mitverantwortlich an der Gestaltung seiner Lebenswelt partizipieren lassen, damit er selbstbestimmt Einfluß auch auf krankmachende Lebensbedingungen nehmen kann, wurde und wird heute vor allem im Gesundheitsbereich in perfider Weise als Zuschreibung der Verantwortung des Bürgers für sein persönliches Schicksal uminterpretiert. Gesundheit als Frage des individuellen Willens definiert, wehrt zugleich Ansprüche auf öffentliche Leistungen ab und läßt den „Außen-vor-Geliebten“ mit der zweifelhaften Würde allein, daß er ja, wenn er nur gewollt, anders gekonnt hätte.

Gegen das Verursacherprinzip ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Problematisch ist dieser Ansatz nur, wenn Ursachenzuschreibungen mit Wirkungs- und Risikofaktoren zweiter Ebene gleichgesetzt werden. Da Suchtmittelgebrauch und anderes Risikoverhalten oftmals nur Symptome einer nicht lösbaren Spannung zwischen gesellschaftlichen Anforderungen und individuellen Bedürfnissen sind, sind sie – so gesehen – „gesunde“ Reaktionen auf die eigentlich krankmachenden Verhältnisse. „Was wir in der Bundesrepublik brauchen“, fordert Eberhard Wenzel (1983), „ist nicht eine Prävention bzw. Intervention gesundheitsgefährdender Verhaltensweisen, sondern eine Veränderung derjenigen gesellschaftlichen Strukturen, die diese Verhaltensweisen wesentlich hervorbringen“ (S. 211 f.).

Für viele, die rauchen, trinken und faul in der prallen Sonne liegen, bedeuten die als schädlich deklarierten Genüsse ein Stück individueller Lebensqualität. Diese Form trotziger Selbstbestimmung hält sie zumindest psychisch gesund, selbst auf die bewußte Gefahr hin, dafür einige Jahre ihrer Lebenszeit einzutauschen (wobei dieser kausale Zusammenhang in Frage gestellt bleibt). Der Preis für solch querulantes Verhalten ist bei der zu gewärtigenden Entwicklung weniger die Einbuße von Lebensjahren, als der Ausschluß vom sozialen und gesellschaftlichen Wohlfühlen, der sich für den Betroffenen obendrein finanziell nachteilig auswirkt.

„Heute scheint eine neuartige Form der Folter in Mode zu kommen: die Präventivfolter“, schrieb Franco Basaglia schon 1980. „Sie arbeitet mit viel ausgefeilteren Methoden als ihre grobschlächtige Vorgängerin; sie erpreßt nicht Geständnisse, sondern Konsens-Zustimmung zur Staatsräson...“ (Basaglia und Basaglia-Ongaro, 1980, S. 21).

Wir haben die Illusion, mittels der „richtigen“ Lebensweise Krankheit und Altern vermeiden zu können, und stehen schließlich vor dem Widerspruch, daß eine künstlich erhöhte Lebenserwartung uns wieder mit allen Gebrechen konfrontiert, die wir eigentlich verhüten wollten. Da diese alters- (nicht verhaltens-)bedingten Verfallsschäden eine teure Reparaturmedizin verursachen, erweist sich die ökonomische Argumentation, wer entsprechend der Gesundheitsnorm lebt, entlaste die gesellschaftlichen Gesundheitskosten, als nicht haltbar. Weitere Zweifel kommen mit der Tatsache auf, daß trotz biodynamischer Ernährung, trotz mentaler und körperlicher Fitnessertüchtigung, trotz intensiver Auseinandersetzung mit innerpsychischen Prozessen und einem schier unerschöpflichen Angebot populärpsychologischer Wissensvermittlung die Rate chronisch kranker, süchtiger und sozial auffälliger Menschen weiterhin ansteigt. Ange-

sichts der Zunahme jugendlicher Raucher muß beispielsweise der Nutzen von aufwendigen pädagogischen Interventionen und teuren Präventionskampagnen in Frage gestellt werden.

Natürlich kann sich ein Gesundheitssystem mit der Doktrin sanieren, alle von seinen Leistungen auszuschließen oder mit Sonderbeiträgen zu belegen, die sich nicht risikofrei verhalten oder genetisch als Risikoträger eingestuft werden. Eine solche „Umverteilung“ von Kosten mit dem Argument der Prävention kann in der Tat ökonomisch attraktiv und politisch durchsetzbar sein. Warum soll ich, wird sich der „gesunde Menschenverstand“ des Bürgers fragen, für einen mitzahlen, der nicht bereit ist, seine Beziehungsprobleme zu lösen, und deshalb schwerste Allergien entwickelt? Oder für ein behindertes Kind aufkommen, das hätte verhütet werden können?

Diese polemische Horrorvision vom totalen Verlust des Solidargedankens kündigt sich heute bereits in vielen Bereichen an. So hat zum Beispiel das Rote Kreuz in der Schweiz alle Homosexuellen als Risikogruppe vom Blutspenden ausgeschlossen (Tagesanzeiger vom 23.9.1995).

Subjektbezogene Prävention als neue Weltanschauung und Moral hat etwas von einer Ersatzreligion an sich. Sie setzt diejenigen, die bereits an Orientierungslosigkeit und fehlender individueller Sinnhaftigkeit leiden, dem ewig selben Kreislauf der Schuldgefühle von Versuchung und Verfehlung aus.

Trotz einer hochspezialisierten Datenerfassung und -vernetzung scheint dem Staat die Kontrolle der sozialen Probleme immer mehr zu entgleiten. Sie wird schleichend abgelöst durch die Selbstkontrolle des Bürgers und die Übernahme einer Ideologie der individuellen Selbstverschuldung.

Ein weiterer Aspekt ist, daß nicht mehr die Krankheit, sondern die Gesundheit im Vordergrund präventiver Bemühungen steht. Wir sprechen heute nicht mehr von Defiziten, die es zu beheben gilt, sondern von individuellen, sozialen und ökonomischen Ressourcen, die gestärkt werden sollen. Dabei kann der einzelne aber nicht entscheiden, welche Art von Prävention seine Potentiale und Ressourcen stärkt – vorgegeben werden feste Programme. Auf der momentanen Hitliste ressourcenbezogenen Wohlfühlens steht in der Schweiz zum Beispiel die Mitgliedschaft in einem Fitness-Club, für die von den meisten Kassen ein Jahresbeitrag von 200 bis 500 Franken bezahlt wird.

Statt Prävention heißt es Gesundheitsförderung, statt Krankenkasse Gesundheitskasse*), und man könnte meinen, mit dieser Begriffserneuerung hätte auch ein Umdenken stattgefunden: der Auffällige und Kranke würde nicht mehr ausgegrenzt, sondern die Aufmerksamkeit auf seine Potentiale gelegt und diese gefördert. Aber

*) In der Schweiz nennen sich bereits zwei Krankenkassen „Eidgenössische Gesundheitskasse“ und „Gesundheitsversicherung“. Raucher zahlen heute schon bei gewissen Kassen mehr als Nichtraucher. Allgemein haben Leute, die in der Stadt leben, höhere Beiträge zu entrichten als die auf dem Land. Bislang waren Frauen in der Schweiz als Risikogruppe eingestuft und wurden mit wesentlich höheren Beitragssätzen als die Männer belegt, da sie im Schnitt häufiger krank sind und damit gewissermaßen unter der erwünschten Gesundheitsnorm blieben.

die Gesundheitskasse als Kasse der Gesunden schröpft schon vor dem Eintreten einer Erkrankung die ökonomischen Ressourcen ihrer devianten Mitglieder.

„Solche Politiken laufen darauf hinaus, den Subjekten abzuverlangen, daß sie sich der Systemverträglichkeit ihres Handelns a priori vergewissern; daß sie systemstörende Effekte ihres eigenen Handelns präventiv ausschließen; daß sie sich als Risiko ernst nehmen und sich entsprechend selbst kontrollieren“ (Vobruba, 1983, S. 40).

Ich möchte nicht die Möglichkeiten und Notwendigkeiten von Prävention als Maßnahmen zur Verhütung menschlichen Leidens per se in Frage stellen, aber ich beobachte im Rahmen gesundheits- und sozialpolitischer Eingriffe eine Tendenz des schamlosen Mißbrauchs jener Überlegungen und Präventionskonzepte, wie sie von besorgten Fachleuten im psychosozialen Bereich zur ernsthaften Verbesserung des Allgemeinwohls entwickelt wurden. Vielleicht sollten wir Experten aufhören, alle Aspekte des Lebens nur noch unter dem Gesichtspunkt der Prävention zu betrachten. Setzen wir uns wieder verstärkt für Selbstbestimmung, Mitmenschlichkeit, Aufgehobensein, Selbstorganisation von Netzwerken und Freiräumen, eine strukturelle Veränderung lebensfeindlicher Strukturen als Werte ein, die unserem Zusammenleben mehr Lebensqualität verleihen. Plakate mit der Aufschrift „Lach mal“ müßten von uns dann nicht mehr als „Eine Aktion im Rahmen der Suchtpräventionskampagne des Bundes“ unterschrieben werden.

Literatur

Basaglia, Franco & Basaglia-Ongaro, Franca (Hrsg.) (1980). Befriedungsverbrechen. Über die Dienstbarkeit der Intellektuellen. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt.

Ernst, Heiko (1977). Primäre Prävention: Möglichkeiten und Grenzen einer Strategie. In G. Sommer & H. Ernst (Hrsg.), Gemeinpsychologie (S. 40-50). München: Urban & Schwarzenberg.

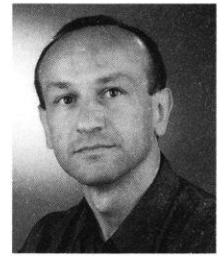
Schrottman, Ria-Elisa (1990). Prävention oder ist Vorbeugen besser als Heilen? Zur Präventionsdiskussion im psychosozialen Bereich. Heidelberg: HVA, Ed. Schindele.

Vobruba, Georg (1983). Prävention durch Selbstkontrolle. In M.M. Wambach (Hrsg.), Der Mensch als Risiko (1. Aufl., S. 29-48). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Wenzel, Eberhard (1983). Risikoverhalten. In M.M. Wambach (Hrsg.), Der Mensch als Risiko (1. Aufl., S. 199-213). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Ria-Elisa Schrottman, Jahrgang 1958, Sozialwissenschaftlerin, leitet im Jugendamt des Kantons Zürich innerhalb der Abteilung Prävention und Sozialberatung die Zentralstelle Kleinkindberatung. Sie ist hier zuständig für die Unterstützung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen in den elf Kontakt- und Beratungsstellen für Eltern mit kleinen Kindern.





Prävention kontra Prävention?

Prävention gehört zu den Forderungen und Zielen, die seit einiger Zeit in keiner sozialen und gesundheitspolitischen Fachdiskussion mehr fehlen. So wird im Achten Jugendbericht (Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 1990) Prävention zu einem handlungsleitenden Prinzip für Politik und Praxis erhoben und als Strukturmaxime der Jugendhilfe gesetzt. Im Neunten Jugendbericht (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 1994) wird der politische Wille, präventive Orientierungen zu fördern, unterstrichen und fortgeschrieben. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) nimmt der Gedanke der Prävention ebenfalls einen prominenten Platz ein. Es versteht sich in seinen Grundzügen als ein Präventionsgesetz (KJHG, § 1 Abs. 3).

Auch in der psychosozialen Praxis erfreut sich der Präventionsdiskurs verstärkter Aufmerksamkeit. Präventive Ansätze und Programme gehören mittlerweile zu den festen Bestandteilen der Arbeitsprofile von Beratungsdiensten und Einrichtungen. Lediglich 11 Prozent aller Erziehungs- und Familienberatungsstellen halten präventive Maßnahmen für nicht erforderlich, dagegen würden über 75 Prozent bei erweiterten personellen Kapazitäten mehr präventiv orientierte Arbeit leisten wollen (Bundeskongress für Erziehungsberatung, 1990). Die Bundeskongress für Erziehungsberatung (1994) empfiehlt den Beratungsstellen, ein Viertel ihrer Arbeitszeit für präventive, über den Einzelfall hinausgehende Maßnahmen vorzusehen.

Zum Handlungskonzept Prävention

Ziel präventiver Strategien ist es, soziale Probleme, psychisches und gesundheitliches Leid frühzeitig, möglichst schon im Vorfeld zu verhindern beziehungsweise deren Zuspitzung zu entschärfen.

Gerald Caplan (1964) unterscheidet zwischen „primärer“, „sekundärer“ und „tertiärer“ Prävention. Als primäre Prävention definiert er psychosoziale Aktivitäten, die nicht nur am Individuum ansetzen, sondern auch dazu beitragen, die sozialen Ursachen zu beheben, Umwelt und Lebensverhältnisse zu verbessern. Sekundäre Prävention richtet sich auf vorbeugende Maßnahmen bei identifizierten Risikopopulationen, um beeinträchtigende

Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, die Dauer von Störungen zu verkürzen und Chronifizierungen möglichst zu verhindern. Tertiäre Prävention konzentriert sich auf Linderung der Folgen psychosozialer Probleme und der Vermeidung von Rückfällen.

Der klassische Gedanke der Prävention bezieht sich einerseits auf die Beeinflussung des Verhaltens von Menschen, andererseits auf die Veränderung und Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen und Bedingungen. Die daraus abgeleiteten präventiven Maßnahmen setzen entweder auf der Seite des Individuums oder der sozialen Umwelt an.

Nach dem dominierenden, klassisch psychosozialen Versorgungsdenken werden die Kriterien und Standards für präventive Maßnahmen wesentlich von den Experten normativ vorgegeben. Sie bestimmen, was als verheerungswürdig anzusehen ist, und die Vorgehensweisen (vgl. dazu etwa Herriger, 1986; Stark, 1989). In diesem Verständnis von Prävention liegt die Gefahr einer zunehmenden direkten und indirekten sozialen Kontrolle individueller Lebensformen, vor der einige Autoren warnen (Otto, 1983).

Die neuen Präventionsansätze grenzen sich von dieser traditionellen Auffassung ab und richten ihren Blick auf die Lebenswelt der Betroffenen, deren soziale Netzwerke und Unterstützungssysteme, in die sie eingebunden sind. Im Mittelpunkt stehen nicht mehr expertenzentrierte Definitionen und normative Zielvorstellung, sondern die subjektiven Deutungen von Problemen, Krisen und Störungen in ihrer Affinität zu den Alltagsstrukturen der Menschen. Die aus solchem Verständnis entwickelten präventiven Konzepte rücken vom Ziel der Verhinderung ab und bewegen sich in Richtung Förderung, Gestaltung und Partizipation (vgl. beispielsweise Böllert, 1992).

In die vorherrschende psychosoziale Praxis haben derartige Überlegungen bislang kaum Eingang gefunden, zumindest nicht in einer systematischen Form.

Präventionspraxis in der Beratungsarbeit

Trotz vielfältiger Beteuerungen über die Relevanz präventiver Ansätze bildet in der Beratungspraxis die psychologisch-beraterische Einzelfallhilfe den Schwerpunkt der

Arbeit. Prävention wird nur in wenigen Einrichtungen als ein Leit- und Handlungsprinzip der Arbeit betrachtet, in aller Regel gilt sie als eine zusätzliche Aufgabe, die nicht selten bei erhöhter Arbeitsbelastung als erste eingeschränkt wird. Die angewandten präventiven Strategien folgen zudem überwiegend dem traditionellen Konzept psychosozialen Handelns, das die professionellen Helferinnen und Helfer in ihrer Rolle als Experten festschreibt und sich auf die individuumszentrierten bewährten, klinisch-psychologischen Methoden und Techniken stützt. Wolfgang Stark (1989) kommt angesichts dieser verbreiteten Praxis zu einer ernüchternden Einschätzung: „Trotz langjähriger Debatten und Konzeptentwicklungen hat sich der Versuch, präventiv zu arbeiten, meist darin erschöpft, Aufklärungskampagnen durchzuführen ... oder die Prinzipien und Techniken kurativer Arbeit zeitlich vorzuziehen, das heißt ... unter dem vielversprechenden Etikett Prävention eine individuell bezogene Therapeutisierung der Gesellschaft weiter voranzutreiben“ (S. 7).

Prävention im Problemfeld „Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen“: Exkurs I

Die Programme zur Prävention von sexuellem Mißbrauch zielen vor allem auf eine Stärkung des kindlichen Selbstbewußtseins ab, um die Kinder zu befähigen und zu ermutigen, einen Mißbrauch abzuwehren (vgl. Fey, 1991).

„Dein Körper gehört Dir!“ – „Nein sagen ist erlaubt!“ – „Es gibt gute und schlechte Geheimnisse!“ In Workshops werden Kindern solche und ähnliche Grundsätze und Rechte über Geschichten und Rollenspiele, über Filme und Theaterstücke vermittelt. Im Child Assault Prevention Project (CAPP) werden beispielsweise verschiedene gewaltbesetzte Situationen in unterschiedlichen Versionen „durchgespielt“. Im Rollenspiel fügt sich das Kind dem Geschehen oder es wehrt sich erfolgreich gegen den Übergriff (vgl. Braecker & Wirtz-Weinrich, 1991). Michael Baurmann (1991) schlägt als weitere primärpräventive Maßnahme eine gezielte Arbeit mit Jungen vor, da viele Täter ihre ersten sexuellen Übergriffe bereits in diesem Alter begehen. Die Jungen sollen mehr Sensibilität für die verbalen und nonverbalen Grenzsetzungen der Mädchen entwickeln, das „männliche Ideal“ vom „starken Typen“ kritischer reflektieren, die eigenen Gefühle und die des anderen besser erkennen und ermutigt werden, ihre Schwächen zu zeigen. Parallel dazu werden Mädchenspezifische Angebote gefordert (Weber & Rohleder, 1995). Offene Treffpunkte und Gruppen sollen Mädchen einen Frei- und Schutzraum aufschließen, in dem sie eigene Bedürfnisse entfalten und ihre Erfahrungen zum Ausdruck bringen können, und der ihnen konkrete Möglichkeiten bietet, Selbstbehauptung und Selbstverteidigung einzuüben.

Die meisten primärpräventiven Ansätze heben in ihren Programmen die Bedeutung von Elternarbeit hervor. In Seminaren und Gesprächsgruppen sollen Eltern zur bewußten Auseinandersetzung mit ihrem alltäglichen Erziehungsverhalten und ihren Erziehungszielen angeregt werden.

Ein ebenso wichtiger Stellenwert wird der Aufklärung der Öffentlichkeit zugeschrieben. Fundierte Informationen über sexuellen Mißbrauch, über Häufigkeit, Täter, Opfer, die Tatdynamik und die Langzeitfolgen sollen emotionale Betroffenheit und die öffentliche Ausein-

andersetzung anregen, um allmählich den Schleier des Schweigens und Verdrängens zu lüften, der über dem immer noch tabuisierten Thema liegt (Fey, 1991).

Ein besonderer Akzent wird auf die sekundär und tertiär orientierten Ziele gelegt. Im Rahmen der Fortbildung versucht man, die Wahrnehmung von Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern für die emotional aufgeladene und komplexe Problematik zu sensibilisieren, um sie zu befähigen, frühzeitig geeignete Hilfen für das betroffene Kind einzuleiten. Darüber hinaus wird – angesichts des hohen Wiederholungsrisikos – einer umfassenden Therapie und Betreuung der Täter eine große präventive Bedeutung beigemessen (Baurmann, 1991).

Was all diesen zweifellos wichtigen Präventionsaktivitäten fehlt, ist eine strukturbezogene Perspektive, die einen Zugang zu den alltäglichen Lebenszusammenhängen der Betroffenen ermöglicht. Kennzeichnend für Familien, in denen sexuelle Übergriffe und Gewalt geschehen, sind in vielen Fällen ihre geringen sozialen Kontakte nach außen (vgl. Kinzl & Biebl, 1993). Infolge der vom Täter angewandten oder auch nur angedrohten Gewalt ziehen sich meist die Familienmitglieder aus den wenigen bestehenden sozialen Bindungen zurück oder brechen sie von sich aus ab. Da in den meisten Fällen sexuelle Gewalttäter in ihrer Persönlichkeitsstruktur eher passive, ängstliche, kontaktgehemmte und rigide Menschen sind, potenziert sich die soziale Abschottung der Familie. In einem solcherart ausgedünnten Netz sozialer Beziehungen sind in Krisensituationen kaum Freunde, Verwandte oder Bekannte erreichbar, die Hilfe und Unterstützung leisten könnten. Die Familie bleibt daher in ihrer Not und mit ihrem Leid oft jahrelang allein. Die Enge des familiären Raums begünstigt eine Atmosphäre, in der schnell die Grenzen gegenüber dem Recht des anderen verletzt werden und in expandierende Gewalttätigkeit umschlagen kann.

Eine Präventionsarbeit, die sich im wesentlichen auf Kinder als Zielgruppe konzentriert und begleitend dazu Informations- und Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit leistet, greift meines Erachtens zu kurz. Es braucht ergänzende Impulse, um Prozesse in der Lebenswelt der Betroffenen in Bewegung zu setzen, die die Auseinandersetzung mit ihren sozialen Beziehungen und die Aktivierung ihrer sozialer Unterstützungsressourcen zum zentralen Ziel haben (vgl. dazu ausführlich Lenz, 1995). Der sozialökologische Ansatz der Gemeindepsychologie bietet hierzu wertvolle Anknüpfungspunkte.

Die gemeindepsychologische Perspektive in der Beratung

Im Beratungsalltag werden heute nicht mehr orthodox einzelne therapeutische Methoden eingesetzt, sondern eher eklektisch, je nach Problemlage und Konfliktkonstellation, unterschiedliche Interventionsformen herangezogen. Standen früher psychoanalytische und klientenzentrierte Ansätze im Vordergrund, so erweiterten insbesondere verhaltenstheoretische, gestalttherapeutische und systemische Modelle die Beratungskonzepte. Das vorherrschende Paradigma in der Beratungspraxis ist aber nach wie vor auf Klinische Psychologie und psychotherapeutische Schulen ausgerichtet. Der Blick bleibt ein klinischer, orientiert sich am einzelnen Individuum und

setzt auf Expertendominanz. Der Zugang zu den alltäglichen Lebenswelten der Menschen wird mit einem solchen traditionellen Verständnis von psychosozialer Beratung sowohl in der Einzelfallarbeit als auch in den präventiven Programmen nur allzu leicht verstellt.

Die Gemeindepsychologie setzt sich kritisch mit dieser psychosozialen Praxis auseinander und versucht, alternative Modelle zur Erklärung von Problemen, Störungen, Krisen und den Umgang mit ihnen zu entwickeln (vgl. etwa Keupp, 1994).

Ihre Ziele und Arbeitsansätze lassen sich folgendermaßen zusammenfassen (vgl. dazu auch Keupp, 1994; Lenz, 1994):

1

Der gemeindepsychologische Ansatz versteht sich nicht als eine weitere Methode oder Interventionsform in der psychologisch-beraterischen Arbeit, sondern vielmehr als eine spezifische Grundlage psychosozialen Handelns, das sich nicht exklusiv auf die biographischen Verletzungen der Betroffenen, ihre individuellen Kompetenzdefizite und die innerfamiliäre Beziehungsdynamik konzentriert, sondern die Wahrnehmung und Analyse ihrer unmittelbaren, alltäglichen, sozialen und materiellen Umwelt als wesentliche Komponenten einschließt.

2

Die Gemeindepsychologie geht davon aus, daß sich ein verlässliches Geflecht von sozialen Beziehungen zu Familienmitgliedern, Verwandten, Freunden und anderen Bezugspersonen positiv auf das psychische Wohlbefinden, das Selbstwertgefühl und die Gesundheit auswirkt. Von vielen Studien wird belegt, daß Menschen, die in ein ressourcenreiches Netzwerk eingebettet sind, Krisen, Konflikte und Belastungen besser bewältigen als Personen, denen nur ein reduziertes soziales Netz zur Verfügung steht (vgl. dazu beispielsweise Schwarzer & Leppin, 1989).

In einem gemeindepsychologisch orientierten Beratungsansatz kommt daher den Prozessen der Aktivierung informeller Unterstützungsressourcen eine große Bedeutung zu. In der psychosozialen Praxis stehen die Anregung zu einer bewußteren Auseinandersetzung mit den sozialen Beziehungen und deren Dynamik, die Förderung der individuellen Bereitschaft, zur Bewältigung von Problemen auf andere Menschen zuzugehen, und die gezielte Suche sowie Analyse sozialer Ressourcen bei und mit dem Hilfesuchenden im Vordergrund.

3

Der Empowermentgedanke bricht radikal mit dem traditionellen Modell psychosozialen Handelns, das den Klienten aus einem Defizit-Blickwinkel eine passive, unterlegene Rolle zuweist, in der sie zur Abgabe der Verantwortung für ihre Probleme an den professionellen Helfer verpflichtet werden, der als Experte die Lösungswege entwickelt (Herriger, 1991). Ziel des Empowermentansatzes ist, die Fähigkeiten von Menschen in Situationen des Mangels und der Belastung wahrzunehmen, die Betroffenen zur Bewältigung ihrer Probleme in ihrem sozialen Kontext zu ermutigen, die Kontrolle über ihr Leben zurückzugewinnen, sowie „alltagsresistente“ Strategien zu entwickeln. Die beraterisch-psychologischen Methoden stellen in einer so verstandenen Praxis wertvolle Hand-

werkszeuge dar, diese Prozesse auf der individuellen, interaktiven und sozialstrukturellen Ebene in Gang zu setzen.

4

Durch eine bewußte Integration der Angebote in den Lebensraum der Hilfesuchenden werden Zugangsbarrieren abgebaut und lange, demotivierende Anfahrtswege verkürzt.

Die dezentrale Organisation der gemeindepsychologischen Praxis erleichtert es, die Besonderheiten der Region zu berücksichtigen und auf sie einzugehen.

Ein gemeindenahes, an der Lebenswelt der Menschen orientiertes Vorgehen erfordert ein multiprofessionelles Arbeitsteam, in dem alle Mitglieder ihre spezifischen beruflichen Kompetenzen, methodischen Ansätze und Sichtweisen einbringen und ihr Handeln nicht nur an psychotherapeutischen beziehungsweise klinisch-psychologischen Konzepten ausrichten.

5

Die Vernetzung und enge Kooperation mit anderen Fachkräften, Beratungsdiensten und Institutionen in der Region ist ein weiteres Prinzip gemeindepsychologischen Handelns. Über den Einzelfall hinaus geht es darum, grundsätzliche Aspekte der Zusammenarbeit zu thematisieren, unterschiedliche Sichtweisen, Handlungsmodelle und institutionelle Rahmenbedingungen transparent zu machen, um gemeinsame Aktivitäten planen und durchführen zu können (Lenz, 1995).

Prävention im Problemfeld „Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ – gemeindepsychologisch orientiert: Exkurs II

Die gemeindepsychologisch orientierte Präventionspraxis zum Thema Gewalt und sexueller Mißbrauch beschränkt sich nicht auf Workshops für Kinder und Erzieher, Elternabende und allgemeine Informationskampagnen. Solchen relativ isolierten Programmen stellt sie Handlungsansätze gegenüber, die auf die Gemeinde und auf deren Spezifika zugeschnitten sind. Gemeindepsychologisch orientiertes Handeln setzt Wissen über die Gemeinde voraus, für die man zuständig ist und Vertrautheit mit den Strukturen des Alltags der Menschen, in denen sie eingebunden sind. Zum anderen setzt diese Form präventiver Praxis ein Modell der Koordination und Kooperation auf der regionalen Ebene voraus, die die Entwicklung einer umfassenden Sichtweise und eine Abstimmung der Versorgungsangebote ermöglicht.

Ein solcher Handlungsansatz wäre, wenn Jugendamt und Beratungsstelle die sexuelle Gewaltproblematik aufgreifen und sie in die Arbeitsgemeinschaft „Jugendhilfe“ und in den Jugendhilfeausschuß einbringen. Auf dieser Ebene werden im Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kommunalpolitik, der verschiedenen psychosozialen Einrichtungen, des Gesundheitsamtes, der kirchlichen und kommunalen Jugendstellen, der Schulen und Kindergärten die unterschiedlichen Interventionsansätze beleuchtet und deren Realisierungsmöglichkeiten ausgelotet.

Offene Sprechstunden in Kindergärten, Schulen oder Mütterzentren könnten betroffenen Familien erleichtern, Wege aus ihrer sozialen Isolation und Sprachlo-

sigkeit zu finden. Denkbar wären die Einrichtung eines „Krisentelefon“ und einer „Krisenwohnung“ als Ausweichmöglichkeiten für das Kind, für Mutter und Kind zusammen oder auch für den potentiellen Täter.

Ein derart breitgefächertes Bündel strukturbezogener Präventionsmaßnahmen läßt sich nur realisieren, wenn in der Region die Einrichtungen, Fachkräfte, Behörden, Selbsthilfegruppen und Laienhelfer vital miteinander vernetzt sind.

Der Erfolg von Empowermentprozessen hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, für dieses Vorhaben im unmittelbaren sozialen Umfeld die geeigneten Personen zu gewinnen. Ihre Aufgabe als „outside community organizers“ (Kieffer, 1984) ist weniger, ständig Aktionen ins Leben zu rufen oder Gruppen zu gründen, als vielmehr durch ihr persönliches Engagement, ihre Erfahrungen, Kompetenzen und ihr soziales Prestige das Thema im Gespräch zu halten und auf lokaler Ebene die daran interessierten Menschen zusammenzubringen. Aufgrund ihrer Kenntnis der regionalen Hilfsmöglichkeiten fungieren sie gleichermaßen als beratende Vermittler.

Ein selbstorganisiertes Netz dieser berufsspezifischen Helfer und Helferinnen hat eine große Nähe zum lokalen Alltag und entfaltet in der ganzheitlichen Sichtweise der Problematik die nötige Spontaneität, über die eine soziale Einbindung von Risikogruppen gelingen kann. Für sie öffnet sich dadurch nicht selten ein erster „Türspalt“, um aus Strukturen entfliehen zu können, die von Drohungen, rigiden Verboten und traumatisierendem Schweigen dominiert werden. Die Betroffenen wagen allmählich die ersten Schritte nach außen, deren Tempo sie selber bestimmen, und beginnen, für sich Hilfsmöglichkeiten selbst zu organisieren.

Albert Lenz, Jahrgang 1951, Professor, Dr. phil., Diplom-Psychologe, ist Hochschul-lehrer an der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen. Langjährige Praxiserfahrung als Leiter einer Erziehungs- und Familienberatungsstelle in einer ländlichen Region.

Literatur

- Baurmann, Michael C. (1991). Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. In Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie (Hrsg.), *Sexualdelinquenz* (S. 45-70). Zürich: Ruegger.
- Böllert, Karin (1992). Prävention statt Intervention. Eine andere Funktionsbestimmung sozialer Arbeit. In H.-U. Otto, P. Hirschauer & H. Thiersch (Hrsg.), *Zeit-Zeichen sozialer Arbeit. Entwürfe einer neuen Praxis* (S. 155-164). Neuwied: Luchterhand.
- Braecker, Solveig & Wirtz-Weinrich, Wilma (1991). Sexueller Mißbrauch an Mädchen und Jungen. Handbuch für Interventions- und Präventionsmöglichkeiten. Weinheim: Beltz.
- Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (1990). Gemeindenahe Arbeitsweisen an Erziehungsberatungsstellen. Informationen für Erziehungsberatungsstellen, 2, 29-30.
- Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (1994). Hinweise zu den Tätigkeitsanteilen in Erziehungsberatungsstellen. Informationen für Erziehungsberatungsstellen, 3, 8-9.
- Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.) (1990). Achter Jugendbericht. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe. Bundestagsdrucksache 11/6576. Bonn: Bundesverlag.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (1994). Neunter Jugendbericht. Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern. Bundestagsdrucksache 13/70. Bonn: Bundesverlag.
- Caplan, Gerald (1964). *Principles of preventive psychiatry*. London/New York: Basic Books.
- Fey, Elisabeth (1991). Du bist einzigartig, wichtig und liebenswert – Möglichkeiten zur Prävention. In D. Jansen (Hrsg.), *Sexuelle Gewalt* (S. 156-185). Frankfurt a. M.: Zweitausendeins.
- Herriger, Norbert (1986). *Präventives Handeln und soziale Praxis. Konzepte zur Verhütung abweichenden Verhaltens*. Weinheim/München: Juventa.
- Herriger, Norbert (1991). Empowerment – Annäherung an ein neues Fortschrittsprogramm der sozialen Arbeit. *Neue Praxis*, 21, 221-229.
- Keupp, Heiner (1994). *Psychologisches Handeln in der Risikogesellschaft. Gemeindepsychologische Perspektiven*. München: Quintessenz.
- Kieffer, Charles (1984). Citizen empowerment. A developmental perspective. *Prevention in Human Services*, 3, 9-36.
- Kinzl, Johann & Biebl, Wilfried (1993). Sexueller Mißbrauch in Kindheit und Jugend. *Zeitschrift für Sexualmedizin*, 4, 136-142.
- Lenz, Albert (1994). Gemeindepsychologische Erziehungsberatung. In H. Cremer, A. Hundsatz & K. Menne (Hrsg.), *Jahrbuch für Erziehungsberatung. Band 1* (S. 83-95). Weinheim/München: Juventa.
- Lenz, Albert (1995). Die Methode des "Networking" im Rahmen von Trennungs- und Scheidungsberatung. Unveröff. Manuskript, Paderborn.
- Otto, Hans-Uwe (1983). Prävention – Zauberwort für gesellschaftliche Veränderung oder neue Form der Sozialkontrolle? In D. Benner, H. Heid & H. Thiersch (Hrsg.), *Beiträge zum 8. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft* (S. 219-220). Weinheim/Basel: Beltz.
- Schwarzer, Ralf & Leppin, Anja (1989). Sozialer Rückhalt und Gesundheit. Göttingen: Hogrefe.
- Stark, Wolfgang (Hrsg.) (1989). *Lebensweltbezogene Prävention und Gesundheitsförderung. Konzepte und Strategien für die psychosoziale Praxis*. Freiburg: Lambertus.
- Weber, Monika & Rohleder, Christiane (1995). *Sexueller Mißbrauch – Jugendhilfe zwischen Aufbruch und Rückschritt*. Münster: Votum.

Stichworte

*Ein Gespräch
über das neue Steuerungsmodell,
Erziehungsberatung und Zukunft*

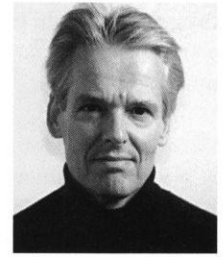
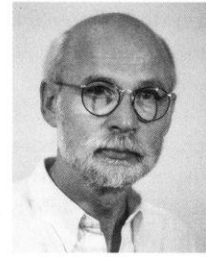
Seus-Seberich: Auf der letzten Tagung der „Bundeskongferenz für Erziehungsberatung“ hat Professor Burkhard Müller, Sozialpädagoge in Hildesheim, die These aufgestellt, daß die Jugendhilfe insgesamt der Erziehungsberatung immer ähnlicher wird. Kriterien der Erziehungsberatung wie Schweigepflicht, Freiwilligkeit und ähnliches gelten jetzt auch für die Jugendhilfe, der Begriff „Beratung“ zieht sich durch das ganze Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz (KJHG). Stichwort: Braucht es überhaupt noch eigene Erziehungsberatungsstellen?

Schröer: Das KJHG hat zwar die Beratungspflicht insbesondere des öffentlichen Jugendhilfeträgers stark akzentuiert und die Position der zu Beratenden gestärkt, aber die Erziehungsberatungsstellen mit ihren spezialisierten Angeboten unterscheiden sich so von den sonstigen Erziehungshilfen, daß ich sie weiterhin für notwendig halte.

Hundsatz: Seit mit dem KJHG die Erziehungsberatung stärker in den Kontext der Jugendhilfe integriert ist, verwischen sich in der Tat die Trennungslinien zum Beispiel zwischen Allgemeinem Sozialen Dienst (ASD) und Erziehungsberatung. Von der Systematik des KJHG könnte man sagen, Beratung ist nicht unbedingt an Erziehungsberatungsstellen gebunden. Im § 28 heißt es sogar ausdrücklich „Erziehungsberatungsstellen und andere Beratungsdienste“. Insofern beziehe ich Ihre Frage auf Organisationsformen und sage, die Organisationsform Erziehungsberatungsstelle hat sich bewährt. In den Köpfen geistert zwar die Meinung, Erziehungsberatung sei teuer, aber faktisch ist sie eine sehr kostengünstige Hilfe. Es wäre dumm, die Organisationsform Erziehungsberatungsstelle zu zerschlagen.

Seus-Seberich: Welche spezifische Qualität haben Erziehungsberatungsstellen über den Fakt hinaus, daß sie kostengünstig arbeiten?

Hundsatz: Wenn man Erziehungsberatung mit anderen Jugendhilfeleistungen vergleicht, dann ist die Definition und Standardisierung von Qualitätsmerkmalen in der Erziehungsberatung besonders entwickelt. Das gleiche gilt für das Berichtswesen, das Informationen



mit

Andreas Hundsatz (r.), LAG Baden-Württemberg
Hubertus Schröer (l.), Stadtjugendamt, München

geführt von

Reinhard Rudeck, SPI

Elfriede Seus-Seberich, SOS-Familienzentrum Neuperlach

über Entwicklungen, Trends, Meinungen bündelt und Zahlenmaterial vorlegt, das der politischen Ebene eine hohe Kontrollmöglichkeit zugesteht.

Schröer: Da bin ich skeptisch. Die Jahresberichte geben zwar ein hervorragendes Zahlenwerk ab, aber keine Auskunft, mit welchem Erfolg die Beratungsprozesse tatsächlich gelaufen sind. Die relativ starke Abschottung der Beratungsstellen nach außen macht mich skeptisch. Eigentlich weiß man nicht recht, wie sie arbeiten, mit welchem Erfolg, man weiß nur, sie können relativ privilegiert arbeiten. Ich glaube, daß sie über ein fachliches Niveau verfügen, das bei anderen Erziehungshilfen in dieser Güte und Intensität nicht realisiert werden kann.

Hundsatz: Meine These war nicht, daß wir mit dem Berichtswesen zum Beispiel schon bei einer verlässlichen Messung des Outputs angekommen wären, sondern daß die Erziehungsberatung im Vergleich zu anderen Jugendhilfebereichen Instrumente entwickelt hat, die richtungweisend sind. Der wissenschaftliche Diskurs über die Arbeit der Erziehungsberatungsstellen ist im Vergleich zu anderen Jugendhilfebereichen relativ weit fortgeschritten. Immerhin gibt es – wenn auch nicht überwältigend viele – eine Reihe von Evaluationsstudien zur Erziehungsberatung.

Seus-Seberich: Stichwort „Abschottung“. Der Schutz der Intimsphäre der Ratsuchenden ist eine Qualität, die Erziehungsberatungsstellen immer garantiert haben und der heute im KJHG allgemein verankert ist. Trotzdem stellt sich – von außen gesehen – immer wieder der Eindruck her, die Beratungsstellen wollten sich abschotten. Versteckt sich hinter dem Vorurteil die Meinung, daß der Kampf um den Erhalt der Erziehungsberatungsstellen ein Kampf der Mitarbeiter um ihre Privilegien ist?

Hundsatz: Natürlich ist es das Bestreben eines Mitarbeiters, in einem Raum zu agieren, in dem er autonom fachliche Entscheidungen treffen kann. Es besteht die Gefahr, daß das mit Abschottung verwechselt wird. Das hat vielleicht mit der früheren Stellung der Erziehungsbe-

ratung zwischen Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Schule zu tun. Erst mit dem KJHG ist sie in die Jugendhilfe voll integriert worden, und das brachte die Anforderung, sich sowohl im Jugendhilfebereich zu formulieren als auch sich der Kritik zu stellen. Das müssen beide Seiten akzeptieren.

Schröer: Der pauschalisierende Vorwurf, vornehm in schönen Räumen zu sitzen und abzuwarten, bis der Klient kommt, statt hinzugehen, ist sicher falsch. Trotzdem stelle ich die Frage des ASD, wie können wir die Familien erreichen, die den Weg zur Erziehungsberatung nicht finden? Ich glaube, da könnten die Erziehungsberatungsstellen noch sehr viel mehr als bisher tun. Sie könnten in der Vernetzung präventiver Angebote und bei der Bedarfsanalyse zur Jugendhilfeplanung mehr leisten und sich auch auf der politischen Ebene stärker einmischen. Andererseits muß zugegeben werden, daß Jugendhilfeplanung ihrerseits bisher nicht systematisch solche Daten zur Bedarfsanalyse von der Erziehungsberatung angefordert hat. Aber nicht nur für den analytischen Bereich halte ich eine verstärkte Beteiligung der Erziehungsberatung in der Jugendhilfeplanung für wichtig, sondern auch im Planungsprozeß, wenn es um die Konzeption und die Ausgestaltung der Hilfen geht. Da verfügen Erziehungsberatungsstellen über ein Erfahrungspotential, das nicht genutzt wird.

Seus-Seberich: Stichwort „Jugendhilfeplanung“. Welche Rahmenbedingungen braucht Erziehungsberatung, um sich konstruktiv und mit ihren Möglichkeiten an der Jugendhilfeplanung einer Großstadt zu beteiligen?

Hundsatz: Ich frage mich, ob Rahmenbedingungen nötig sind. Qualitative Jugendhilfeplanung fängt für mich mit der aktiven Mitwirkung des Abteilungsleiters für Erziehungsberatung auf der Leitungsebene im Jugendamt an. Sie geht weiter, wenn die Leiter der kommunalen Erziehungsberatungsstellen mit denen der freien Träger in einem Gremium zusammensitzen, und sich auf Stadteilkonferenzen regional orientierte Beratungsstellen mit den Bezirksstellenleitern vom ASD treffen. Auf all diesen Ebenen geht es um Planung, um die Analyse des Bedarfs an Hilfen, die bereitgestellt werden müssen. Daran muß sich Erziehungsberatung wie jeder andere im Jugendhilfebereich beteiligen. Primär ist die gemeinsame Planung wichtig. Eine andere Frage ist dann, welche Einrichtung die Leistung tatsächlich anbietet.

Schröer: Ich wünsche mir eine stärkere sozialräumliche Orientierung, die wir aber in München bisher nur in Ansätzen verfolgen können, weil wir noch keine flächendeckende Sozialberichterstattung mit entsprechenden empirischen Daten haben. Wir machen eine Art Bereichsplanung, die sich an den einzelnen Jugendhilfefeldern orientiert. Aussagekräftige Bestandsaufnahmen und darauf aufbauende Bedarfsplanungen finden noch zu wenig statt. Das liegt wohl daran, daß die Stärke der meisten Mitarbeiter im Konzeptionellen liegt und die empirische Bestandsaufnahme darunter leidet.

Rudeck: Stichwort „Bedarf“. Nach den Begriffen des neuen Steuerungsmodells ist Erziehungsberatung eine Dienstleistung, die der „Kunde“, ehemals Klient, abruft. Seine Nachfrage regelt also den Bedarf und macht

den Markt Angebots- bzw. bedarfsgerecht. Abgesehen davon, daß das neue Steuerungsmodell den Begriff „Bedarf“ nicht mehr kennt, frage ich, wer wird künftig den Bedarf registrieren?

Hundsatz: Ich verstehe den Begriff „Kundenorientierung“ in der Logik des KJHG als Umorientierung sozialer Dienstleistungen im Sinne von Subjektorientierung und gleichberechtigter Partnerschaft.

Schröer: Diese neue, betriebswirtschaftlich geprägte Sprache trägt in sich die Gefahr, daß fachliche Inhalte und sozialpolitische Zielvorstellungen wie auch ethische Grundlagen verloren gehen. Aber ich sehe nicht, daß in der Logik des neuen Steuerungsmodells der Begriff „Bedarf“ bzw. die Frage danach entfallen wäre. In München haben wir beispielsweise eine Projektgruppe, die den klaren Auftrag hat, eine Marktanalyse im Sinne einer Bedarfserhebung zu erstellen. Das eigentliche Dilemma scheint mir zu sein, daß sich die in der Jugendhilfe tätigen Fachleute, vorwiegend Sozialpädagogen und Psychologen, zu wenig mit den harten Daten auseinandersetzen. Statt erst einmal eine Bestandsaufnahme zu machen und dann zu überlegen, nach welchen Kriterien der Bedarf zu decken ist, sind wir alle Weltmeister im Schreiben von Konzeptionen, die dann für die konkrete Planung folgenlos bleiben.

Hundsatz: Ich bin den neuen Steuerungsmodellen gegenüber skeptisch und halte die Unterscheidung der beiden Begriffe „Bedarf“ und „Nachfrage“ für extrem wichtig. In der Praxis zeigt sich, daß Erziehungsberatung nachgefragt wird, was aber über den Bedarf nichts aussagt. Das Papier der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) zur outputorientierten Steuerung fällt meines Erachtens hinter die Qualitätsansprüche des KJHG zurück. Das KJHG beschreibt für die Jugendhilfeplanung gut den komplizierten Aushandlungsprozeß, der den Bedarf erst konkretisiert, während das KGSt-Papier zu sehr davon ausgeht, daß ein Leistungsangebot von der Nachfrage auf dem Markt geregelt wird. Ein Jugendhaus, das sich nach diesem Kriterium orientiert, müßte ständig Disco anbieten, weil attraktiv, weil nachgefragt. Mit solchen Vorgaben könnten wir unserer Aufgabe nicht mehr gerecht werden, Leistungen auch dort zu vermitteln, wo ein Bedarf besteht, der sich aus vielerlei Gründen nicht artikuliert.

Rudeck: Hier treffen sich aber KJHG und KGSt-Papier. Auch das KJHG setzt den sogenannten „mündigen Klienten“ voraus, der mitentscheiden kann. Was ist mit denen, die sich nicht zu Wort melden können?

Hundsatz: Wenn wir Partizipation und Partnerschaft ernst nehmen, muß der „mündige Klient“ als Schwerpunkt gesetzt werden. In § 27 und § 36 räumt das KJHG aber der Beurteilung der Fachleute eine gewichtige Position ein. Es handelt sich um einen Aushandlungsprozeß zwischen Klientel und Fachleuten.

Schröer: Die Gefahr ist gegeben, daß die Kosten-Nutzen-Rechnung zum Kriterium wird. Deshalb plädiere ich in der Diskussion um die neuen Steuerungsmodelle für die Klärung unserer sozialetischen Ziele als Grundlage. Wenn ich klare Ziele habe – und dazu würde auch

der Umgang mit denen gehören, die keine Stimme haben –, dann haben Überlegungen zur Effektivität und Effizienz ihren Sinn.

Hundsatz: Ich sehe nicht nur die große Gefahr, daß die neuen Steuerungsmodelle diese sozioethische Perspektive nicht mehr aufgreifen, sondern auch die fachpolitische Bewertung ausklammern. Die gesetzliche Einheit von Verwaltung und Jugendhilfeausschuß im Jugendamt droht unterlaufen zu werden, wenn eine Vorabdefinition von Produkten im Rahmen des Produktplans erfolgt, ohne daß dabei der Jugendhilfeausschuß beteiligt gewesen ist. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Hilfestellung, sondern schmälert auch die Stellung des Jugendhilfeausschusses.

Schröder: Hinzu kommt, daß man mit einem Produktplan Gefahr läuft, das Bestehende festzuschreiben, indem man das, was immer schon Angebot war, als Produkt scheinbar neu beschreibt. § 27 Absatz 2, der eine Öffnung der Erziehungshilfen für neue Bedarfslagen und die Entwicklung entsprechender Produkte ermöglicht, könnte damit durch den Rost fallen.

Hundsatz: Um in der neuen Sprache zu sprechen, wir haben relativ viel Information über den Input von Erziehungsberatung, multidisziplinäres Team, Fachlichkeit und so weiter, aber wenig über den Output. Natürlich brauchen wir ein Rückmeldesystem, aber nach meinen Beobachtungen wird sowohl im Jugendhilfeausschuß als auch im Gemeinderat häufig nach anderen Kriterien entschieden. Da spielen aktuelle politische Trends, Machtverhältnisse und andere irrationale Kriterien eine Rolle. Ich bezweifle, ob deutlichere Zahlen zu rationaleren Entscheidungen führen würden.

Schröder: Die Zweifel sind berechtigt. Für mich sind die Daten aber für die eigene sozialpolitische Zielsetzung von Interesse. Häufig ist es doch so, daß wir dort investieren und intervenieren, wo am lautesten geschrien wird. Das Geschrei ist manchmal fachlich überzeugend zu belegen, manchmal aber auch nur das Ergebnis einer gut funktionierenden Lobby. Von solchen Zufällen möchte ich keine Entscheidungen abhängig machen. Wir müssen einräumen, daß wir in der Jugendhilfeplanung oft keine vernünftigen Grundlagen für unsere Entscheidungen haben. Daß wir gegenwärtig gar nicht die Ressourcen haben, um dem Bedarf entsprechend zu handeln, ist ein anderes Thema.

Seus-Seberich: Wo ist Ihrer Meinung nach von der Kommune in der Planung die Priorität zwischen präventivem und kurativem Handeln zu setzen?

Schröder: Zuerst im präventiven Bereich und bei Ansätzen, die beispielsweise sich einem Konzept wie Empowerment verpflichtet fühlen. Ich hielte es für verheerend, wenn wir uns aus Gründen knapper Mittel nur noch auf den Bereich kurativer Einzelmaßnahmen konzentrieren würden. Noch viel zu wenig wird im Sinne von Empowerment auf die Stärken und Ressourcen der Menschen selbst eingegangen. Hier liegt aus meiner Sicht die Priorität, wobei man nicht so tun sollte, als gäbe es keine Defizite. In vielen Bereichen aber herrschen in den Köpfen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch



die Denk- und Handlungsmuster der klassischen Erziehungshilfe vor: Ich weiß, was gut ist für den Klienten, für die Familie und für das Kind. Schulungen könnten hier helfen und aufzeigen, wie auf partnerschaftlicher Ebene ein Hilfeprozeß ausgehandelt werden kann. Für Erziehungsberatungsstellen hieße dieser Ansatz, sich im Stadtteil zu vernetzen und auf Strukturen und Ressourcen zu konzentrieren, die Lebenswelten und Netzwerke des Klienten aufzuspüren, um ihn dort zu integrieren.

Hundsatz: Ich meine, daß wir stärker die Erfahrungen der einzelnen Fachbereiche systematisieren und für das Gesamtbild der Planung nutzen müßten. Zum Beispiel die spezifischen Erfahrungen einer Bezirksstelle des ASD mit ihrer Klientel im Stadtteil und welcher konkrete Bedarf hier registriert wird, um das systematisch mit den Erfahrungen anderer Einrichtungen im Stadtteil in Beziehung zu setzen.

Seus-Seberich: Stichwort „Vernetzung“. Wie geht man mit dem Problem um, wenn im Einzugsbereich einer Erziehungsberatungsstelle mit drei bis fünf Mitarbeitern über hundert Vernetzungspartner gegenüberstehen? Wir machen diese Erfahrung derzeit in München bei dem Vorhaben, die Erziehungsberatung zu regionalisieren.

Schröer: Ich bin ein Fan von Vernetzung, werde aber immer ratloser, wenn ich die Belastung sehe, die damit verbunden ist. Wir müssen lernen, uns auf die wesentlichen Vernetzungsprozesse zu konzentrieren, und das mit weniger und ausgedünnteren Gremien. Erziehungsberatung muß bei ihren Leisten bleiben. Wenn ich Vernetzung zum präventiven Aufgabenbereich der Erziehungsberatung zähle, empfiehlt die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung dafür insgesamt einen Aufwand von einem Viertel der verfügbaren Arbeitszeit. In diesem Rahmen muß eine Beratungsstelle Prioritäten bei der Vernetzungsaufgabe setzen. Die wichtigsten Kooperationspartner sind ja immer wieder Kindergarten, Schulen und ASD.

Seus-Seberich: In unserem Einzugsbereich sind es siebzig Kindergärten, -krippen, Horte und Schulen. Wie müßte eine Erziehungsberatungsstelle, bezogen auf die Zahl der Einwohner und Kinder, ausgestattet sein, um vernünftig arbeiten zu können?

Hundsatz: Interessanterweise haben, zumindest in den entsprechenden Diskussionen, die klassischen Zahlen bis heute Gültigkeit: vier bis fünf Mitarbeiter auf 45- bis 50 000 Einwohner. Ich halte eine Differenzierung dieser Zahlen nach regionalen Spezifika der Jugendhilfe für unbedingt erforderlich.

Schröer: Um den Bedarf zu ermitteln, wäre auch hier eine Sozialberichterstattung erforderlich. Grundsätzlich muß in sozial schwierigen Gebieten die Erziehungsberatung stärker ausgebaut sein als in weniger problematischen Stadtteilen.

Hundsatz: Die Teams in einer Größenordnung von drei bis fünf Mitarbeitern scheinen sich bewährt zu haben. Sie sind in der Organisation überschaubar. Teams mit einer Vielzahl von Mitarbeitern haben die Tendenz,

disfunktional zu werden. Bezogen auf eine bestimmte Einwohnerzahl würde ich zwei, drei kleine Teams einem großen vorziehen. Vorstellbar sind aber Zentren, in denen verschiedene Dienste an einem Ort sind und damit für die Menschen leichter erreichbar.

Schröer: Über die Addition verschiedener Einrichtungen und deren Vernetzung hinaus kommt es vor allem auf eine Gesamtsicht der Erziehungshilfen an. Sie werden noch zu wenig auf der Grundlage gemeinsamer Planung bereitgestellt.

Seus-Seberich: Was Sie beschreiben, ist eine Jugendhilfeplanung, die nicht unter die Aufgaben nach § 28 fällt. Können solche Querschnittsaufgaben denn überhaupt geleistet werden, wenn Jugendhilfeplanung an die KJHG-Paragrafen gebunden wird?

Schröer: Ich versuche gerade, die Münchner Jugendhilfeplanung auf neue Beine zu stellen. Wir müssen dafür ein Berichtswesen aufbauen, um Daten zu bekommen, wir brauchen Controlling nicht im Sinne von Kontrolle, sondern als Steuerungsinstrument. Wenn man wirklich zu einer Budgetierung und outputorientierten Jugendhilfe kommen will, dann kann das nur auf der Grundlage von Daten geschehen, die den Bedarf belegen. In dieser Richtung will ich die Jugendhilfeplanung in München qualifizieren.

Hundsatz: So wie wir im Moment die Begriffe Planung oder Steuerung diskutieren, impliziert das die Hypothese von Defiziten in der Praxis. Ich stelle diese These in Frage und sage: Jugendhilfe und Erziehungsberatung machen ihre Arbeit gut und haben in der Vergangenheit unter Beweis gestellt, daß sie wandlungsfähig sind. Die innovativen Prozesse sind in hohem Maße von dieser Basis ausgegangen. Es ist ja nicht so, daß mit dem KJHG die Jugendhilfe sich geändert hat, sondern umgekehrt: weil die Jugendhilfe sich verändert hat, wurde das KJHG formuliert. Meine Überlegung ist, ob die Planungsprozesse nicht stärker an der Basis ansetzen müssen.

Schröer: Das wäre für mich das Stichwort „Beteiligung der Betroffenen“. Betroffen von der Planung sind ja nicht nur die Bürger und Bürgerinnen, deren Beteiligung eher schwer ist, sondern auch diejenigen, die im Stadtteil die soziale Arbeit machen, die müßten stärker in die Planung einbezogen werden.

Seus-Seberich: Da stimme ich Ihnen zu, habe aber den Eindruck, daß dafür nicht den Kollegen an der Basis die Bereitschaft fehlt, sondern den Verwaltungsstrukturen die Flexibilität.

Hundsatz: Je größer der Träger, desto mehr hat man sich mit Verwaltungsstrukturen auseinanderzusetzen und desto größer ist die Gefahr, daß Verwaltung und Fachbereich auseinanderfallen und die Steuerung durch die Verwaltung dem Fachbereich nicht mehr gerecht wird. Hier müssen Wege verkürzt werden und in diesem Zusammenhang finde ich den Ansatz „Umbau der Verwaltung“ im neuen Steuerungsmodell richtig.

Rudeck: Eine erstaunliche Schwerpunktverschiebung ist, daß diese neuen Modelle für den Verwaltungsbereich entwickelt wurden, die Diskussion darüber aber ständig im Jugendhilfereich für dessen Projekte und Einrichtungen geführt wird.

Hundsatz: Dagegen würde ich mir sowohl von der Jugendhilfe als auch von der Erziehungsberatung mehr Gegenwehr wünschen. Die neuen Steuerungsmodelle machen Sinn für die Verwaltung, aber die Jugendhilfe muß nach den Prinzipien des KJHG gesteuert werden. Ich sehe hier die große Gefahr, daß das in den Hintergrund tritt. Das trifft vor allem auf die sogenannten Kleinstträger zu. Ihnen droht, von den neuen Modellen „ausgesteuert“ zu werden, und damit amputierte man sich das experimentelle „Spielbein“ der Jugendhilfe. Gerade von kleinen Trägern und Initiativen ging und geht viel Innovation aus.

Schröer: Ich glaube nicht, daß sich Jugendhilfe von dem Prozeß der Veränderung auskoppeln kann. Jugendhilfe findet in Verwaltungsstrukturen statt, die modernisiert werden müssen. Die Verwaltung hat ohne strukturelle Reformen keine Chance zu überleben. Im Rahmen dieser notwendigen Reformen muß aber auf die Eigenständigkeit der Jugendhilfe und ihre Prinzipien geachtet werden. Wenn die Ressourcen zum Beispiel durch die Abschaffung irrsinniger Dienstwege dahin gehen, wo die Fachverantwortung liegt, wäre das ein positives Element der neuen Steuerungsmodelle.

Rudeck: Die Qualitätsdebatte ist überlagert von den Kürzungszwängen der Kommunen. Zwar soll über die Konkurrenz der Anbieter die beste Leistung erzielt werden. Verkürzt kann man jedoch die Logik der Ausschreibung auf den Nenner bringen: Der Billigste kriegt den Zuschlag. Wo bleibt das Kriterium der Pluralität, das originär mit dem Prinzip der Subsidiarität verbunden war?

Schröer: Da liegt einerseits die Gefahr, andererseits ist Konkurrenz in dem Bereich kein schlechtes Steuerungsinstrument. Die bisherige Vergabe ist ja völlig dubios. Da kam ein Träger mit Vorschlägen, und solange Geld da war, wurde das Projekt genehmigt. Verhandelt wurde auf irgendwelchen Ebenen nach Kriterien, die nicht durchschaubar waren. Jetzt werden Projekte ausgeschrieben, und Träger bewerben sich auf der Grundlage von Konzepten. Natürlich ist die Finanzierungsfrage zu beachten, für entscheidend aber halte ich die Konkurrenz der Konzepte.

Rudeck: Wo stehen in diesem Konkurrenzsystem die städtischen Einrichtungen?

Hundsatz: Die entscheidendere Frage ist: Was kann überhaupt in Konkurrenz zueinander stehen? Konkurrenz macht Sinn im Hinblick auf Organisationsformen. Wer bringt zum Beispiel die Leistung mit einer effektiveren Organisation? Konkurrenz macht aber dann keinen Sinn mehr, wenn es um Erziehungsberatungsstelle eines freien Trägers contra kommunale Erziehungsberatungsstelle geht. Der Bürger muß die Möglichkeit haben, zwischen Einrichtungen unterschiedlicher Träger zu wählen; diese Vorgabe macht das KJHG. Man muß also sehr genau hinsehen, was man in Konkurrenz stellt und was nicht. Um

das sinnvoll zu entscheiden, müssen politische Vorgaben und fachpolitische Stellungnahmen die Rahmenbedingungen definieren.

Seus-Seberich: Stichwort „Bestandssicherung von Einrichtungen“. Wenn Förderverträge alle drei Jahre neu ausgeschrieben werden, was bedeutet das in der Jugendhilfe für Einrichtungen, die beziehungsorientiert arbeiten? Bedeutet das, Jugendhilfe wird politisch beliebig verfügbar in einem Ausmaß, das nicht im Interesse der Klientel sein kann?

Hundsatz: Ich wüßte nichts gegen das demokratische Primat der Politik einzuwenden. Wäre es nicht so, müßten sich unsere Einrichtungen nicht mehr legitimieren. Das hielte ich für fatal. Selbstverständlich müssen wir unsere Konzepte und Ergebnisse im fachpolitischen Raum diskutieren und legitimieren. Ich sehe keine Alternative zum Jugendhilfeausschuß. Natürlich besteht dabei die Gefahr, Leistungen zu vernachlässigen, die sozial sinnvoll aber politisch nicht opportun sind.

Seus-Seberich: Ich sehe ein ganz massives Ungleichgewicht zwischen kommunalen Einrichtungen, deren Mitarbeiter zum Teil verbeamtet sind, und den freien Trägern, die ihre Arbeit alle zwei, drei Jahre neu legitimieren müssen. Langfristig kann das zu einer Kommunalisierung der Jugendhilfe führen, weil freie Träger unter dem Damoklesschwert, politisch in Ungnade zu fallen, nicht bereit sind, langfristige Innovationen zu finanzieren oder umfangreichere Investitionen, zum Beispiel für Gebäude, zu tätigen.

Schröer: Das Risiko, nicht mehr gefördert zu werden, hat jeder Träger. Da muß man sich politisch auseinandersetzen und kämpfen.

Seus-Seberich: Ich behaupte, die Stadt hat das Risiko nicht, und damit ist eine Ungleichgewichtigkeit zwischen freien Trägern und kommunalen Anbietern gegeben.

Rudeck: Das Absurde dabei ist, daß die Innovation über Jahre von den freien Trägern gekommen ist, deren Existenzgrundlage jetzt durch die neuen Steuerungsmodelle in Frage gestellt ist.

Schröer: Das einzig Neue ist, daß es den Kommunen haushaltsmäßig noch nie so schlecht gegangen ist wie zur Zeit. Deshalb haben sich die Fragen so verschärft. Unabhängig davon finde ich die Mentalität bedenklich, zu erwarten, daß immer gefördert wird, wer einmal im Förderprozeß drin ist.

Rudeck: Die Diskussion ist komplizierter, weil es auch um Planungssicherheit geht, zum Beispiel für experimentelle und innovative Projekte, die nicht exakt nach Paragraphen zu definieren sind. Denen müßte eine Existenzsicherheit zugebilligt werden, um ihre Leistungen im Einzelfall überhaupt konkret zur Diskussion stellen zu können.

Schröer: Diese Grundsicherheit ist da, ihre gesetzliche Grundlage ist das Wahlrecht des Bürgers im KJHG. Keine Kommune kann entscheiden, das Leistungsange-

bot auf Null zu bringen, noch es in Gänze zu kommunalisieren. Sicher ist der Spielraum zwischen diesen beiden Extremen größer geworden und hat mehr Platz geschaffen für Unsicherheiten.

Hundsatz: Planungssicherheit ist eine Dimension, die es allein schon auf der Mitarbeiterebene braucht. Wenn die Mitarbeiter ständig um ihre Existenz fürchten müssen, ist das ihrer sozialen Aufgabe nicht gerade förderlich. Andererseits sehe ich die Notwendigkeit der Legitimation. Das Dilemma ist gegeben, dem haben sich aber gerechterweise alle auszusetzen: die freien Träger und die öffentlichen. Es gibt durchaus politische Bestrebungen, Amtsleitern nur noch befristete Verträge zu geben, die erneuert werden können, aber nicht müssen. Interessanterweise sind in Baden-Württemberg durch die Streichung der überörtlichen Förderung von Erziehungsberatung mehr kommunale Beratungsstellen geschlossen worden als freie. Die politische Position der freien Träger dort ist also so schlecht nicht. Den Mitarbeitern der kommunalen Beratungsstellen wurde aber im Vergleich zu denen der freien nicht gekündigt, sondern sie wurden in andere Fachbereiche integriert. Das ist ein Phänomen, das nicht negiert werden sollte.

Rudeck: Noch einmal Stichwort „Legitimation“. Welche Perspektive sehen Sie, abseits der Bindung an Paragraphen, die Arbeit, die man leistet, über ihre Qualität zu legitimieren?

Schröer: Das versuchen wir in München gerade mit dem Projekt Qualitätssicherung. Das ist ein neuer Weg in der sozialen Arbeit, im Dialog Qualitätsstandards zu entwickeln, die fachlich von allen mehr oder weniger akzeptiert sind. Der Konsens darüber wird zur Meßlatte aller Leistungen. Wer sie nicht erfüllt, hat dann zu Recht auf dem Markt keine Chance mehr. Erfahrungen mit Qualitätssicherung liegen aus dem Bereich der Jugendhilfe noch nicht vor. Im Altenhilfe- und vor allem im Gesundheitsbereich, wissen wir, hat sie sich bewährt.

Seus-Seberich: Die fachlichen Standards der psychosozialen Beratung, die wir in der Münchner Erklärung formuliert haben, sind nicht billig zu realisieren. Guter Rat ist teuer. Bei der Auseinandersetzung über die §§ 16 und 28 sagte in einem Unterausschuß des Landesjugendhilfeausschusses Herr Dr. Sauter, Leiter des Landesjugendamtes, wörtlich: „Die Kommunen werden sich die billigsten Anbieter herausuchen, weil ihre Finanzlage sie dazu zwingt.“ Können sich die öffentlichen Beratungsstellen die fachlichen Standards auf die Dauer überhaupt noch leisten?

Hundsatz: „Guter Rat ist teuer“: Diese Annahme ist falsch. Erziehungsberatung ist nicht teuer. Das Bundesamt für Statistik zählte 1993 insgesamt 255 000 Hilfen zur Erziehung, davon sind auf die Erziehungsberatung fast 200 000 entfallen, das sind 77 Prozent. Von den Gesamtkosten aller Hilfen macht Erziehungsberatung aber nur 10 Prozent aus, das heißt Erziehungsberatung ist im Vergleich zu anderen Hilfen extrem billig. In ihren neuesten Informationen hat die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung eine Vergleichsrechnung aufgestellt, wonach eine Stunde Erziehungsberatung 230 Mark kostet, inklusive des Kostenanteils für präventive Aufgaben. In der

freien Praxis kostet die Stunde 120 Mark. Das scheint billiger. Rechnet man aber von den Kosten der Erziehungsberatungsstunde den Anteil für Prävention ab und bedenkt, daß bei bestimmten Symptomen die Erziehungsberatung auf Grund ihrer Qualitäten, wozu zum Beispiel das multidisziplinäre Team gehört, für das gleiche Resultat viel weniger Zeit benötigt als die freie Praxis, dann läßt sich das Vorurteil von der „teuren“ Erziehungsberatung nicht mehr halten.

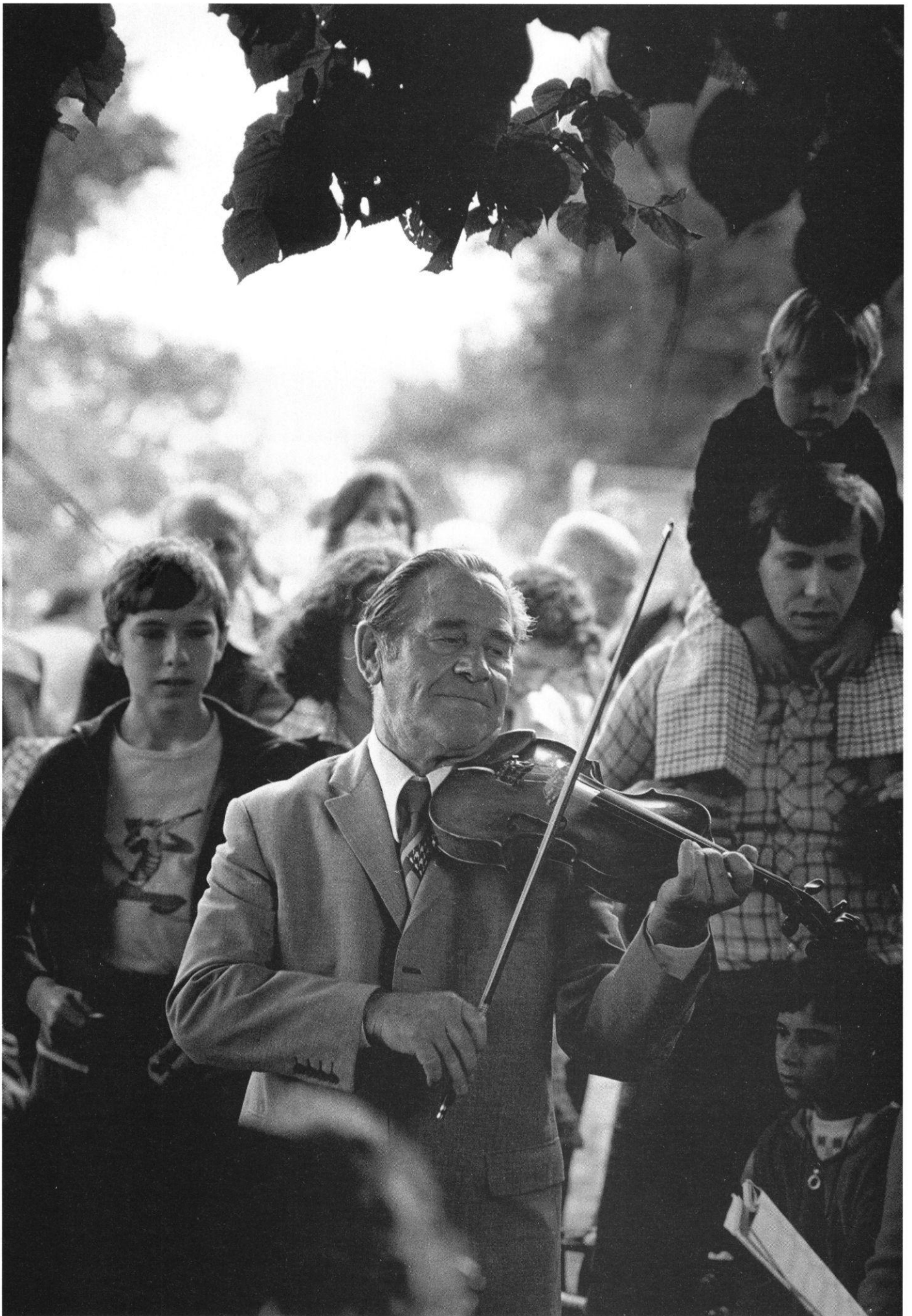
Seus-Seberich: Stichwort „Zukunft“. Welche großen Themen sehen Sie als Aufgabe und Herausforderung der Jugendhilfe, bezogen auf die Erziehungsberatung?

Schröer: Wichtig ist, darauf zu achten, daß in diesen Veränderungsprozessen das eigenständige Profil der Jugendhilfe nicht untergeht oder abgeschliffen wird. Mir ist durch viele kritische Beiträge zu den neuen Steuerungsmodellen klar geworden, daß die Grundgedanken des KJHG noch längst nicht in der Praxis umgesetzt sind. Die kinder- und familienfreundliche Stadt ist eine soziale Vision für die Zukunft.

Hundsatz: Jugendhilfe generell und Erziehungsberatung im besonderen stehen unter einem starken Legitimationsdruck. Es wird uns nichts übrig bleiben, als die Probleme nachdrücklicher zu skandalisieren und zu politisieren, was aus unserer Sicht notwendig ist. Es geht darum, effektivere Strategien der Einmischung zu praktizieren.

Andreas Hundsatz, Jahrgang 1948, Dr. phil., Diplom-Psychologe, ist Leiter der Psychologischen Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern der Stadt Mannheim und 1. Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung Baden-Württemberg e.V. Seine Arbeitsschwerpunkte sind soziale Randgruppen, Supervision, Beratung und Fachpolitik.

Hubertus Schröer, Jahrgang 1945, Dr. jur., ist Leiter des Stadtjugendamtes in München. Sein besonderes Engagement gilt seit langem der Ausländer- und Jugendarbeit.





Über den Versuch, die Heile Welt zu erhalten

*Aspekte einer Beratungsstelle
auf dem Lande*

Eine Mutter am Telefon: „Können Sie zu uns nach Hause kommen? Im Dorf soll aber niemand sehen, daß wir mit Ihnen Kontakt haben. Ginge es abends?“

An einem Abend der nächsten Woche fährt ein Golf in ein Dorf der Großgemeinde Schieder-Schwalenberg. Der Fahrer des Golfs ist ein Mitarbeiter unserer Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Erwachsene des SOS-Kinderdorf e.V. in Schieder. Am Telefon war für das Erstgespräch der Hausbesuch verabredet worden, weil das die einzige Möglichkeit schien, von Anfang an auch den Vater in die Beratung einzubeziehen. Die Mutter war ratlos gegenüber den Wutausbrüchen ihres sechsjährigen Sohnes, die bisweilen von einer so ungewöhnlichen Heftigkeit waren, daß er zuletzt dabei eine Wohnungstür aus den Angeln gebrochen hatte. Als Hintergrund deutete sie einen Konflikt mit ihren Schwiegereltern an, die unten im Haus lebten.

Im Gespräch mit den Eltern des Jungen ging es als erstes um die Frage, wie offen die Familie ihre Probleme in ihrem Lebensumfeld zeigen und Hilfe in Anspruch nehmen darf.

Dieses „Lebensumfeld“ hatte vor kurzem der Stadtdirektor einer nahegelegenen Gemeinde mit dem Satz: „Bei uns auf dem Lande ist die Welt noch in Ordnung!“ charakterisiert und damit öffentliche Zuschüsse für die seiner Meinung nach „teueren Fachdienste“ in Frage gestellt.

Das Heile-Welt-Bild des Stadtdirektors und die heimliche Art der Eltern, sich mit uns zu verabreden, sind zwei Seiten derselben Medaille und geben einen realistischen Eindruck von den ländlichen Strukturen, in deren Umfeld wir seit fünfzehn Jahren Beratungsarbeit machen. Da sich die Ratsuchenden an uns mit Themen und Problemen wenden, wie sie allenthalben auf Familien- und Lebensberatungsstellen zukommen, möchte ich nur die Aspekte verdeutlichen, die meines Erachtens das Spezifische unserer Region ausmachen. Der integrative Ansatz unserer Beratungsstelle und unser Verständnis von präventiver, gemeinwesenorientierter Arbeit werden nicht zuletzt durch diese regionalen Besonderheiten ausgeformt.

Schieder-Schwalenberg liegt im Südosten des ostwestfälischen Kreises Lippe. Zum Einzugsbereich der Beratungsstelle mit seinen etwa vierzig Kilometern Durchmesser gehören die größeren Gemeinden Blomberg, Lügde, Horn-Bad Meinberg, Barntrup und im Süden Steinheim, das schon im Kreis Höxter liegt. Insgesamt wohnen hier rund hunderttausend Menschen. Im Norden schließt der niedersächsische Kreis Hameln-Pyrmont an. Die nächstgelegenen größeren Städte Detmold und Lemgo sind etwa fünfundzwanzig, dreißig Kilometer entfernt. Das Netz der öffentlichen Verkehrsmittel ist in der Region nur unzureichend ausgebaut, was zur Folge hat, daß die bei uns Ratsuchenden in der Regel auf einen privaten PKW angewiesen sind.

Es kommt vor, daß eine Mutter mit dem Traktor zur Beratungsstelle fährt, weil die anderen Verkehrsmöglichkeiten zu aufwendig sind. Es gibt Jugendliche, die mit dem Fahrrad zwölf Kilometer fahren, und Eltern, die mit ihren Kindern den ganzen Nachmittag unterwegs sind, um einen Termin bei uns wahrzunehmen. Diesem Aufwand der Ratsuchenden entspricht der unsere, in die Region zu fahren, um unsere Arbeit „vor Ort“ zu machen: Hausbesuche, Hospitationen in Kindergärten und Schulen und so weiter.

Die weiten Wege strukturieren unsere Arbeit, wirken auf Inhalte und verändern Rollen. Es ist ein Unterschied, ob der Klient zu uns in die Beratungsstelle kommt, oder ich als Berater bei ihm zu Gast bin.

Um einen Einblick in die Rahmenbedingungen unserer Arbeit zu geben, reicht es nicht aus, nur das Flächenmaß unseres Arbeitsfeldes zu beschreiben. Das Leben auf dem Land hat eine dritte Dimension, die in der Tiefe wurzelt:

An der Oberfläche wird das Bild ländlicher Idylle gepflegt und konserviert, während darunter bereits Verwerfungen stattgefunden haben, die hier und dort Risse im nostalgischen Bild verursachen. Die aber wollen vom Betrachter nicht wahrgenommen werden – das Bild soll eins bleiben. Vereine, auch wenn sie auf dem Land tatsächlich noch mehr soziale Integrationswirkung haben und Randständige eher auffangen als in der Stadt, tun das ihre dazu. Gesangvereine zum Beispiel helfen die Risse im Weltbild zu übertönen. Volksmusik hat Konjunktur im Lande. Sie pflegt das Bild der ländlichen Idylle und eig-

net sich als soziales Bindemittel gut. Ihr musikalisches Spektrum ist nicht breit: Klänge, Rhythmen und Melodien kehren immer wieder, ihre einfachen Harmonien, mit euphorisch vorgetragener Schwung, pflegen das Gemüt und schaffen eine Sphäre der Vertrautheit.

Wo jeder meint, jeden zu kennen, wo man nicht sehen will, daß die Idylle an der Wurzel krankt, hat Individualität einen engen Rahmen, steigt der gegenseitige Kontrolldruck an – und wächst die Gefahr der Ausgrenzung.

Nur hinter vorgehaltener Hand gestand mir unlängst ein alter Sangesbruder über den Verein: „Oft langweilt uns, was wir da singen. Jeder spürt, unter der Oberfläche tut sich was, aber darüber reden wir nicht.“

Die Moderne ist virulent bis in die entlegensten Wohnhäuser von Würderfeld, wo man glaubt, hier sei die Welt zu Ende. Immer wieder staunt man selbst, daß da geschieht, was man gerade dort nicht für möglich hält: Suizid, sexueller Mißbrauch... Wir erfahren: Die Ideologie des „Alles in Ordnung“ hält die Probleme so lange unter der Decke, daß sie eskalieren müssen, um zur Sprache zu kommen. Manchmal gären die Konflikte über Generationen in den Familien.

Ich denke an einen zehnjährigen Jungen mit auffällig aggressivem Verhalten und seine zurückgezogene, eher überangepaßte achtjährige Schwester. Als wir um Rat gefragt wurden, lebten die beiden mit ihren Eltern auf einem größeren, seit Generationen von der Familie betriebenen Bauernhof. Es wurde während der Beratung bald deutlich, daß sich im Verhalten der Geschwister eine Dynamik abgebildet hatte, die schon in der Generation der Großeltern wirkte. Hauptsymptome waren die psychosomatischen Migräneanfälle des Vaters und Gesichtsnervenschmerzen bei der Mutter. Unter dem Druck, die bäuerliche Tradition des Familienbetriebes aufrechtzuerhalten, waren Bedürfnisse individueller Lebensgestaltung kaum zu realisieren. Man hält's im Kopf nicht aus, den modernen Ansprüchen der eigenen Kinder gleichermaßen Genüge tun zu wollen, wie den vom Vater überkommenen, der zu seiner Zeit schon unter den Erfordernissen des bäuerlichen Betriebes an ständigen Kopfschmerzen litt. Und wie soll es für die Mutter ohne Schmerzen abgehen, als Frau zwischen geforderter (Über)Anpassung und Emanzipation das Gesicht zu wahren oder gute Miene zum bösen Spiel zu machen?

Der Psychiater in der Stadt, an den sich die Familie um Hilfe gewandt hatte, kam zu dem Schluß, daß die einzige Lösung im Verkauf des Hofes bestand. Wir versuchten einen anderen, weiteren Weg. Wir gingen auf die Schwierigkeiten der Kinder in der Schule ein und mit den Eltern die Probleme ihrer Beziehung im Kontext der bäuerlichen Großfamiliendition durch. Mit weitem Blick und langem Atem konnten wir ihnen helfen, sich Schritt für Schritt von belastenden Erwartungen abzugrenzen, den verinnerlichten Druck und ihr schlechtes Gewissen zu überwinden, die sich ihren Bemühungen um Entlastung immer wieder in den Weg gestellt hatten.

Bei der Gründung unserer Einrichtung bestanden in unserem regionalen Arbeitsfeld, das eben im doppelten Sinne ein weites ist, nur wenige Hilfsmöglichkeiten. Auf diesen Mangel versuchten wir als integrierte Erziehungs-, Schul-, Familien-, Ehe- und Lebensberatungsstelle, mit einem breiten Angebot für Kinder, Jugendliche und

Erwachsene zu reagieren. Heute arbeiten sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf sechs Planstellen und eine Sekretärin als ein multidisziplinäres Team von Psychologen, Sozialarbeitern, einer Heilpädagogin und einem Pädagogen zusammen.

Eine Momentaufnahme unseres Beratungsalltags (während ich an diesem Artikel arbeite):

Im Wartezimmer wartet eine Frau auf ein Einzelgespräch bei der Gestalttherapeutin; eine Aussiedlerfamilie ist angemeldet, deren älteste Tochter in der Schule nicht spricht; vier Kinder toben durch die Räume bis die Gruppe beginnt, in der sie sich wöchentlich in psychodramatischen und wechselseitig musiktherapeutischen Spielen mit ihrer Thematik beschäftigen; zwischendurch klingelt es immer wieder, weil Kinder zur schulischen Förderung zu einer Lehrerin kommen, die bei uns als Honorarkraft arbeitet; ein Ehepaar wartet auf ein Erstgespräch; ein Jugendlicher, der eine unserer Mitarbeiterinnen in der Schule kennengelernt hat, ist zum ersten Mal hier – skeptisch bleibt er an der Tür stehen, weil er nicht weiß, was jetzt auf ihn zukommt.

Abends treffen sich acht Frauen, um im Werkkeller zu töpfeln. Die Leiterin ist Gestalttherapeutin. Sie führt die Frauengruppe nicht therapeutisch, wohl aber mit psychologischem Gespür für Ausdrucksmöglichkeiten, Fragen und Bedürfnisse der Teilnehmerinnen und der Bereitschaft, darauf einzugehen. Jede Frau kann zum Töpfeln kommen, ob sie „nur“ Spaß an der Gestaltung des Materials hat, oder ob sie speziell die gebotene Ausdrucksmöglichkeit oder den Kontakt zur Gruppe, beispielsweise als „praktische“ Ergänzung zu therapeutischen Gesprächen, sucht.

Unsere Angebote im präventiven Spektrum reichen von pädagogisch-psychologischen Veranstaltungen in Schulen, Kindergärten, Elternkreisen bis zu offenen, niedrigschwelligen Angeboten wie dem Werken, den Flohmärkten und Ferienfreizeiten. Präventive Arbeit bedeutet für uns die kontinuierliche Öffnung unserer fachlich spezialisierten Arbeit in die Region, wobei es die Balance zu finden gilt zwischen unserem Zugehen auf die Ratsuchenden in ihrer Lebenswelt und dem Angebot, auf uns zuzukommen. In Zeiten, in denen die sozialen Rahmenbedingungen der Gesellschaft enger werden, heißt präventive wie therapeutische Arbeit auch, Kreativität und Phantasie zu fördern, um neue, unerwartete Möglichkeiten des Inder-Welt-Seins für den einzelnen denkbar zu machen. Digitale Vernetzung und andere Globalisierungsstrategien in vielen Bereichen unserer Existenz scheinen die „Welt“ auf ein Dorf zu schrumpfen und kulturelle Tradition, allerorten entwurzelt, auf beliebig ideologisierte Exotica zu reduzieren. Auf dem Land, wo Tradition – überkommen oder nicht – noch gepflegt wird, hält man tendenziell länger an der Konvention fest. In dem Wunsch: „Es soll so bleiben wie es ist“, drückt sich ein Bedürfnis nach Sicherheit aus. Das utopische Element, das Phantasie und Kreativität innewohnt, kratzt am schönen Schein des Konventionellen. Wer darauf setzt, hat mit anderen Abwehrmechanismen zu rechnen als in der Stadt.

Ansatz unserer offenen, präventiven Arbeit ist einerseits, es den Menschen in unserem Umfeld zu erleichtern, der Eskalation von Konflikten unter der Decke der „heilen

Welt“ zuvorzukommen, sich frühzeitig ihres Bedarfs an Hilfe gewahr zu werden und unsere Angebote in Anspruch zu nehmen. Andererseits wollen wir Prozesse anregen und begleiten, die im „normalen“ Leben, vor jeglicher fachlichen Hilfe, die schöpferischen Ressourcen beim einzelnen mobilisieren. Als Beraterinnen und Berater stehen wir dabei immer mit dem Ratsuchenden in einem Spannungsfeld von Begrenztheit und Möglichkeit, von Unabänderlichem und Machbarem, und spüren oft für uns selber, wie wichtig es ist, die Kraft des Träumens nicht zu verlieren.

„Träume und Grenzen“ kann als Metapher für unsere Arbeit stehen. Unter diesem Motto hatten wir anlässlich unseres fünfzehnjährigen Jubiläums zu einer Märchenwanderung in den „Zauberwald zu Schieder“ eingeladen, ein ausgedehntes Waldgebiet und „heile“ natürliche Idylle, die oberhalb unserer Beratungsstelle liegt.

150 Kinder und Eltern kamen und machten sich auf, im abenddämmrigen Wald drei Feen zu erlösen. Je tiefer sie in den Wald kamen, um so mehr gaben sie sich der eigenen Verzauberung und den sinnlichen Aufgaben hin, die sich ihnen dort stellten. Ein Vogelhändler zum Beispiel, der „zufällig“ des Wegs kam, mußte sich überzeugen lassen, drei seiner Tauben freizugeben, die – verwunschen – eigentlich drei Feen seien. Auf einer Lichtung endete die Wanderung, noch aber waren die Feen nicht erlöst. Erst ein gemeinsamer Gesang ließ sie tanzend aus dem Wald erscheinen, als Schatten imaginiert von den Mädchen einer Gruppe, die wir in der Beratungsstelle betreuen. Der wirkliche Zauber dieser Nacht aber lag für uns und unsere großen und kleinen Gäste in dem Erlebnis von Spiel und Gemeinschaft.

Es war spät geworden, als wir die Kinder, die allein gekommen waren, nach Hause brachten. Wir machten uns Sorgen, wie ihre Eltern darauf reagieren würden. „Ach“, sagte einer, „laß mal, die schlafen schon. Ich steig durchs Klofenster, wie sonst auch, wenn ich zu spät komme. Es macht mir nichts aus, es war so toll heute abend.“



Theo Wedding, Jahrgang 1948, Staatsexamen in Theologie und Physik, leitet die SOS-Beratungsstelle Schieder, nachdem er lange als Gymnasiallehrer tätig war. Zusatzausbildungen in Familien-, Ehe-, Lebensberatung und in Musiktherapie.

Dulsberg – von außen gesehen – ein intakter Stadtteil?

*Stadtteilorientierte Beratungsarbeit
in Hamburg*

Der Stadtteil

Auf einer Bank in dem schmalen Park, der sich im Norden um Dulsberg legt, sitzen drei alte Frauen und halten ihr Gesicht in die milde Sonne eines Nachmittages im Oktober. „Mahlzeit!“ grüßt ein alter Mann von seinem Fahrrad und lüftet im Vorbeifahren den Hut vor den Damen. Auf der baumbestandenen Wiese liegen ein paar junge Leute, prostern sich mit Dosenbier zu, und eine Mutter zieht zwei widerspenstige Kinder in Richtung der dreistöckigen Siedlungsbauten, die an den Park grenzen. Sanft dösende Nachmittagsstimmung auch in den Straßen des Stadtteils, die von Bäumen und Autos gesäumt sind. Stille liegt über den Höfen der Siedlung. Die langen Fronten der gardinenverhängten Sprossenfenster geben mit ihren weiß gestrichenen Rahmen den dunkelroten Klinkerfassaden der Siedlung anheimelnde Freundlichkeit.

IN DER WELT EIN HAUS / IM HAUS EINE WELT / WELT UND HAUS / IN GNÄDIGER HAND – steht eingemeißelt über dem Hofeingang. Eine Idylle inmitten der Großstadt Hamburg. So scheint es im warmen Herbstlicht dieses Nachmittages.

Dulsberg ist in den zwanziger Jahren als neuer Stadtteil gegründet worden. Der Stil des Neuen Bauens mit Laubengängen, Terrassen und Balkonen, die Größe der Wohnungen, ihre standardisierte moderne Grundausstattung, Waschküche und Badestuben im Keller, grüne Höfe und der Park als nachbarschaftliches Naherholungsgebiet, die Sportanlagen, die planvolle Ansiedelung von Gewerbe und Industrie, all das entsprach dem für die damalige Zeit fortschrittlichen Wohnkonzept für Arbeiterfamilien.

Die Wohnraumnot nach dem Krieg drängte zum schnellen Wiederaufbau des erheblich zerstörten Stadtteils. Größere Wohnungen wurden aufgeteilt in Wohneinheiten von elf bis vierzehn Quadratmetern. Dulsberg ist noch heute mit seinen 18 000 Einwohnern einer der dichtbesiedeltesten Stadtteile Hamburgs. In den siebziger Jahren wurde er zum erhaltenswerten Milieugebiet erklärt. Dennoch wurden dringend erforderliche Modernisierungsmaßnahmen und die Schaffung größerer Wohnungen durch Wiederzusammenlegen kleiner Wohnein-



Eckart von Blomberg
Annemarie Zoch

heiten von den verantwortlichen Baugenossenschaften nur halbherzig in Angriff genommen.

Noch in den fünfziger Jahren fand hier ein reiches Kulturleben statt. Eine Bücherhalle war eingerichtet worden, die auf ein ähnlich reges Interesse bei der Bevölkerung stieß wie die Theater- und Musikveranstaltungen des Dulsberger Kulturkreises. Öffentliche Modeschauen der ansässigen Textilgeschäfte, die Kinoprogramme und die Sportvereine boten dem Dulsberger Publikum das ihre. Mit Wirtschaftswunder und wachsendem Wohlstand ließ der gesellschaftliche Trend zur Individualisierung Anfang der sechziger Jahre das Interesse an den gemeinschaftlichen Veranstaltungen erlahmen. Dulsberg wurde zur Schlafstadt und zu Hamburgs zweitärmstem Stadtteil.

Der Bücherhalle droht seit Jahren die Schließung. Die Schwimmhalle wurde längst für die Öffentlichkeit geschlossen. Verwaist sind die drei Sportanlagen, die Vereine aufgelöst. Die Atmosphäre in den wenigen Kneipen ist für junge Leute ohne Reiz. Das kleine und mittlere Gewerbe hat sich zurückgezogen, lediglich der Einzelhandel konnte sich halten.

Die soziale Vielfalt der Nachkriegsbevölkerung verarmte. Wer es sich leisten konnte, ging weg, und wer sich nichts anderes leisten konnte, kam nach Dulsberg. Im sozialen Spektrum der Bevölkerung fehlen die ausgleichende Mittelschicht und ein entsprechender Anteil von Menschen im mittleren Alter. Einer großen Gruppe junger Leute steht eine große Gruppe alter Menschen gegenüber. Gemeinsam ist ihnen die ökonomische Lage: die Jungen verfügen nur über geringes Einkommen, die Alten über kleine Renten. Ihre unterschiedlichen Lebensgewohnheiten prallen unvermittelt aufeinander. Eine dritte, sich abgrenzende Welt im Stadtteil ist die der ausländischen Mitbürger.

Die latent aggressiven Spannungen unter den Gruppen verschärfen sich durch die Arbeitslosigkeit, die in Dulsberg höher ist als anderenorts in Hamburg. Zwanzig Prozent der Menschen hier leben von Ersatzleistungen, Unterhalts- und Sozialhilfe. Obwohl man die soziale Situation voneinander kennt, greifen statt nachbarschaftlicher Hilfe Resignation und Vereinsamung um sich. Weit über die Hälfte aller Haushalte in Dulsberg sind Einzelhaushalte.

„Hart am Rand und mittendrin“ heißt eine Broschüre über die Geschichte des Stadtteils. Sozial „hart am Rand“ leben viele Dulsberger, und „mittendrin“ liegt die SOS-Beratungsstelle mit Blick auf den Straßburger Platz, dem Zentrum von Dulsberg.

Auf einer Seite des Platzes versammelt sich Tag für Tag eine Gruppe Dulsberger, die vor den täglichen Problemen aus ihren Wohnungen flüchten zu König Alkohol. Viele Menschen in Dulsberg stehen unter seinem Einfluß.

Gegenüber haben sich auf dem Platz türkische Mütter mit ihren Kindern eingerichtet. Beide Gruppen leben „hart am Rand“, halten aber klaren Abstand. Nur einmal vor Jahren, als ein iranisches Kind auf dem Bürgersteig der Straßburger Straße totgefahren wurde, gab es eine gemeinsame Aktivität: vereint legten deutsche und ausländische Anwohner einige Tage den Durchgangsverkehr während der Stoßzeiten lahm, um gegen die Verkehrsführung zu protestieren, die Autofahrer zu überhöhten Geschwindigkeiten verleitet. Aus der spontanen Protestaktion entstand eine der wenigen Bürgerinitiativen. Sie trifft sich bis heute in unserer Beratungsstelle.

Dulsberg ist keine Idylle, doch wäre es übertrieben, den Stadtteil als verslumpt zu bezeichnen. Allein im Bewußtsein der Bevölkerung hat er dieses Stigma. Wo viele arm sind und nur mit Mühe ihren sozialen Alltag regeln können, rückt die Gefahr, ins Abseits zu geraten, bedrohlich nahe und schärft die Wahrnehmung für das, was an den sozialen Rändern in Dulsberg passiert. Dort werden die Auseinandersetzungen in den Familien und mit den Nachbarn häufig laut bis gewalttätig ausgetragen. Einbrüche, der verbreitete Alkoholkonsum und die Drogenszene hinterlassen sichtbare Spuren. Da kommt es zu entsprechendem Rabbatz in den Häusern. Eingetretene Türen, verunreinigte Treppenhäuser, kaputte Scheiben, Lärm und Streit gehören zum Alltag wie der ruppige Umgang mit den Kindern.

Der ängstliche Blick auf solche Anzeichen von Verwahrlosung im Stadtteil, der Wunsch, sich davon abzugrenzen, verführt manchen dazu, sie zu verallgemeinern. Der Rückzug ins einsame Private erscheint als einzige Alternative und verdrängt das Bedürfnis nach Öffnung und Veränderung.

Die Verhältnisse haben dazu geführt, daß der Stadtteil in das vom Senat 1991 beschlossene Hilfeprogramm als „Sozialer Brennpunkt“ aufgenommen wurde.

SOS-Treffpunkt und Beratung

1976 kamen wir mit Erfahrungen aus der Heimerziehung nach Dulsberg. Anlaß, hier eine Beratungsstelle zu eröffnen, war die Schließung des Hamburger SOS-Jugendhauses, und daß einige der Heimjugendlichen, denen wir eine Nachbetreuung bieten wollten, in Dulsberg Wohnung gefunden hatten. Wir hatten vorher keine Bedarfserhebung im Stadtteil gemacht, aber eine pragmatische Vorstellung entwickelt, was wir jungen Menschen zwischen siebzehn und dreißig Jahren anbieten wollten: offene und präventive Arbeit, therapeutische Einzel- und Gruppenintervention, sozialpädagogische Beratung, Betreuung und praktische Lebenshilfe. Bis heute sind das die vier Schwerpunkte der Beratungsstelle.

Unsere Anwesenheit im Stadtteil genügte, daß bald junge Leute, die hier aufgewachsen waren, in den Treffpunkt kamen, spielen und klönen wollten. Wir kamen ins Gespräch. Sie erzählten von ihren Eltern, die „schlecht drauf“ waren, von Wohnverhältnissen, in denen sie zusammen mit mehreren Geschwistern in zweieinhalb Zimmern lebten, von ihren Berufsperspektiven, die gleich Null waren. Diese Jugendlichen waren die ersten, die den „Bedarf“ zu uns in die Beratungsstelle brachten. Unser Ansatz und unsere Angebote entwickelten sich im Kontext einer rasch anwachsenden Klientel.

In der Sozialberatung sind wir mit Sprach- und Verständnisschwierigkeiten bei der Lohnsteuererklärung konfrontiert, mit Wohn- und Existenzproblemen bis hin zu Rechtsfragen bei Partnerschafts- und Familienproblemen. Häufig geht es um Fragen der Miete, um den Zustand der Wohnung und um die Ansprüche aus der Sozialhilfe. Diese Probleme spitzen sich durch die rigorose Sparpolitik der öffentlichen Hand immer mehr zu.

Neben dieser Beratung bieten wir eine „soziale Begleitung“ an, um Klienten, in der Regel Sozialhilfempfang, über einen längeren Zeitraum praktische Hilfestellungen in ihrem alltäglichen Leben zu geben.

Unser Menschenbild beruht auf der Annahme, daß das Individuum grundsätzlich zu selbstbestimmtem Handeln fähig ist, der einzelne unsere Hilfe also „nur“ in Anspruch nimmt, weil er allein in bestimmten Situationen mit ganz bestimmten Hindernissen nicht fertig wird. Wir erleben, daß die Eigeninitiative der Leute oft nur blockiert ist, weil ihnen die Probleme „über den Kopf gewachsen“ sind. Und vielen ist es schon eine Hilfe, lediglich das Knäuel ihrer Probleme in der Beratung zu entwirren. Insofern gilt bei jeder Hilfestellung, die wir anbieten: So wenig wie möglich, so viel wie nötig.

Die soziale Kompetenz des einzelnen zu stärken, darum geht es auch bei unseren Angeboten im Therapiebereich. Therapeutische Praxis muß in Dulsberg von dem Zusammenhang zwischen materieller Armut und psychischen Problemen ausgehen und ihre Angebote auf das Individuum in seiner sozialen Realität beziehen. Im geschützten Raum der Beratungsstelle soll der Ratsuchende neue, ungewohnte Erfahrungen für sich machen können, beispielsweise in dem von uns angebotenen Selbstsicherheitstraining.

R. war zufällig Zeuge eines Unfalls geworden, bei dem ein Mann und eine Frau mit ihren Fahrrädern zusammengestoßen waren. Der Mann brüllt auf die hilflose Frau ein, beschimpft sie, packt ihr Fahrrad, wirft es in die Büsche und geht seiner Wege. R. empfindet das Verhalten des Mannes in hohem Maß ungerecht, will etwas unternehmen, kann aber nicht. Er erstarrt in solchen und ähnlichen Situationen, empfindet sich als feige, weiß sich aber nicht zu helfen und flüchtet mit Schuldgefühlen vom Ort des Geschehens.

R.s Erlebnis ist Alltag in Dulsberg. Statt Konflikte verbal und durch Verständigung zu regeln, werden Auseinandersetzungen intolerant und aggressiv bis zum Einsatz körperlicher Gewalt geführt. In vielen Fällen läßt sich das auf den Mangel an sozialer Kompetenz zurückführen, in Konfliktsituationen die Intention und eigenen Anteile zu erkennen, und die Verantwortung dafür zu übernehmen. Im Selbstsicherheitstraining entdeckte R. mittels Entspannungsübungen, Sensibilisierung gegen-

über nonverbalen Mitteilungen, Rollenspielen in Kleingruppen, abgestimmter Interventionen der Therapeutin und des Feedbacks der Gruppe, daß sein „Starrwerden“ mit den traumatischen Erfahrungen von Gewalt in seiner Kindheit zusammenhängt. Es gelang ihm, ein für sich akzeptables Verhalten zu finden, künftig mit ähnlichen Konflikten pragmatischer und selbstbewußter umzugehen: aus sicherer Entfernung zum Geschehen seinen Unmut laut kundzutun. Das war ein erster Schritt. Später entschied R. sich für eine Einzeltherapie, um seinen persönlichen Schwierigkeiten auf den Grund zu gehen.

Multiprofessionalität und offener Bereich

Jedes unserer Angebote ist eigenständig und unmittelbar von jedem zu erreichen, der zu uns in die Beratung kommt. Wir versuchen, die Grenzen zwischen sozialpädagogischer und therapeutischer Hilfe für uns klar zu definieren, um sie als gleichrangige Hilfeansätze in der Praxis für den Klienten offen zu halten. Stellt sich bei der Beratung heraus, daß hinter dem aktuellen Anlaß weitere Problemfelder liegen, weisen wir den Klienten auf entsprechende sozialpädagogische oder therapeutische Angebote hin oder vermitteln ihm andere Einrichtungen.

Der Eigenständigkeit unserer Angebote entspricht unser interner Austausch von Informationen über einen Ratsuchenden. Wir beschränken ihn auf das Maß dessen, was für den Kollegen an der Schnittstelle zum anderen Fachbereich unbedingt notwendig zu wissen ist.

Unsere Klienten zweifeln durch die sozialen Erfahrungen, die sie alltäglich machen, an ihrem Selbstvertrauen. Soundso oft mit berechtigten Ansprüchen auf dem Sozialamt arrogant „abgebügelt“ worden zu sein, weil man bestimmte formale Voraussetzungen nicht erfüllt, sich nicht präzise genug ausdrücken kann, führt zu Resignation. Da müssen wir in der Beratung ansetzen und dem einzelnen helfen, wieder Zutrauen zu sich zu fassen, statt seine Probleme zu übernehmen und für ihn zu regeln.

Der Vorteil, die verschiedensten Angebote unter einem Dach zu haben, erweist sich letztlich für den Klienten erst, wenn er sich selbstbewußt entscheidet, ob und welches Angebot ihm nützt. Mit dieser Intention betreiben wir auch die Werkstätten und im offenen Bereich das Dienstag-Café.

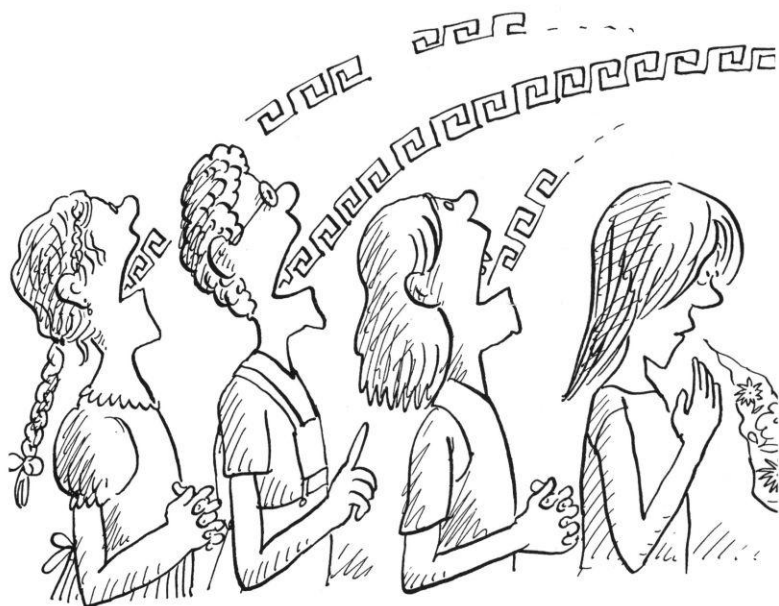
In der Tischler- und der Fahrradwerkstatt stehen Werkzeuge zur Verfügung und ein Betreuer, der Anleitungen und praktische Hilfe gibt. Die einen kommen, um zu tischlern oder ihre Fahrräder zu reparieren, und gehen wieder. Sie nutzen die Werkstätten, weil es ihnen Spaß macht oder weil in ihren Wohnungen schlicht der Raum fehlt für diese Art der „Selbsthilfe“. Andere suchen Kontakt. Die Motive sind so unterschiedlich wie die Menschen. Im Umgang mit Werkzeug und Material treten bei manchem persönliche Schwierigkeiten zutage, die nichts mit handwerklichen Fähigkeiten oder technischen Problemen zu tun haben. Hier ist der Betreuer gefragt, im Gespräch behutsam darauf einzugehen und gegebenenfalls auf ein entsprechendes Beratungsangebot hinzuweisen.

Die Hilfe zur Selbsthilfe ist vielfältig. Eines Tages kam eine Frau mit einem Bauplan und Material in die Tischlerwerkstatt, um einen Puppenwagen zusammenzu-

bauen. Eine Arbeit, die objektiv in zwei, drei Tagen zu machen gewesen wäre. Sie aber arbeitete akribisch über den Zeitraum eines Jahres daran und „tischlerte“ sich damit das Trauma ihrer Kindheit von der Seele, sie brächte nichts zuwege. Hilfe bei praktischen Alltagsproblemen – auf diese einfache Formel ließe sich der sozialpädagogische Auftrag der Tischler- und der Fahrradwerkstatt bringen.

Tendenziell anderes beabsichtigt die Tonwerkstatt, die von einer therapeutisch qualifizierten Sozialpädagogin betreut wird. Der Ausgangspunkt ist ähnlich: ein offenes Angebot, das sich an junge Menschen im Stadtteil richtet. Was wir anbieten, ist nicht allein die Fertigkeit, töpfern zu lernen, sondern im gestalterischen Umgang mit Ton mehr über sich selbst zu erfahren. Vielleicht ist das einer der Gründe, weshalb das Angebot in der Regel von Frauen wahrgenommen wird. Das freie gestalterische Umsetzen eines Themas, das zur Anregung vorgegeben wird, löst oft bei den Teilnehmerinnen Erinnerungsprozesse aus, die verdrängte Verletzungen gegenwärtig werden lassen. Unsere Erfahrungen zeigen, daß sich die Frauen für dieses Angebot meist aufgrund eines latenten Hilfebedarfs entschieden haben.

Das Dienstag-Café ist die offenste Form des Treffpunktes. Hier treffen sich junge Leute, die bei uns in der Beratung waren oder sind, mit ihren Altersgenossen aus dem Stadtteil. In einem offenen, aber betreuten Raum nachbarschaftliche bis freundschaftliche Beziehungen entstehen zu lassen, die sich über das Café hinaus als tragfähig erweisen, ist der Sinn dieses Angebotes. In Dulsberg gibt es keine organisierten Orte, wo junge Menschen



sich treffen könnten. Diesen Bedarf kann unsere Beratungsstelle mit dem Dienstag-Café allerdings nur begrenzt ausfüllen. Das Dienstag-Café wird im wesentlichen von jungen Menschen besucht, die persönliche Hilfe und Zuwendung suchen. Hier machen sie die Erfahrung, daß sie sich nicht allein in einer schwierigen Situation befinden, und daß sie sich mit ihren Problemen an uns wenden können.

Unter einem Dach

Wie unsere unterschiedlichen Hilfeangebote in der Praxis zusammenwirken können, zeigt das Beispiel der Beratung von Bernd.

Bernd, 21 Jahre alt, brauchte und suchte Hilfe. In einem Dulsberger Anzeigenblatt stieß er zufällig auf den Artikel: „SOS läßt niemanden im Stich“. Er wandte sich an uns.

Bernd war mit seinem Vater in Streit geraten, weil er zum zweiten Mal eine Lehre „hingeworfen“ hatte. Im Verlauf der Auseinandersetzung verlor er die Kontrolle über sich und schlug auf seinen Vater ein. Dann war er von Zuhause ausgezogen und provisorisch bei Freunden untergekommen. Bernd kam weder mit seinem Verhalten dem Vater gegenüber zurecht, noch war er in der Lage, sich um eine eigene Unterkunft und seinen Lebensunterhalt zu kümmern.

Mit unserem Sozialpädagogen gelang ihm ein erstes Ordnen seines inneren und äußeren Durcheinan-

ders. Das Sozialamt sicherte die Unterhaltskosten, er fand eine Wohnung und begann kurz darauf eine dritte handwerkliche Lehre.

Im Dienstag-Café schloß er sich einer Gruppe Gleichaltriger an, die ebenfalls alleine lebten, aber über die Dienstagtreffen hinaus ihre Freizeit gemeinsam verbrachten und sich in Dingen des Alltags gegenseitig halfen. Bernd machte es Spaß, eine alleinerziehende junge Mutter als Babysitter zu unterstützen, und da er ein warmherziger und hilfsbereiter Mensch ist, genoß er bald große Anerkennung. Dennoch, die Probleme im Beruf lösten sich nicht, führten schließlich zu Depressionen, übermäßigem Essen und Alkoholkonsum.

Im neuen Freundeskreis tauchte Therapie als Möglichkeit für ihn auf, anders mit seinen Schwierigkeiten umgehen zu lernen. Sich dafür zu entscheiden, fiel Bernd schwer. Für ihn war Therapie synonym mit „Verrücktsein“, weil sein Vater häufig in die Psychiatrie eingeliefert worden war. Er wagte den Schritt in die Einzeltherapie erst, als er Vertrauen zu uns gefaßt hatte.

Mit unserer Hilfe lernte Bernd, sich zunächst mit den Faktoren auseinanderzusetzen, die zu den Abbrüchen seiner Lehren geführt hatten. Der Vater, ein Familientyrann, war durch einen Unfall Frührentner geworden und hatte versucht, den Rollenverlust über seinen Sohn zu kompensieren: Bernd sollte der hervorragende Handwerker werden, der er nicht mehr sein konnte. Der Vater übersah dabei, daß Bernd ein Mensch mit „zwei linken Händen“ war. Bernds Widerstand gegen die Pläne seines Vaters mit ihm war passiv. Er verschlief beispielsweise häufig, kam zu spät zur Arbeit und hatte dem väterlichen Vorhaben kein eigenes entgegenzusetzen.

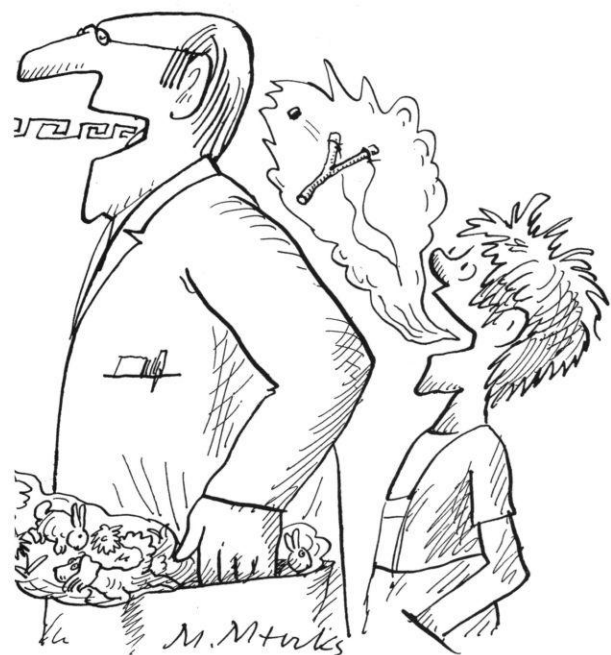
In dieser Zeit verlor Bernd auch seine dritte Lehrstelle. Phantasieübungen während der Therapie halfen ihm, die eigenen Interessen und Wünsche zu artikulieren. Langsam löste er sich von den internalisierten Erwartungen des Vaters und wurde sich seiner Begabung bewußt, anderen Menschen zu helfen. Er schloß eine Ausbildung als Krankenpfleger ab. Das ist Jahre her. Bernd arbeitet bis heute engagiert in seinem Beruf.

Vernetzung im Stadtteil

Das Wissen um die vorhandenen sozialen Einrichtungen und Initiativen im Stadtteil und die möglichst breite Information über die jeweiligen Aktivitäten sind Voraussetzung für die notwendige Vernetzung unserer Arbeit mit der anderer Einrichtungen. Wir sprechen von Notwendigkeit, weil die Sozialarbeit in unserem Stadtteil zum Kampf gegen Windmühlenflügel werden kann, wenn die jeweiligen Einrichtungen zwar auftragsgemäß, aber vereinzelt an den Symptomen kurieren, für die sie sich zuständig halten.

Die individuellen Probleme unserer Klientel im Stadtteil sind mit der in Dulsberg gegebenen sozialen Infrastruktur verknüpft. Einer engagierten Sozialarbeit sind durch die jeweiligen Wohn-, Lebens- und Arbeitsbedingungen Grenzen gesetzt. Die Voraussetzungen für deren Veränderung und Verbesserung zu schaffen, ist Aufgabe einer übergreifenden Kommunalpolitik.

In der Vernetzung aller sozialen Einrichtungen in Dulsberg sehen wir tendenziell die Möglichkeit, die Widersprüche im Stadtteil zwischen Sozialarbeit und



Sozialpolitik zugunsten seiner Menschen aufzuheben oder – anders ausgedrückt – in ein produktives Verhältnis zu setzen.

Anfang der achtziger Jahre wurde ein informeller Arbeitskreis sämtlicher in Dulsberg professionell tätiger Sozial Einrichtungen freier und kommunaler Träger mit dem Ziel gegründet, die unterschiedlichen Aktivitäten langfristig zu koordinieren. Das hat zum einen den Vorteil, daß der tatsächliche Bedarf und die Prioritäten im Stadtteil von allen definiert und je nach Projekt von einem Träger umgesetzt werden. Beispielsweise kann sich aus der Zusammenschau der unterschiedlichen Probleme die Notwendigkeit eines neuen Kindergartens ergeben, der dann im Interesse aller Einrichtungen von einem Träger übernommen, einem objektiven Mangel im gemeinsamen Arbeitsfeld abhilft. Eine solche Bündelung der Interessen fördert statt unsinniger Konkurrenzen der Einrichtungen und Träger das gemeinsame soziale Engagement für den Stadtteil als Ganzes.

Zum anderen sammelt und sichtet der Arbeitskreis Meinungen, versteht sich als fachlicher Anstoßgeber und bringt sich auf der politischen Ebene in die Diskussion ein, wenn es um die sozialen Interessen des Stadtteils geht. Seine Beschlüsse haben zwar keine bindende Wirkung, aber der Arbeitskreis hat sich über seine fachliche Kompetenz so viel Einfluß verschafft, daß sie von den offiziellen Gremien ernstgenommen wurden und werden.

Mit dem Beschluß des Senates, Dulsberg zum „Sozialen Brennpunkt“ zu erklären, wurden 1991 zwei offizielle kommunale Gremien im Stadtteil gegründet: das Stadtteilbüro und der Stadtteilbeirat. Sie stellten anfangs allein durch ihre Existenz den Arbeitskreis in Frage. Alte Konkurrenzen zwischen den Trägern brachen wieder auf, und man fragte sich, welche Aufgabe, welches Gewicht und welchen Einfluß auf die Entscheidungsprozesse ein freiwilliger und informeller Arbeitskreis neben den offiziellen Gremien noch haben kann.

Das Stadtteilbüro, von Soziologen, Stadtplanern usw. professionell betrieben, soll unter anderem für Dulsberg ein Handlungskonzept entwickeln, das verbindliche Aussagen über die wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und strukturellen Entwicklungen im Stadtteil macht.

Im Stadtteilbeirat sind Arbeitskreise, politische Parteien, Verwaltungsgremien und Bewohnerinitiativen vertreten. Hier werden auch die Ergebnisse und Vorschläge des Stadtteilbüros verhandelt und entschieden.

Heute ist der Arbeitskreis die Vertretung der Einrichtungen im Stadtteilbeirat, während das Stadtteilbüro Mitglied im Arbeitskreis ist.

Ähnlich wie Dulsberg von außen relativ intakt erscheint, scheint die soziale Versorgung des Stadtteils mit seinem sozialen Netz an Einrichtungen und dem Infrastruktur-dreieck Arbeitskreis, Stadtteilbüro und Stadtteilbeirat optimal. Die Festschreibung des Stadtteils als „Sozialer Brennpunkt“ hat zweifellos zu neuen Aktivitäten und Sichtweisen in Dulsberg geführt, die über einen rein sozialpädagogisch orientierten Hilfeansatz weit hinausgehen. Mit dem Programm „Sozialer Brennpunkt Dulsberg“ sind vom Senat Gelder freigesetzt worden, die Dulsberg nicht nur ins Interesse der Öffentlichkeit gebracht haben, sondern auch in das der Träger. Wo Gelder zur Verfügung stehen, entstehen konkurrierende Konzepte. Das bedeu-

tet, individuelle Interessen neu abzugleichen und dabei die von Verwaltung und Politik zu berücksichtigen. Im Ansatz hat das in Dulsberg zu einem tendenziellen Überangebot an sozialen Einrichtungen und zur Verdoppelung einzelner Angebote geführt. Statt sich auf Koordinierung, Sicherung, Ausbau und Vernetzung des Vorhandenen zu konzentrieren, besteht die Gefahr, daß aufgrund von Einzelinteressen ein Kampf um die Klientel geführt wird. Gleichzeitig droht, daß das soziale Netz, je dichter es geknüpft wird, sich in steigender Tendenz durch Gremienarbeit mit sich selbst beschäftigt.

Solche Entwicklungen liegen in der Natur der Sache und ergeben sich fast zwangsläufig. Sie gilt es, kritisch zu beobachten und, wo notwendig, zu korrigieren. In diesem Zusammenhang bleibt aktuell, auf die Unsicherheit hinzuweisen, wie lange die „Brennpunkt“-Projekte laufen und öffentliche Gelder dafür zur Verfügung stehen werden.

Eckart von Blomberg, Jahrgang 1938, ist gelernter Seemann, Industriekaufmann und Diplom-Sozialpädagoge. Er war Leiter eines Jugendhauses beim SOS-Kinderdorf e.V. und leitet heute SOS-Treffpunkt und Beratung in Hamburg.

Annemarie Zoch, Jahrgang 1950, Diplom-Psychologin, arbeitet seit vielen Jahren in der Einrichtung SOS-Treffpunkt und Beratung in Hamburg vor allem in den Bereichen Einzeltherapie, präventive und offene Arbeit. Zusatzausbildungen in Autogenem Training und Progressiver Relaxation.

Nöte und Notwendigkeiten nach der Wende

Familienzentrum Berlin-Hellersdorf:
Über die besonderen Bedingungen gemeinwesenorientierter Beratungsarbeit in einer Trabantensiedlung im Osten Berlins

Der Stadtbezirk Hellersdorf liegt am nordöstlichen Stadtstrand Berlins. Zusammen mit den Nachbarbezirken Marzahn und Hohenschönhausen ist er Teil eines der größten Wohnsiedlungsgebiete Europas. Hellersdorf wurde erst 1986 mit der Entstehung seiner Neubausiedlung zum Bezirk erklärt, in dem heute etwa 135 000 Menschen leben.

Einerseits prägen trostlos wirkende, monolithische Plattenbauten sein Erscheinungsbild, das mit Bauruinen nicht fertiggestellter Projekte an DDR-Zeiten erinnert. Andererseits lassen neue große Bauvorhaben in Hellersdorf etwas vom Aufbruch in eine Zukunft mit lebensfreundlicheren Infrastrukturen spüren.

Hellersdorf ist bei einem Durchschnittsalter der Bevölkerung von 28 Jahren der jüngste Stadtbezirk Deutschlands und mit 31 Prozent Minderjährigen der kinderreichste Berlins. Gleichzeitig ist er der Berliner Stadtbezirk mit dem höchsten Anteil an Haushalten von vier und mehr Personen (29 Prozent) und der mit den wenigsten Singles. 17 Prozent der Kinder wachsen in Haushalten von Alleinerziehenden auf. *) Da in Deutschlands „jüngstem“ Stadtbezirk die Generation der Großeltern kaum vertreten ist, können nur wenige der jungen Eltern auf deren familiäre Unterstützung zurückgreifen.

Das als Wohnsiedlung angelegte Hellersdorf verfügt im Vergleich zur arbeitsfähigen Bevölkerung nur über eine geringe Zahl an Arbeitsplätzen. Aufgrund der Stadtrandlage müssen viele Hellersdorfer lange Arbeitswege in Kauf nehmen; Fahrzeiten von täglich bis zu drei Stunden sind keine Seltenheit. Kultur- und Freizeitangebote gibt es kaum, ein „Kiezleben“ hat sich nicht entwickelt; es fehlt an Orten, wo „man sich trifft“. Berlin-Hellersdorf hat gegenwärtig noch den Charakter einer unlebendigen und wenig attraktiven Wohn- und Schlafstadt.

Solche Lebensbedingungen stellen an sich schon hohe Anforderungen an Familie und Erziehung, wieviel mehr in einer Zeit des gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Umbruchs. Ein bezirkliches Netzwerk sozialer Träger der Jugendhilfe ist im Aufbau, wird aber



Karin Paschke
Margit Seidenstücker

derzeit dem Bedarf noch nicht gerecht. Psychosoziale Arbeit muß hier – wie generell in den neuen Bundesländern – mit nur etwa einem Drittel des Fachpersonals im Vergleich zu den alten Bundesländern erbracht werden. Die ergänzenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können den vorhandenen Bedarf an psychosozialer Grundversorgung im Sinne eines kontinuierlichen und haltgebenden Rahmens nicht kompensieren. Das Angebot in Hellersdorf ist ungenügend und unter den gegebenen Umständen auch perspektivisch nicht gesichert. So spiegelt sich auf der institutionellen Ebene des Helfersystems wider, was von den Menschen hier individuell als Orientierungslosigkeit in einer unsicheren Lebenssituation erfahren und an uns herangetragen wird.

Der SOS-Kinderdorf e.V. hat als freier Träger der Jugendhilfe bewußt entschieden, sich mit seiner ersten Einrichtung in Berlin an einem sozialen Brennpunkt in der Stadt zu engagieren. Im Oktober 1992 begannen wir mit dem Aufbau des Familienzentrums, das eine Verflechtung von lebensweltbezogener Erziehungs-, Familien-, Lebens- und Konfliktberatung mit Selbsthilfe- und gemeinwesenorientierten Angeboten vorsieht.

In unsere konzeptionellen Überlegungen mußte der Stellenwert einbezogen werden, den Beratungstätigkeit in der DDR hatte. Familien- und Erziehungsberatung war im Rahmen der Jugendhilfe immanenter Bestandteil der Einzelfallberatung zur Krisenintervention, nicht aber als offenes institutionelles Jugendhilfeangebot präsent. Beratungsangebote waren fast ausschließlich im Gesundheitswesen angesiedelt und damit im Sinne von "Kranksein" stigmatisiert. Das Problempotential, das aus dem Spannungsfeld Individuum – Familie – Gesellschaft erwächst, galt als tabuisiert. Der Ratsuchende mußte befürchten, bei den ideologisch nicht neutralen staatlichen Institutionen mit Themen seiner Privat- und Intimsphäre aktenkundig zu werden.

Die Wende wirkte sich mit ihren grundlegenden Veränderungen der sozioökonomischen Bedingungen und vieler gesellschaftlicher Werte nachhaltig auf den Alltag des einzelnen aus. Mit ihren problematischen Folgen für die Menschen sind wir heute in der Beratung konfrontiert, sie bestimmen in vielen Familien das psychosoziale Klima

*) Zahlen aus: Bezirksamt Berlin-Hellersdorf (Januar 1995). JugPlan/Bestandsaufnahme Jugendhilfeleistungen in Berlin-Hellersdorf.

und die Qualität der Beziehungen. Im folgenden geht es uns vor allem um die Darstellung der subjektiven Wahrnehmung der Familienmitglieder, ihre Empfindung und Wertung der veränderten Lebensbedingungen.

„Ich bin in der neuen Gesellschaft noch nicht angekommen!“

Eine für ehemalige DDR-Bürger neue und beunruhigende Arbeitsmarktsituation, die nicht ausreichenden Rechtskenntnisse, die höhere eigenverantwortliche Erziehungskompetenz, die veränderte Rolle der Frau und andere Phänomene, die die Wiedervereinigung mit sich brachte, lösten Unsicherheiten aus, die bis zu Identitäts- und Orientierungskrisen führen können. Daß der übliche Generationsvorsprung, den Eltern bezüglich der Regeln des gesellschaftlichen Lebens haben, sich durch den abrupten Wechsel der Gesellschaftsordnung deutlich verringerte, trug zur weiteren Verunsicherung in manchen Familien bei.

„Abgewickelt!“ oder „Welcher Arbeitsplatz bleibt mir?“

Familien im Osten Deutschlands sind geprägt vom Leitbild der Erwerbstätigkeit, die in der ehemaligen DDR durch das Recht auf einen Arbeitsplatz garantiert war. Es ist nicht verwunderlich, daß seit der Wende für viele die massiv veränderte Arbeitssituation zum Problem geworden ist, wobei – statistisch gesehen – in Hellersdorf nicht die Arbeitslosigkeit im Vordergrund steht. Viele, die uns um Rat fragen, stehen in einem Arbeitsverhältnis, suchen aber in der neuen Arbeitswelt einen Platz, den sie ausfüllen können und der ihren individuellen Bedürfnissen entspricht. In einem Alter, in dem man eigentlich in seinem Arbeitsbereich etabliert ist, befinden sie sich in biographischen Umbrüchen und sind aufgrund des Wegbrechens ganzer Arbeits- und Berufszweige gezwungen, sich einen neuen Standort zu erschließen. Daß sie Schichtarbeit und lange Arbeitswege akzeptieren, zeigt die Bereitschaft, vieles dafür auf sich zu nehmen.

Für Eltern bedeuten solche Bedingungen häufig eine Überforderung, weil sie nicht mehr wissen, wie sie ihre verschiedenen Aufgaben miteinander vereinbaren können. Die Zeit für familiäre Beziehungen ist auf ein Mindestmaß reduziert und die außerschulische Betreuung der Kinder nicht mehr in dem Maße gegeben wie zu DDR-Zeiten. Die im Vergleich höhere Eigenverantwortlichkeit der Eltern stellt Anforderungen, denen sich viele nicht gewachsen fühlen. In der Folge bleiben die Kinder teilweise unversorgt oder vermissen zumindest einen Elternteil. Dieser Mangel zeigt sich bei den Kindern in den unterschiedlichsten Verhaltensauffälligkeiten.

Die Angst der Eltern vor Drogen und der Verwahrlosung ihrer Kinder

Oft befürchten Eltern, die zu uns kommen, daß ihr Kind in der fremden, stark leistungsorientierten Gesellschaft nicht bestehen wird und verlangen schulische Leistungen von ihm, die es überfordern. Die Sorge der Eltern um die

Zukunft ihrer Kinder muß im Kontext ihrer eigenen verunsicherten Lebenssituation und -perspektive gesehen werden. Viele Eltern müssen den Umgang mit der neu gewonnen Freiheit in der eigenen Lebensführung erst erlernen und vermissen heute die Sicherheit des gesellschaftlichen Reglements, das sie subjektiv zu DDR-Zeiten als streng und einschränkend erlebt haben. Drogenkonsum, illegaler Umgang mit Waffen und offene Gewalttätigkeiten kamen im Alltag der DDR praktisch nicht vor.

„Zornige Jungs!“

Das eindeutig häufigste Anliegen ratsuchender Eltern ist, wie sie mit den massiven Aggressionen ihrer sechs- bis elfjährigen Jungen umgehen sollen. Ratlos stehen sie vor deren beunruhigenden Gewaltausbrüchen in der Peer-group wie auch in der Familie.

Da ist beispielsweise der elfjährige Fritz, dessen Eltern aufgrund ihrer politischen Haltung in der DDR ihren Arbeitsplatz verloren haben. Sie sind gezwungen, sich einen neuen Arbeitsbereich zu erschließen. Fritz vermisst seine Eltern und ist enttäuscht, daß sie keine Zeit für ihn haben. Außerdem verunsichert ihn, nicht mehr zu wissen, was er anderen über seine Familie und seine Eltern erzählen darf. Daß heute nicht mehr stimmt, was vor Jahren als Einstellung und Verhalten richtig war, macht ihm schwer zu schaffen. Er verschließt sich und teilt sich kaum noch mit. Zuweilen explodiert er und schlägt wild um sich.

Die Ursachen und Anlässe der Aggressionsausbrüche sind unterschiedlich, zumeist aber stellen wir fest, daß es der Verlust der bisherigen Lebens- und Familienordnung ist, der so große Verunsicherungen und Ängste bei den Kindern auslöst, daß sie nur noch "um sich schlagen" können.

Exemplarisch für die komplexe Problemlage der Menschen in Berlin-Hellersdorf nach der Wende ist die Geschichte von Frau K. *) Frau K. kam zu uns mit dem Anliegen einer Therapie für ihren siebenjährigen Sohn Moritz, der unter Konzentrationsschwierigkeiten litt. Gleichzeitig äußerte sie den Wunsch, selber von uns psychologisch unterstützt zu werden.

Frau K. war zu der Zeit siebenundzwanzig Jahre alt. Sie ist mit zwei Geschwistern aufgewachsen. Ihre Kindheit ist gezeichnet von einem Vater, der sie und ihre Mutter häufig mißhandelt hat. In den Schilderungen ihrer Mißhandlungen wurde eine sexuelle Komponente deutlich. Im Verlauf der Gespräche stellte sich heraus, daß sie mit siebzehn Jahren vergewaltigt worden war.

Nach ihrem Schulabschluß arbeitete sie als Tierpflegerin. Sie ist stolz darauf, sich ihren männlichen Arbeitskollegen gegenüber im Betrieb behauptet zu haben. Vom Vater ihrer beiden Söhne, den sie am Arbeitsplatz kennengelernt hatte, trennte sie sich später wieder, weil er, wie sie sagte, eine schwache Persönlichkeit ist

*) Um die Anonymität unserer Klienten zu wahren, haben wir das Beispiel verfremdet, ohne die grundsätzliche Problematik zu verfälschen.

und zudem untreu war. Sie brach jeden Kontakt zu ihm ab. Frau K. erzieht seitdem ihre beiden Söhne allein. Sie waren bei Beginn der Therapie fünf und sieben Jahre alt.

Nach der Wiedervereinigung war der Betrieb, in dem sie gearbeitet hatte, abgewickelt worden. Frau K. nahm an einer Umschulung für einen handwerklichen Beruf teil, bestand die Prüfung aber erst im zweiten Anlauf. Frau K. fühlt sich mit den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen überfordert und hat Schwierigkeiten, ihren Platz zu finden. Trotz verschiedener Versuche gelingt es ihr nicht, eine Arbeit und die damit verbundene Anerkennung im sozialen System zu finden. Neben der finanziellen Not durch Arbeitslosigkeit und zunehmender Verschuldung häufen sich Schwierigkeiten mit ihrem Vermieter. Sie erlebt ihre Situation als ausweglos und hat kaum noch Hoffnung auf Integration in das neue gesellschaftliche Leben. Die sozialen Kontakte eines Arbeitsplatzes fehlen ihr, und die Freundschaften verlieren ihre haltgebende Funktion, da in ihrem Umfeld jeder um seinen gesellschaftlichen Standort zu kämpfen hat und wenig Zeit füreinander bleibt. Frau K. leidet zunehmend unter Einsamkeit und verfällt immer häufiger in Depressionen. Zuweilen wünscht sie sich die Mauer zurück, denn obwohl sie sich in der DDR von der Stasi verfolgt fühlte, hatte sie ihre "persönliche Nische" gefunden, lebte gesellschaftlich angepaßt und lief damit nicht Gefahr, durch das soziale Netz zu fallen. Existenzängste, wie sie sie heute erlebt, kannte sie nicht.

Frau K. fühlt sich nicht nur mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen überfordert, sondern seit langer Zeit auch mit der Erziehung ihrer Kinder. Sich auf deren Bedürfnisse einzustellen, ihnen Liebe zu zeigen, fällt ihr schwer, sie hatte es nicht gelernt.

Zu Disziplin und Selbständigkeit will sie ihre Kinder erziehen. Doch ihre Lebensunzufriedenheit und ihre ständige Überforderung, ihre traumatische Kindheit und die erlebten Verletzungen durch Männer ließen sie zu den von ihr selber erfahrenen Mitteln greifen: Frau K. mißhandelte ihren ältesten Sohn und kam vor Gericht. Der Sohn wurde in ein Heim eingewiesen.

Frau K.s Geschichte ist kein Einzelfall in unserem Beratungsalltag. Viele kommen mit einer an sich schon schwierigen Geschichte zu uns, deren Problematik durch die Wiedervereinigung – erlebt als Zusammenbruch gewohnter Lebensbedingungen, als Werteverlust und Desorientierung – verstärkt wurde.

Mit den Ratsuchenden ein jeweils individuell abgestimmtes Hilfeprogramm zu entwickeln, ist Aufgabe der Beratung.

Im Fall von Frau K. soll eine Gesprächspsychotherapie ihr helfen, sich mit ihrer persönlichen Situation und ihrer Biographie auseinanderzusetzen. In der therapeutischen Beziehung beginnt Frau K. Wege zu entdecken, sich ihren Alltag befriedigender zu gestalten.

Die Verhaltensauffälligkeiten und emotionalen Defizite des jüngsten Sohnes erforderten eine genaue Diagnose seines Entwicklungsstandes. Eine Spieltherapie hilft ihm, die traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten und sein Selbstwertgefühl zu stärken, während ihm gleichzeitig die Teilnahme an unserer offenen Kindergruppe ermöglicht, soziale Kompetenzen zu entwickeln.

Bei der Lösung der Wohnungs- und Mietprobleme wird Frau K. von unserer Rechts- und Sozialberatung

unterstützt. Darüber hinaus boten wir ihr praktische Hilfen im Alltag an, wie zum Beispiel beim Abfassen von Schreiben an Behörden und bei Bewerbungen.

Der „Fall“ von Frau K. illustriert eine praktische Umsetzung unseres Arbeitskonzeptes. In unserem Familienzentrum sind Psychologen, Sozialpädagogen, Pädagogen, Juristen tätig, was es uns ermöglicht, interdisziplinär zu arbeiten. Den Besonderheiten in Berlin-Hellersdorf entsprechend haben wir drei zentrale Arbeitsschwerpunkte entwickelt: Beratung – Treffpunkt – Bildung.

Beratung soll Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen und helfen, die familialen Kompetenzen zu steigern. Insbesondere geht es uns darum, die emanzipatorischen und selbstregulierenden Kräfte der Familie zu stärken. Komplexe Problemlagen versuchen wir in der Vernetzung mit anderen pädagogischen Einrichtungen und psychosozialen Institutionen zu bewältigen.

Niedrigschwellige Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen die Chance bieten, sich zu treffen, Erfahrungen auszutauschen und Anregungen zu erhalten.

Mit Informationsveranstaltungen ermöglichen wir Eltern, ihr Wissen zu erweitern, während offene Angebote für Erwachsene und tägliche Freizeitaktivitäten für Kinder den Rahmen bieten, eigene Fähigkeiten in ein soziales Beziehungsgefüge einzubringen.

Aus unserer Verantwortung als Fachkräfte, die in der täglichen Arbeit ständig mit unterschiedlichen Erscheinungsformen von Gewalt konfrontiert sind, entstand das Projekt „Präventive Maßnahmen gegen Jugendgewalt und Gewalt in der Familie“, das von der Berliner Senatsverwaltung finanziert wurde. Im Rahmen dieses Projektes wandten wir uns mit der Veranstaltungsreihe „Gewalt in Schule und Familie“ speziell auch an Lehrer und Erzieher.

Außerdem bieten wir wöchentlich eine Gruppe für acht- bis zehnjährige Kinder an, in der ihnen geholfen werden soll, durch spielerisches und gestaltendes Arbeiten Aggressionen abzubauen. Für die Eltern dieser Kinder findet monatlich ein Treffen statt, mit dem Ziel, sie von Unsicherheiten und Schuldgefühlen gegenüber dem aggressiven Verhalten ihrer Kinder zu entlasten und notwendige erzieherische Reaktionen zu erlernen.

All unsere Angebote, Ansätze und Bemühungen, auf die Probleme in der Hellersdorfer Bevölkerung einzugehen, finden zwangsläufig da ihre Grenzen, wo die Ursachen der individuellen Problematik letztlich strukturell bedingt sind und politische Lösungen verlangen.

Karin Paschke, Jahrgang 1961, Diplom-Psychologin, arbeitet im SOS-Familienzentrum Berlin-Hellersdorf. Ihre Schwerpunkte sind Intervention bei sexuellem Mißbrauch und die therapeutische Arbeit mit Frauen.

Margit Seidenstücker, Jahrgang 1953, Dr. päd., Diplom-Pädagogin, ist Leiterin des Familienzentrums Berlin-Hellersdorf des SOS-Kinderdorf e.V. Langjährige Tätigkeit als Heimerzieherin und als Fachschullehrerin in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern.





Bereitschaftsfamilien als Kurzzeitpflegestellen für mißhandelte Kinder und Jugendliche

Erfahrungen des Familienhilfezentrums Kaiserslautern

Das Vorfeld

Das Familienhilfezentrum in Kaiserslautern ist die erste SOS-Beratungsstelle mit dem spezifischen Auftrag, seelisch, körperlich und/oder sexuell mißhandelten Kindern und Jugendlichen und deren Angehörigen zu helfen.

Eine wichtige Maxime bei der Konzeption war, eine sofortige und auf den jeweiligen Konflikt zugeschnittene Hilfe anbieten zu können.

Daraus ergab sich als wesentlicher Ansatz der Krisenintervention, im Notfall betroffene Kinder und Jugendliche unverzüglich vorübergehend unterbringen zu können, um sie vor weiteren Mißhandlungen zu schützen. Darüber hinaus kann eine mit allen Beteiligten abgestimmte Fremdunterbringung für einen Zeitraum von bis zu zwölf Wochen helfen, die häusliche Krise in der Herkunftsfamilie zu entschärfen, und eine Atmosphäre schaffen, in der weitere Hilfsmaßnahmen geplant werden können.

In der ursprünglichen Konzeption war von einer „Kinderwohnung“ die Rede, für die regelmäßige Personal- und Raumkosten angefallen wären. Da mit ihrer ständigen Belegung nicht zu rechnen war, entschieden wir uns aus wirtschaftlichen Gründen für die Form der Unterbringung in sogenannten Bereitschaftsfamilien.

Das Für und Wider von Bereitschaftsfamilien wird in Fachkreisen sehr kontrovers diskutiert. *) Beispielsweise wird auf der einen Seite von einer Atmosphäre hoher persönlicher Zuwendung in der Bereitschaftsfamilie gesprochen, während andererseits mit der Gefahr argumentiert wird, daß sie als die „bessere“ Familie in Konkurrenz zur Herkunftsfamilie geraten kann, und damit die Bearbeitung der originären Konflikte verhindert.

Bei der Entwicklung des Konzeptes für unser Projekt haben wir den Stand der Fachdiskussion berücksichtigt und bestimmte Kriterien für die Eignung als Bereit-

schaftsfamilie entwickelt, die wir im Laufe der praktischen Erfahrung immer wieder überprüft haben. Als wichtigste Voraussetzungen, die in einer Familie zur Erfüllung ihrer Bereitschaftsaufgaben gegeben sein müssen, sehen wir an:

- daß die Bereitschaftseltern bereit und in der Lage sind, sich mit der problematischen Biographie der bei ihnen untergebrachten Kinder auseinanderzusetzen, wobei wir keine spezifischen Fachkenntnisse im Umgang mit Kindern und Jugendlichen erwarten;
- daß neben einer sozioökonomisch soliden Basis die familiäre Situation relativ frei von massiven Konflikten ist;
- daß für das unterzubringende Kind ein eigenes Zimmer zur Verfügung steht, um Konkurrenzsituationen vorzubeugen, die entstehen könnten, wenn das eigene Kind bei jeder Aufnahme sein Zimmer zu räumen hat;
- daß ein erwachsenes Familienmitglied zu den Bereitschaftszeiten für das Familienhilfezentrum und während der Belegungszeiten als Ansprechpartner für das Kind mit seinen Bedürfnissen erreichbar sein muß.

Ob eigene oder keine Kinder im Haushalt der Familie leben, halten wir im Hinblick auf ihre Eignung als Bereitschaftsfamilie für nicht relevant.

Die Zusammenarbeit

Zum Anfang war eine Kooperation mit sechs Familien geplant, die sich im vierzehntägigen Wechsel die Bereitschaften teilen sollten. Im ersten Jahr seiner Existenz beteiligten sich aber nur zwei, zeitweilig sogar nur eine Familie an dem Projekt. Mit ihnen wurden die Bereitschaftszeiten individuell abgesprochen.

Die Aufgaben der Bereitschaftsfamilie, Belegungszeiten, Urlaub und Vergütung werden in einem Honorarvertrag mit dem Familienhilfezentrum geregelt.

Hauptsächlicher Auftrag der Bereitschaftsfamilie ist die Versorgung der Kinder und Jugendlichen im Rahmen ihres Familienalltages. Spezifische Interventionen, wie ihre Vorbereitung auf Elternkontakte, Arztbesuche, Gerichtstermine usw., aber auch die Information über die Dauer ihres Aufenthalts in der Bereitschaftsfamilie, gehören zum Aufgabenbereich des Familienhilfezentrums und werden nicht an die Bereitschaftseltern delegiert.

*) vgl. dazu Jordan, Erwin (1989). Jugendschutzstellen und Bereitschaftspflegefamilien. Hilfen für Kinder und Jugendliche in Krisensituationen. In J. Blandow, J. Faltermeier & Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.), Erziehungshilfen in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Kohlhammer.

Die Aufnahme eines Kindes in die Familie erfolgt als Notfall meist ad hoc. Bei der Übergabe des Kindes wird in seinem Beisein mit den Bereitschaftseltern nur ein kurzes Gespräch geführt, in dem ihnen das Nötigste mitgeteilt wird; umfangreichere Informationen werden nachgereicht.

Die Bereitschaftsfamilie unterliegt den Bestimmungen des Sozialdatenschutzes und bleibt Dritten gegenüber anonym, um sie vor Nachstellungen seitens der Angehörigen der Kinder zu schützen.

Die Bereitschaftseltern haben dafür zu sorgen, daß die von ihnen betreuten Kinder zu ihren Terminen ins Familienhilfzentrum kommen, wo sie selbst während der Betreuungszeit wöchentlich einen Besprechungstermin wahrzunehmen haben. Dabei geht es um das Befinden der Kinder in der Familie, um die im Alltag auftauchenden Probleme und die Koordination zwischen Bereitschaftsfamilie und Familienhilfzentrum. Für den Fall drängender aktueller Schwierigkeiten sind Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Zentrums rund um die Uhr für die Bereitschaftseltern zu erreichen.

Das Suchen und Finden von Bereitschaftsfamilien

Anläßlich der offiziellen Eröffnung des Familienhilfzentrums erschienen in der lokalen Tagespresse Artikel und Berichte über die Aktivitäten des Zentrums und sein Projekt der Bereitschaftsfamilien. Von Juni bis August 1994 meldeten sich daraufhin sieben interessierte Familien.

In einem ersten Gespräch im Familienhilfzentrum befragten wir die Bewerber nach ihrer Motivation. Die meisten Interessenten hatten Lust und Zeit, „etwas Soziales zu machen“ und fanden das in Form einer Hilfe für benachteiligte und mißhandelte Kinder sinnvoll. Die wenigsten sahen es als eine Möglichkeit, schnell und nebenbei Geld dazuzuverdienen.

Wir interessierten uns bei diesem ersten Treffen besonders für die häusliche Situation und die Vorstellungen, die sich die Interessenten von einer Zusammenarbeit mit dem Zentrum gemacht hatten. Gleichzeitig wollten wir den Familien die Gelegenheit bieten, anhand konkreter Informationen über unsere Arbeitsweise und die mit einer Unterbringung verbundenen Anforderungen, ihr Engagement noch einmal zu überdenken. Tatsächlich zogen einige Familien nach dem ersten Kontakt mit uns ihre Bewerbung zurück. Die verbliebenen Bewerber besuchten wir zusammen mit dem Leiter der SOS-Kinder- und Jugendhilfe einige Zeit später bei sich zu Hause.

Bei einem Auswertungsgespräch, an dem alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Familienhilfzentrum teilnahmen, trafen wir die Auswahl. Als Kriterien setzten wir einerseits relativ objektive Faktoren wie Wohnverhältnisse und Betreuungskapazität im Sinne von Zeit, die die Bereitschaftseltern dafür zur Verfügung hatten, andererseits waren unsere subjektiven Eindrücke von der Flexibilität der Familie, ihrer Interaktions-, Konflikt- und Kooperationsfähigkeit wesentliche Indikatoren. Auch unser „gutes“ oder „schlechtes“ Gefühl gegenüber den Familien, die sich beworben hatten, war ein Kriterium bei der Auswahl. Die Entscheidung für eine Familie sollte einstimmig fallen und von allen Mitarbeitern getragen werden.

Von den sieben Familien, die sich beworben hatten, konnten wir nur zwei für das Projekt gewinnen. Eine der beiden Familien war ein Ehepaar mittleren Alters, dessen Kinder nicht mehr im Haushalt lebten. Die andere Familie hatte drei eigene Kinder und erwartete ein viertes, das sie adoptiert hatte. Obwohl sie sich äußerlich sehr voneinander unterschieden, war beiden Familien gemeinsam eine große Offenheit, fremde Personen in ihrer Mitte aufzunehmen. Beispielsweise standen in den Kinderzimmern der einen Familie zusätzliche Betten für den Fall, daß Freundinnen der Töchter über Nacht bleiben wollten. Beiden Familien war es weder peinlich noch unangenehm, daß wir ihr privates Lebensumfeld für die Entscheidung in Augenschein nehmen wollten.

Vier Familien zogen ihre Bewerbung zurück. Gründe für die Absage waren unter anderem die Sorge um das eigene Kleinkind oder der Aufwand an Betreuung, den sie bei ihrer Bewerbung nicht entsprechend bedacht hatten. Eine Familie lehnten wir einstimmig ab, weil uns ihre Motivation nicht deutlich geworden war, und zudem eines ihrer Kinder sein Spielzimmer bei der Aufnahme eines Pflegekindes hätte räumen müssen.

Im Frühjahr und Sommer 1995 suchten wir weitere Familien, aber auf unsere Stellenausschreibung und diversen Aushänge meldete sich niemand. Erst ein in der lokalen Presse veröffentlichter Erfahrungsbericht einer Bereitschaftsfamilie weckte neues Interesse. Seit Ende 1995 arbeiten wir mit fünf Bereitschaftsfamilien zusammen.

Die Vorbereitung auf die Praxis

In einer Schulung bereiteten wir die Bereitschaftsfamilien auf die Versorgung von mißhandelten Kindern und Jugendlichen vor. An vier Abenden ging es dabei um die unterschiedlichen Mißhandlungsformen, deren mögliche Auswirkungen auf die kindliche Psyche und Verhaltensweisen und um adäquate Reaktionen auf die Probleme der Pflegekinder in der Bereitschaftsfamilie. Am fünften und letzten Abend der Schulung beschäftigten wir uns mit der Frage, wie Aufnahme und Verabschiedung eines Pflegekindes die Bereitschaftsfamilie verändern.

Die Schulung war „selbsterfahrungsnah“ angelegt und nicht als „Bombardement“ mit theoretischem Wissen. Insbesondere durch das Auslösen von Stereotypen und Vorurteilen bei den Teilnehmern wurde die Basis für eine sehr persönliche Auseinandersetzung mit dem Thema geschaffen. Zu diesem Zweck inszenierten wir unter anderem ein Rollenspiel, in dem die zukünftigen Bereitschaftseltern in der Rolle eines mißbrauchten Kindes versuchten, sich einer erwachsenen, nichtsahnenden Person anzuvertrauen. Auch wenn ihnen das Medium Rollenspiel sichtbar fremd war, kam es zu einer engagierten Auswertung der Rollenerfahrung. „Ich als Kind wollte eigentlich nur, daß der Mißbrauch aufhört, die Beziehung wollte ich nicht aufgeben.“ Solche und ähnliche Reflexionen über das Spiel bahnten Erkenntnissen den Weg, die später im konkreten Umgang mit den Kindern für die Teilnehmer handlungsleitend werden sollten.

Die Schulung wurde von den Bereitschaftseltern so intensiv aufgenommen und als nützlich empfunden, daß sie am Ende eine Art Stammtisch vereinbarten, um in Kontakt zu bleiben und künftig Erfahrungen austauschen zu können.

Ein Resümee nach einem Jahr Erfahrungen

Von Juli 1994 bis November 1995 konnten wir elf Mädchen und drei Jungen im Alter von zwei bis sechzehn Jahren in den Bereitschaftsfamilien unterbringen. Einigen weiteren Anfragen konnten wir aufgrund fehlender Kapazität nicht nachkommen. Die Unterbringungsdauer reichte von einer bis zu zwölf Wochen.

Fast alle Kinder und Jugendlichen waren Opfer sexuellen Mißbrauchs im Kontext von körperlicher und/oder seelischer Gewalt. In zwei Fällen war seelische Mißhandlung der Anlaß der Unterbringung.

Obwohl die Schulung von den Bereitschaftseltern als realitätsnahe Vorbereitung auf die kommenden Probleme erlebt worden war, infolgedessen sie auch in kritischen Situationen nie völlig handlungsunfähig waren, übertraf die Praxis der Unterbringung gelegentlich all ihre Erwartungen. Manche der Kinder, die massiven sexuellen Mißbrauch erlitten hatten, erschütterten ihre Bereitschaftseltern durch die nach und nach offenbarten Erlebnisse emotional in einem unerwarteten Ausmaß. Eine der Bereitschaftsmütter konnte nächtelang nicht mehr schlafen und verbrachte manchen Abend weinend über die Erzählungen ihrer Pflegetochter, deren Vater sie als „Geburtstagsgeschenk“ gut einem halben Dutzend männlicher Verwandter offeriert hatte.

Andere Kinder erschreckten ihre Bereitschaftseltern durch scheinbar grenzenlose Aggressionsausbrüche, zumal dann, wenn sie an den eigenen Kindern ausgelassen wurden. Es ist vorgekommen, daß eine untergebrachte Zehnjährige die jüngere Tochter der Bereitschaftsfamilie während eines Streites so lange gewürgt hatte, daß sie blau angelaufen war, bis die Mutter, vom Lärm alarmiert, dazukam.

In solchen Fällen erwies sich der vierundzwanzigstündige Krisenbereitschaftsdienst des Familienhilfezentrums und der enge Kontakt zu den Bereitschaftsfamilien als ausgesprochen hilfreich.

Für die Kinder, konnten wir feststellen, war die familiäre Betreuung sehr förderlich. Die Erfahrung konstanter Zuwendung ermöglichte ihnen sogar, bislang nicht offenbarte Mißhandlungen den Bereitschaftseltern anzuvertrauen. Selbst schwer beeinträchtigten Kindern gelang es, sich in den Familienalltag zu integrieren, wobei die Bereitschaftsfamilien von uns angehalten wurden, den aufgenommenen Kindern keinen extremen Sonderstatus einzuräumen, sondern sie durchaus für ihr Verhalten im Alltag verantwortlich zu machen.

Unserem Eindruck nach fiel es den Kindern nicht sonderlich schwer, den Abstand zur Herkunftsfamilie in der Bereitschaftsfamilie zu bewältigen, zumal sie wußten, daß es sich um eine vorübergehende Unterbringung handelte. Lediglich die Kinder, die im Anschluß dauerhaft fremduntergebracht werden sollten, entwickelten Wünsche, für immer in der Bereitschaftsfamilie zu bleiben.

Das Maß, in dem auch die Jugendlichen die familiennahe Form der Unterbringung akzeptierten und auf das Interesse eingingen, das ihnen dort entgegengebracht wurde, hatten wir nicht erwartet. Als sehr wichtig erwies sich bei ihnen das eigene Zimmer, in das sie sich von Zeit zu Zeit zurückziehen konnten – eine Möglichkeit, die die meisten von ihnen im eigenen familiären Alltag nicht gehabt hatten.

Die von uns befürchtete Konkurrenz zwischen Herkunftsfamilie und Bereitschaftsfamilie hat sich im wesentlichen nicht eingestellt. Besonders ängstlichen oder mißtrauischen Herkunftseltern wurde im Familienhilfezentrum die Möglichkeit geboten, die Bereitschaftseltern kennenzulernen. Zweck der Treffen war, den Herkunftseltern zu zeigen, daß ihre Kinder bei „ganz normalen“ Menschen untergebracht sind, um zu verhindern, daß sich in ihrer Vorstellung das Phantom „Über-Eltern“ breitmacht.

Alles in allem kann die Notaufnahme von mißhandelten Kindern und Jugendlichen in Bereitschaftsfamilien beim jetzigen Stand der Erfahrung aus unserer Sicht nur befürwortet werden.

Heike Jockisch, Jahrgang 1961, Diplom-Psychologin, ist Fachleiterin des SOS-Familienhilfezentrums in Kaiserslautern.





„Eigentlich ist Lena ganz nett!“

Die Integration einer Außenseiterin

Prinzessin Lena macht ein sehr mißmutiges Gesicht. „Das ist ungerecht“, schreit sie und versucht, einem kleinen Mädchen seinen eben gewonnenen Preis wegzunehmen. Ich muß sie festhalten, sonst ist sie in die dritte oder vierte Schlägerei auf diesem Kinderfaschingsfest verwickelt.

Lena ist acht Jahre alt, sehr stark und fühlt sich ständig ungerecht behandelt. Ich bin sauer auf sie und wünsche mir für einen Moment, ich könnte sie einfach hinauswerfen, damit das Fest für die anderen Kinder ein schönes Erlebnis bleibt.

Einmal im Jahr zu Fasching laden wir alle bei uns betreuten Kinder – auch die schwierigen wie Lena – zu einem Kostümfest in die Beratungsstelle ein. Dann gehört die Beratungsstelle den Clowns, Indianern, Prinzessinnen und Cowboys, wobei sich uns die Gelegenheit bietet, die Kinder in einer anderen Situation kennenzulernen.

Der Kinderfasching ist nicht das einzige offene Angebot unserer Beratungsstelle. Seit mehreren Jahren veranstalten wir Mädchen- und Jungenfreizeitgruppen. Für die Mädchen ist uns dabei wichtig, daß neben sozialen Fähigkeiten Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl gefördert werden.

Eines dieser Angebote sozialer Gruppenarbeit ist eine Mädchenreitgruppe in den Sommermonaten.

Mädchen im Teeniealter sind nach unserer Erfahrung nur schwer für Aktivitäten zu begeistern. Reiten und der Umgang mit Pferden hat jedoch eine besondere Faszination für sie. Auf den Reiterhöfen sind es zu neunzig Prozent Mädchen, die sich um die Pferde kümmern und reiten.

Der Umgang mit Pferden und sie zu reiten ist nicht ungefährlich, erfordert Mut und Körperbeherrschung. Von daher sollten die Mädchen dieser Gruppe keine allzu gravierenden Verhaltensstörungen aufweisen. Ich war skeptisch, ob Lena den Anforderungen gewachsen sein würde, aber die Beraterin von Lenas Familie bedrängte mich, Lena eine Chance zu geben.

Ich bat Lenas Mutter um ein Gespräch. Sie sprach deutsch mit östlichem Akzent. Sie wußte um die Schwierigkeiten ihrer Tochter und versprach sich viel für Lena von dem Platz in einer heilpädagogischen Tagesstätte, um

den sie sich auf unser Anraten beworben hatte, und der ihr vor kurzem zugesagt worden war. Sie wollte nichts unversucht lassen und sah in der Reitgruppe eine weitere Möglichkeit, ihrer Tochter zu helfen. Lena habe zu nichts Lust und schon öfter geäußert, nicht mehr leben zu wollen. „Aber sie mag Tiere“, erzählte mir die Mutter und hoffte, daß Lena im Laufe der Zeit Spaß am Reiten finden würde. Sie akzeptierte meinen Vorschlag, Lena zunächst nur probenhalber in die Gruppe aufzunehmen.

Der traditionelle Reitunterricht, der sich bis heute an militärischen Vorbildern orientiert und Pferde wie Sportgeräte behandelt, schied für unser pädagogisches Anliegen aus. Alternativen dazu sind Reitlehren, wie beispielsweise die „Leichte Reitweise“, bei denen das Pferd im Mittelpunkt steht. Der Reitunterricht für die Mädchengruppe ist nach pädagogischen und psychologischen Kriterien aufgebaut und besonders für Anfänger und ängstliche Reiter geeignet. Die Reitausbildung wird durch die Arbeit mit dem Pferd vom Boden aus ergänzt und ist mit Massagetechniken verknüpft, die von Feldenkrais abgeleitet sind. Die Pferdehaltung auf Weiden berücksichtigt die natürlichen Bedürfnisse der Pferde als soziale Tiere mit großem Bewegungsdrang. Schwierige und schlecht reitbare Pferde werden hier nicht verurteilt, sondern man sucht nach den Ursachen ihrer Probleme, die in Schmerzen, körperlicher Verspannung oder falscher Behandlung liegen können.

Diese sorgsamsten Ansätze greifen das Bedürfnis vieler Mädchen auf, sich mit Tieren zu beschäftigen. Über die Identifikation mit dem Pferd lernen sie oft eine Menge für sich, ohne daß die Themen direkt angesprochen werden, was sie in ihrem Alter oft scheuen.

Reiten ermöglicht positive Erfahrungen mit dem eigenen Körper und die Entwicklung eines inneren und äußeren Gleichgewichtes. Pferde sind Tiere mit ausgeprägter Rangordnung und das verlangt von der Reiterin, ranghöher als das viel stärkere Pferd zu sein. Da Pferde ausgesprochen suggestibel sind und jede Unentschlossenheit ihres Reiters wahrnehmen, brauchen die Mädchen Selbstbewußtsein, wenn sie sich gegenüber ihrem Pferd durchsetzen wollen. Beim Reiten in der Gruppe lernen sie, Rücksicht auf die anderen zu nehmen und die erforderliche Disziplin.

„Lena kennen wir aus der Schule“, sagte eines der Mädchen, als sich die Gruppe bekannt machte, und rümpfte die Nase. „Lena ist blöd!“ sagte eine andere. Obwohl sie es gehört haben mußte, reagierte Lena nicht. Auf der Fahrt zum Reiterhof wollte niemand neben Lena sitzen, die aber auch ihrerseits nicht den Wunsch danach hatte. Im Gegenteil, sie hielt Abstand und suchte sich einen Platz ganz hinten im Bus.

Als wir auf dem Reiterhof angekommen waren, hörte Lena den einführenden Erklärungen der Reitlehrerin nicht nur nicht zu, sondern unterbrach sie mit völlig unmotivierten Fragen.

„Fressen die Kühe dahinten auch Gras?“ platzte sie in die Erklärung der Reitlehrerin über den Umgang mit dem Zaumzeug hinein.

Ungeschickte Formulierungen der anderen Mädchen wiederholte sie laut, lachte darüber oder machte Wortwitze, indem sie Redewendungen wörtlich nahm. Einmal wurden die Mädchen, weil sie wenig konzentriert waren, von der Reitlehrerin ungehalten aufgefordert, sich „zusammenzureißen“, was die typische „Lena-Antwort“ provozierte, daß man sich ja nicht „auseinanderreißen“ könne. Lena hatte auch die Angewohnheit, mitten im Vortrag aufzuspringen, um sich irgendetwas auf dem Hof anzuschauen. Mit einem Wort: sie nervte und entzog sich der Gruppe.

Zum Glück kannte eines der Mädchen niemanden in der Gruppe und war bereit, gemeinsam mit Lena ein Pferd zu putzen. Dabei fiel mir auf, wie vorsichtig Lena mit dem Pferd umging und gar nicht mehr aufhören wollte, es zu striegeln.

Dann sollten die Mädchen mit geschlossenen Augen auf dem bloßen Pferderücken sitzen und sich an die Tiere und deren Bewegungen gewöhnen. Bei dieser Übung zeigte sich Lena mutig und zugleich entspannt. Ich hatte den Eindruck, daß sie sich im direkten Umgang mit den Pferden wohl fühlt, aber sie erklärte nach den ersten beiden Vormittagen auf dem Reiterhof kategorisch, daß ihr nichts gefallen habe. Auch nach dem dritten Tag hatte sich daran für sie nichts verändert, vielmehr eröffnete sie uns, daß sie überhaupt keine Lust zum Reiten habe und nur wegen ihrer Mutter hier sei. Die Mädchen in der Gruppe reagierten darauf unerwartet verständnisvoll.

Zum ersten Mal sah ich Lena lachen, als es ihr schon bei den ersten Trabübungen gelang, den Rhythmus des Pferdes aufzunehmen, was nicht jedem leicht fällt.

Der erste Ausritt ging über einen Rundweg. Drei Mädchen ritten mit den Pferden in die eine Richtung, während die anderen drei ihnen zu Fuß in der anderen Richtung entgegengingen. Für den Heimweg wurde getauscht. Während der Wanderung zu Fuß hielt Lena immer etwa fünfzig Meter Abstand zu ihrer Gruppe. Zwang man sie näherzukommen, wurde man von ihr mit einem Schwall an Schimpfworten eingedeckt und es gab Streit.

Wir mußten notgedrungen lernen zu akzeptieren, daß sie die Nähe zur Gruppe selber bestimmte. Wir gaben Lena den Freiraum, den sie brauchte. Sie durfte aus den Besprechungen, nachdem sie wenigstens eine Zeitlang daran teilgenommen hatte, weggehen, sollte nur in Sichtweite bleiben. In der Gruppe erklärten wir, daß Lena nicht so lange sitzen könnte.



Lena, das „innerlich ängstliche Mädchen, das sehr aggressiv und provozierend agiert“ – so steht es im Befund –, ritt am liebsten auf Hudson. Vor Hudson, einem großen, braunen Traber, hatten die anderen Mädchen Angst, da er schnell drohte.

Um den Mädchen etwas über artgerechte Pferdehaltung zu vermitteln, erzählte uns die Reitlehrerin die Geschichte jedes ihrer Pferde. Hudson zum Beispiel sollte von seinem früheren Besitzer an einen Metzger verkauft werden, weil er mit dem aggressiven und nervösen Pferd, das sich praktisch nicht reiten ließ, nicht fertig wurde. Aufgewachsen in einer Herde wurde Hudson durch seinen Verkauf plötzlich von ihr getrennt und fand sich alleine in der Box seines neuen Besitzers wieder. Da Pferde ausgeprägte Herdentiere sind, kann es für sie zur Quälerei werden, wenn man sie einzeln hält.

Ich beobachtete Lena, während die Reitlehrerin erzählte. Sie hörte verstohlen zu, sagte aber nichts.

Hudson sei unsicher und verängstigt gewesen und deshalb immer schwieriger im Umgang geworden, fuhr die Reitlehrerin fort und erzählte den Mädchen, wie es auf dem Reiterhof gelungen war, ihn an die anderen Pferde und die neue Umgebung zu gewöhnen, bis er schließlich auch wieder Vertrauen zu Menschen faßte. Aber noch heute sei Hudson schreckhaft und könne kaum ruhig stehen.

Bei der Erzählung traf sich mein Blick mit dem von Lena. Ich hatte den Eindruck, als signalisierte ihr Blick unser heimliches Einverständnis, daß es ihr mit ihrer Geschichte ganz ähnlich ging.

Lenas Eltern waren als Aussiedler aus Rußland über Frankreich nach Deutschland gekommen. Um Repressalien zu vermeiden, hatten sie die Absicht, aus Rußland wegzugehen, vor ihrer damals noch nicht dreijährigen Tochter geheimgehalten. Für Lena brachte das die schmerzliche Erfahrung mit sich, praktisch von heute auf morgen aus einer großen Verwandtschaft und ihrem Freundeskreis herausgerissen zu werden. Es folgte ein Monat in einem Lager, um auf das Einreisevisum zu warten; dann ein halbes Jahr zu dritt in einem Pensionszimmer. Lena war ein kontaktfreudiges Kind gewesen, vereinsamte aber in dieser Zeit völlig. Da sie nur Russisch sprach und Deutsch erst lernen mußte, verstand sie außer ihren Eltern niemanden in ihrer neuen Umgebung. Erst im Kindergarten kam sie wieder mit anderen Kindern zusammen. Das war lange nach der Ausreise. Lenas Verhalten war aggressiv geworden, sie hatte Sprachprobleme, Trennungsängste und Kontaktschwierigkeiten. Hinzu kam, daß Lena dreimal den Kindergarten wechseln mußte, weil die Familie mehrmals umzog.

Sie war acht Jahre alt, als sich ihre Eltern wegen ihrer Verhaltensprobleme an unser Familienzentrum wandten, und wir ihnen aufgrund des psychologischen Befundes rieten, sich für Lena um den Platz in der heilpädagogischen Tagesstätte zu bewerben.

Im Verlauf der Reitstunden entwickelte sich in der Gruppe langsam ein neues Bild von Lena – sie galt nicht mehr als die nur Schwierige, sondern als ein Mädchen, das für sich mehr Abstand als andere braucht. War der gegeben und akzeptiert, verhielt sie sich friedlich und nahm auf ihre Art immer mehr an der Gruppe und auch an den Gesprächen teil. Sie konnte gut beobachten und kam mit schwierigen Pferden zurecht. Beim Reiten machte sie

zwar nicht alles richtig, aber sie gab nicht auf und schaffte es immer irgendwie. Das ließ sie in der Achtung der anderen Mädchen steigen. Als wir kurz vor Weihnachten ein Adventsturnier organisierten, an dem auch fremde Reitschüler teilnahmen, freuten sich alle in der Gruppe, wie gut Lena ihre Aufgabe löste. Sie tobte fröhlich mit den anderen über den Hof. Lena war „eine von uns“ geworden.

Eines der Mädchen, das sich anfangs fast jede Stunde über Lena beklagt hatte, wunderte sich: „Komisch“, sagte sie, „eigentlich ist die Lena ganz nett.“

Das ist jetzt ein Jahr her. Kürzlich hörte ich über Lena, daß es ihr gut geht und sie eine weiterführende Schule besucht. Sie ist manchmal immer noch ein bißchen seltsam, fällt aber nicht mehr völlig aus dem Rahmen. Unsere Reitgruppe war einer von vielen Bausteinen, die diesem Mädchen wieder Freude am Leben gaben.

Elfriede Seus-Seberich, Jahrgang 1946, Dr. phil., Diplom-Psychologin, leitet das SOS-Familienzentrum in München-Neuperlach. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Familienberatung, Verbindung von Prävention und Einzelfallberatung, Arbeit mit sozial benachteiligten Familien, sozialpolitische Gremienarbeit.



SOS-Dialog
3. Jahrgang 1996, Heft 1

Herausgeber und Bestelladresse:
Sozialpädagogisches Institut (SPI)
im SOS-Kinderdorf e.V.
Renatastraße 77
80639 München
Telefon 089/126 06-432
Fax 089/126 06-417